

Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien, Universitätsstraße 7, A-1010 Wien

# Politix

Zeitschrift des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Wien



## EU-Ratspräsidentschaft

**ipw**

**21|2006**

# inhalt

Editorial und Impressum.....	3
------------------------------	---

## **Schwerpunktthema EU-Ratspräsidentschaft**

<b>Die (unscheinbare) Macht der Ratspräsidentschaft</b> <i>Von Josef Melchior</i> .....	4
<b>Zwischen Management und Vision</b> <i>Von Johannes Pollak</i> .....	8
<b>Die transatlantischen Beziehungen in der Krise</b> <i>Von Otmar Höll</i> .....	11
<b>EU-Lateinamerika-Karibik</b> <i>Von Gerti Zupanich</i> .....	16
<b>Österreichs Entwicklungspolitik und die EU-Präsidentschaft</b> <i>Von Georg-Sebastian Holzer</i> .....	19
<b>Der Westbalkan und die Europäische Union</b> <i>Von Tina Olteanu</i> .....	22
<b>Die Gleichstellungs- und Frauenagenda im Rahmen der österreichischen EU-Präsidentschaft</b> <i>Von Sieglinde Rosenberger und Birgit Sauer</i> .....	25
<b>Neusetzung der Prioritäten: Die Europäische Forschungspolitik</b> <i>Von Georg-Sebastian Holzer</i> .....	28
<b>Ringens um die Handlungsfähigkeit des öffentlichen Sektors</b> <i>Von Markus Marterbauer</i> .....	31

## **Intern**

<b>Veranstaltungsreihe „EU-Präsidentschaft“</b> <i>Von Tina Olteanu</i> .....	34
<b>Graduiertenzentrum an der Fakultät für Sozialwissenschaften</b> <i>Von Thomas König</i> .....	35
<b>Studienmotivation und Karriereplanung von Erstsemestrigen</b> <i>Von Hans Georg Heinrich</i> .....	36
<b>Anna Durnová im Porträt</b> <i>Von Katharina Zahradnik</i> .....	39
<b>Albert Kraler im Porträt: „Ruanda ist das große Thema für mich“</b> <i>Von Markus Wolschlagner</i> .....	40
<b>Tina Olteanu im Porträt</b> <i>Von Gerti Zupanich</i> .....	42
<b>Ilker Ataç im Porträt</b> <i>Von Katharina Zahradnik</i> .....	43

## **Aktuell**

<b>Cash Cow Drogenbusiness</b> <i>Von Meropi Tzanetakis</i> .....	44
<b>„À bas le CPE!“</b> <i>Von Martin Mittersteiner</i> .....	46

## **International**

<b>Der Mehrwert des „Geistes von Wien“</b> <i>Von Thomas Schmidinger</i> .....	48
<b>„City-Hopping“ mit Professor Schütz-Müller</b> <i>Von Eva Pilipp</i> .....	51

## **Rezension**

<b>Vater Staat und das Liebesglück</b> <i>Von Von Karin Tertinegg</i> .....	53
--	----

# Liebe Leserinnen und Leser,

I  
n  
f  
o  
r  
m  
i  
e  
r

Österreich hat heuer zum zweiten Mal den Vorsitz des EU-Rates inne – und sollte die EU-Verfassung doch in naher Zukunft angenommen werden, auch zum letzten Mal. Ungewohnt häufig sieht man derzeit in den Medien österreichische PolitikerInnen die Hände ihrer europäischen KollegInnen schütteln – selten wird den Geschehnissen auf EU-Ebene hierzulande so viel Aufmerksamkeit gewidmet. Grund genug unseren Schwerpunktteil diesmal der Ratspräsidentschaft zu widmen und diese etwas genauer unter die Lupe zu nehmen.

Josef Melchior informiert über die Funktionen der Ratspräsidentschaft, welche Möglichkeiten sich für Österreichs PolitikerInnen bieten und welche Vorhaben Chancen auf Realisierung haben. Über Rahmen und Bewegungsspielraum dieser Präsidentschaft schreibt Johannes Pollak. Otmar Höll bietet einen Überblick über die Beziehungen zwischen Europa und den USA und die aktuelle Krise der beiden Mächte. Ihr Wettrennen bezüglich wirtschaftlicher Beziehungen zu den südamerikanischen Staaten wird im Artikel von Gerti Zupanich deutlich: Sie hat sich das alternative Gipfeltreffen über Freihandelszonen zum Thema gemacht: „Enlazando Alternativas 2“. Georg-Sebastian Holzer geht auf Entwicklungspolitik ein, der während der Präsidentschaft keine besondere Priorität zuzukommen scheint. Die aktuellen Probleme am Balkan für die Union sowie die Problematik des Begriffes „Westbalkan“ zeigt Tina Oltenau auf. Sieglinde Rosenberger und Birgit Sauer haben sich mit Gleichstellungs- und Frauenpolitik vor dem Hintergrund des Ratsvorsitzes beschäftigt. Zum Thema der europäischen Forschungspolitik hat Georg-Sebastian Holzer die Vorsitzende des Europäischen Forschungsbeirats Helga Nowotny interviewed. Und Markus Marterbauer analysiert den Konflikt zwischen europäischem Sozialmodell und der „dominierenden neoliberalen Vision für Europa“ und welche aktuellen Probleme sich aus den eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten des öffentlichen Sektors ergeben.

Der Bereich „Intern“ ist diesmal von einigen neuen Gesichtern am Institut geprägt. Wir stellen euch Ilker Ataç, Albert Kraler, Tina Oltenau und Anna Durnová vor. Außerdem berichtet Hans-Georg Heinrich von einer Studie über die Studienmotivation, die Karriereplanung und die politische Weltsicht von PoWi-Erstsemestrigen. Thomas König informiert über das Graduiertenzentrum an der Fakultät für Sozialwissenschaften und Tina Oltenau über die Veranstaltungsreihe des Instituts zum Thema EU-Ratspräsidentschaft.

„Aktuell“ sind der Artikel von Meropi Tzanetakis über das wirtschaftlich florierende Drogenbusiness und der Bericht von Martin Mittersteiner über die Proteste in Frankreich gegen den prekären CPE-Erstanstellungsvertrag.

Im Bereich „International“ berichtet Thomas Schmindinger von der Islamkonferenz in Wien vom vergangenen November, Eva Pilipp von der Exkursion nach Amsterdam, Den Haag, Brüssel und Paris.

Eine etwas andere Rezension präsentieren wir am Ende des Hefts. Karin Tertinegg hat das „Hochzeitsbuch“ des Bundesministeriums für soziale Sicherheit und Generationen kritisch unter die Lupe genommen.

Eine spannende und interessante Lektüre wünscht euch

die Politix-Redaktion.

## **IMPRESSUM:**

### **HerausgeberIn:**

Institut für Politikwissenschaft (ipw)

**MedieninhaberIn, VerlegerIn:** ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

### **Redaktionsteam:**

Dworzak Alexander, Entlesberger Astrid, Holzer Georg-Sebastian, Jancso Benedikt, Kager Ruth, Mittersteiner Martin, Olteanu Tina, Sauer Birgit, Tzanetakis Meropi, Wolschlagler Markus, Zahradnik Katharina, Zupanich Gerti

### **Kontakt:** Birgit Sauer

ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

T: 4277-47712, F: 4277-47719,

e-mail: birgit.sauer@univie.ac.at

### **Layout & Cover:**

Martin Mittersteiner - www.mcm.at.tt

**Herstellung:** Institut für Politikwissenschaft (ipw), Auflage: 1000 Stück sowie Onlinepublikation unter [www.univie.ac.at/politikwissenschaft/](http://www.univie.ac.at/politikwissenschaft/)

### **Offenlegung gem. §25 MedienG.:**

**MedieninhaberIn:** ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

**Blattlinie:** Politix informiert über institutsbezogene Aktivitäten sowie über aktuelle Entwicklungen in der Politikwissenschaft

# Die (unscheinbare) Macht der Ratspräsidentschaft: Eine Herausforderung für Österreich

Von Josef Melchior

Als die österreichische Regierung zu Beginn dieses Jahres die Präsidentschaft des Rates in der EU angetreten hat, überschlugen sich die Politiker aller Couleurs mit der Formulierung von Forderungen und Erwartungen, während Bundeskanzler Schüssel die Präsidentschaft als „Dienst an der Gemeinschaft“ definierte, wobei er sich die Rolle des „ehrlichen Maklers und Vermittlers“ zuordnete. In der Tat scheint es einige Unklarheit über das Rollenbild der Präsidentschaft zu geben – sowohl im Hinblick auf ihre Bedeutung als auch ihre Funktion. Die Einschätzungen bewegen sich im Spannungsfeld zwischen gesamteuropäischer politischer Führung („leadership“) (a), intrainstitutioneller Vermittlung (b), nationaler Interessendurchsetzung (c) und (interner und externer) Repräsentation (d).

## Die Führungsfunktion

Der oft gebrauchte Begriff der EU-Präsidentschaft suggeriert, dass das Land, das die Präsidentschaft innehat, eine Führungsrolle in der EU übernimmt. Diese Auffassung übersieht, dass es sich dabei lediglich um den Vorsitz innerhalb des Rates handelt. Der Rat – in seinen beiden Erscheinungsformen als (Fach-)Ministerrat und Europäischer Rat – ist zwar das wichtigste Organ der EU, er ist aber weder der Kommission noch dem Europäischen Parlament „übergeordnet“ und muss sich die Führungsrolle mit der Kommission teilen: Der Europäische Rat gibt die allgemeinen Impulse für die Weiterentwicklung der Union und spielt vor allem in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik eine bedeutende Rolle. Im Bereich der Gesetzgebung in der ersten Säule, die die meisten Politikbereiche umfasst, führt wegen des Initiativmonopols der Kommission kein Weg an ihr vorbei. Zwar hat die Kommission seit dem Beschluss der Einheitlichen Akte, mit der das Binnenmarktprogramm auf den Weg gebracht wurde, ihre Rolle als „Motor der Integration“ weitgehend eingebüßt, dennoch bleiben ihr bei der Gestaltung von Initiativen und Gesetzesvorschlägen beträchtliche Spielräume. Noch wichtiger ist der Umstand, dass der Europäische Rat ein kollektives Führungsgremium darstellt, das richtungweisende

Beschlüsse nur einstimmig fassen kann. Ohne Zustimmung aller Partner kann es der Präsidentschaft zwar kurzfristig gelingen, neue Themen auf die Tagesordnung zu setzen, nicht aber ihre Umsetzung zu befördern. Dennoch bietet die Präsidentschaft die Möglichkeit, bedingt durch die Sprecherrolle und die repräsentative Funktion für den Rat, Bewusstseinsbildung zu betreiben und Aufmerksamkeit auf spezifische Problemlagen zu lenken, Vorschläge für Maßnahmen und Aktivitäten zu unterbreiten – insbesondere im Bereich der zweiten und dritten Säule –, und institutionelle Innovationen anzuregen (wie etwa die erstmalige Einberufung eines Fachministerrates der Verteidigungsminister während der österreichischen Ratspräsidentschaft 1998). Initiativen, die von der Präsidentschaft gestartet werden, ohne die Interessen aller anderen Mitgliedstaaten zu berücksichtigen, verlaufen jedoch regelmäßig im Sand oder sind von vornherein leerer Aktivismus, der nur dazu angetan ist, mediale Aufmerksamkeit zu erregen. Umgekehrt kann eine gute Zusammenarbeit mit der Kommission im Bereich der ersten Säule und mit den übrigen Mitgliedstaaten abgestimmte Initiativen durchaus Ergebnisse zeitigen und eine „aktive Präsidentschaft“ erfolgreich machen (1). Beispiele dafür wären die Einbeziehung des Schengener-Abkommens in den Amsterdamer Vertrag während der Regierungskonferenz 1996/97 durch die niederländische Präsidentschaft oder die britische Initiative zur Entwicklung einer europäischen Energiesicherungspolitik auf dem informellen Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs in Hampton Court im Oktober 2005. Dadurch können mitunter wichtige Weichenstellungen von einer Präsidentschaft vorgenommen werden ungeachtet der Tatsache, dass die Agenda weitgehend vom Tagesgeschäft, von aktuellen Ereignissen und den bereits in Bearbeitung befindlichen Gesetzgebungsvorhaben bestimmt wird, die von den vorhergehenden Präsidentschaften quasi ‚geerbt‘ werden. Die eingeschränkte „agenda-setting“-Funktion der Ratspräsidentschaft ist auch der Grund dafür, dass in der einschlägigen Literatur die Führungsrolle und der Handlungsspielraum der Ratspräsidentschaft als eher gering ein-

geschätzt werden (2). Eine „gute“ Präsidentschaft, die Führungsqualitäten zeigt, wäre daher eine, die es versteht, die drängenden Probleme der EU zu identifizieren und aufzugreifen, die Partnerländer von der Notwendigkeit gemeinsamer Problemlösung zu überzeugen, und nachhaltige gemeinsame Projekte zu entwickeln. Das ist aber nur ein Teil – nämlich der offensichtliche, weil öffentlich erkennbare Teil des Gesamtbildes. Der Handlungsspielraum der Präsidentschaft ist jedoch beträchtlich größer, wenn man sich das „Kerngeschäft“ der Präsidentschaft ansieht, nämlich die Vorsitzführung im Rat.

### Die Vermittlungsfunktion

Eine zentrale Aufgabe der Ratspräsidentschaft besteht darin, die Arbeit innerhalb des Rates zu koordinieren und zu einem Ergebnis zu führen. Dabei gilt es, die Interessen und Positionen von inzwischen 25 Regierungen auf einen Nenner zu bringen. Das ist keine Aufgabe, die von einer Person wie dem Präsidenten des Europäischen Rates allein bewältigt wird. In der Tat gibt es eine Vielzahl von „PräsidentInnen“, die nun alle von Österreich gestellt werden. Die österreichischen Regierungsmitglieder fungieren in diesem Halbjahr als Präsidenten der Fachministerräte, der ständige Vertreter Österreichs und sein Vize führen den Vorsitz in Coreper II und I, wo die Entscheidungen der Fachministerräte vorbereitet werden, und österreichische Beamte präsidieren die Sitzungen der rund 300 Ratsarbeitsgruppen, in denen die gemeinsamen Standpunkte des Rates zu den Richtlinien- und Verordnungsentwürfen der Kommission beraten werden. Die Präsidentschaft macht nun jeden dieser Vorsitzenden zum *primus inter pares*. Die Macht der Präsidentschaft erweist sich im Wesentlichen daran, wie geschickt die Vorsitzführung die ihr zur Verfügung stehenden Mittel einsetzt, um gemeinsame Resultate zu erzielen.

Diese Mittel sind im Wesentlichen informativ und verfahrenstechnischer Natur und lassen sich als *agenda-shaping* und *agenda-management* verstehen. *Agenda-shaping* bezieht sich auf alle Aktivitäten, die die inhaltliche Gestaltung der Entscheidungsmaterie betreffen und *agenda-management* meint das Was, Wie und Wann von Verhandlungen und Entscheidungen. Eine wichtige Ressource der Präsidentschaft ist ihr Informationsvorsprung, den sie im Hinblick auf die (tatsächlichen) Präferenzen und die Kompromissbereitschaft jedes einzelnen Mitgliedstaates erlangt und zwar als Adressat von Forderungen einzelner Regierungen und durch bilaterale und multilaterale

Konsultationen. Dadurch wird sie in die Lage versetzt, Kompromissvorschläge zu erarbeiten. Eine zweite Ressource des Vorsitzes liegt im Prozeduralen: Das „timing“ bei der Einberufung von Sitzungen, wodurch Druck auf die Teilnehmer ausgeübt werden kann; die Gestaltung der Tagesordnung – wodurch Themen und Entscheidungen beschleunigt, verzögert oder ausgegrenzt werden können; die Verteilung von Redezeit; das Eröffnen und Schließen von Diskussionen; die Einbeziehung von Dritten wie z.B. des Ratssekretariats, Dienststellen der Kommission oder anderen Experten; das Ansetzen oder Aussetzen von Abstimmungen; die inhaltliche Vor- und Nachbereitung der Verhandlungen durch die Erstellung von Unterlagen, Vorschlägen und Diskussionsprotokollen etc. (3). Alle diese Instrumente können vom Vorsitz strategisch eingesetzt werden und über das Erreichen eines für alle akzeptablen Kompromisses entscheiden, der mehr ist als der kleinste gemeinsame Nenner. Eine ‚gute‘ Präsidentschaft bemisst sich daran, in wie vielen Fällen es ihr gelingt, Dossiers zum Abschluss zu bringen, Interessengegensätze zu überwinden und Problemlösungen zu erzielen, die über den kleinsten gemeinsamen Nenner hinausgehen.

### Die nationale Funktion

Unter PolitikerInnen und EuropaforscherInnen gleichermaßen gilt als weithin akzeptierte Norm, dass die Unparteilichkeit der Vorsitzführung eine wesentliche Bedingung für den Verhandlungserfolg darstellt (4). Dafür spricht, dass die Verteidigung nationaler Eigeninteressen durch die Präsidentschaft regelmäßig den Unmut und Protest der anderen Mitgliedstaaten hervorruft; dass die nationalen Vertreter im Rat in der Regel zurückhaltend agieren und dass die Kompromissbereitschaft auf Seiten des Landes, das die Präsidentschaft innehat, eine Bedingung *sine qua non* darstellt, um zu einer Einigung zu gelangen (5). Dem steht entgegen, dass die Rückbindung der Regierungsvertreter an die nationalen Interessen auch während einer Präsidentschaft nicht einfach außer Kraft gesetzt wird sowie die Beobachtung, dass die Präsidentschaften in der Regel durchaus dazu verwendet werden, nationale Präferenzen zu verfolgen anstatt sie zu unterdrücken (6, 7). Eine mögliche Erklärung für die Vereinbarkeit dieser widersprüchlichen Anforderungen liegt darin, dass die Prioritäten des Vorsitzlandes mit Bedacht so gewählt werden, dass die nationalen Interessen mit dem europäischen Gemeininteresse konvergieren. Selbst wenn das nicht der Fall ist, bietet die breite und vielfältige Agenda der EU genügend

Handlungsspielraum für das vorsitzführende Land, nationale Prioritäten – etwa durch eine bevorzugte Behandlung bestimmter Themen und Probleme – einfließen zu lassen, ohne dass das als illegitim erscheinen würde. Und schließlich bieten die oben angesprochenen Mechanismen der Vorsitzführung Raum, um solche Kompromisse vorzuschlagen, die möglichst nahe an den eigenen Präferenzen liegen. Sie fließen quasi automatisch in die Verhandlungen ein, ohne dass das Vorsitzland lautstark dafür kämpfen müsste. Die Norm der Unparteilichkeit würde also nur insofern gelten, als sie eine Vetohaltung der Präsidentschaft, präsidiale Alleingänge und Unnachgiebigkeit bei den Verhandlungen ausschliesse – und sollte eine Präsidentschaft in die Verlegenheit kommen, sich vor diese Alternativen gestellt zu sehen, bleibt immer noch die Möglichkeit, die Entscheidung auf die Zeit nach der Präsidentschaft zu vertagen – oder die Norm zu verletzen, was auch immer wieder geschieht (8). Die Kunst einer erfolgreichen Vorsitzführung besteht in dieser Hinsicht darin, Projekte zu forcieren, die im nationalen Interesse liegen, aber gemeinschaftsförderliche Lösungen ermöglichen.

### Die Repräsentationsfunktion

Ein weiterer Aufgabenbereich der Präsidentschaft liegt in der Vertretung der Interessen des Rates gegenüber den anderen EU-Institutionen (insbesondere Kommission und Europäischem Parlament) sowie die Repräsentation der EU in internationalen Organisationen und gegenüber Drittstaaten. Die Vertretung der Ratsinteressen gegenüber der Kommission ist insbesondere im Hinblick auf die Prioritätensetzung im halbjährlichen Arbeitsprogramm und im Hinblick auf die Abstimmung der zu erwartenden Initiativen seitens der Kommission von Relevanz. Darüber hinaus vertritt die Präsidentschaft die Standpunkte des Rates gegenüber dem EP; sie steht ihm Rede und Antwort im Rahmen der Auskunfts- und Berichtspflichten und – was viel bedeutender ist –, sie führt die Verhandlungen zwischen Rat und EP im Rahmen der Gesetzgebung und Haushaltsplanung. Im Mitentscheidungs- und Haushaltsverfahren ist die Zustimmung des EP eine Bedingung sine qua non, weshalb die Präsidentschaft hier eine wichtige Verhandlungsrolle innehat. Gleiches gilt auch für die siebenjährige finanzielle Vorschau, die die Rahmenbedingungen für die Ausgaben der kommenden Jahre vorgibt. Nachdem es im Dezember 2005 unter britischer Präsidentschaft in letzter Minute zu einer Einigung im Rat gekommen war, wurde der Vorschlag vom

EP im Jänner mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Es wird nun an der österreichischen Präsidentschaft liegen, einen Kompromiss mit dem EP auszuhandeln. Die außenpolitische Rolle der Ratspräsidentschaft umfasst langfristige Projekte wie den Erweiterungsprozess, die Verfolgung von strategischen Zielen in den Außenbeziehungen von der Nachbarschaftspolitik über die Sicherheitspolitik bis hin zur Entwicklungspolitik, sowie das Management von kurzfristig auftauchenden Problemen, Krisen und Herausforderungen. Auch in diesem Bereich erweist sich der Erfolg einer Präsidentschaft an den „realpolitischen“ Resultaten: der Durchsetzung und Verfolgung einer nationalstaatlich geprägten, aber kollektiv beschlossenen Agenda und dem diplomatischen „Krisenmanagement“.

Zugleich bietet die repräsentative Rolle der Präsidentschaft eine Bühne, auf der sich die Politiker des Vorsitzlandes in Szene setzen können. Für ein halbes Jahr werden auch VertreterInnen kleiner Staaten zu Akteuren und Ansprechpartnern auf der Bühne der Weltpolitik und können über die Veranstaltung von informellen Ministerratstreffen (auf denen in der Regel keine Entscheidungen fallen) und Konferenzen (wie etwa „Sound of Europe“ im Jänner 2006 oder die geplante große Lateinamerika-Konferenz im Mai 2006) mediale Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Eine solche Chance zur (öffentlich finanzierten) Profilierung lässt sich keine Regierung entgehen – schon gar nicht in einem Wahljahr, obgleich die Anzahl von offiziellen Großereignissen im Vergleich zur ersten Ratspräsidentschaft Österreichs 1998 eher gering gehalten wird – und das aus gutem Grund. Es kann durchaus bezweifelt werden, ob eine der EU gegenüber negativ eingestellte Bevölkerung durch „symbolische Politik“ während der Präsidentschaftszeit wieder für Europa begeistert werden kann, zumal die öffentliche Wahrnehmung der Rolle und Bedeutung der Präsidentschaft für das eigene Land eine höchst verzerrte ist: die Spitze des Eisberges – die mediale Selbstinszenierung wird wahrgenommen und gegen die beträchtlichen Kosten aufgerechnet –, während der substantielle Teil der Arbeit weitgehend unbeachtet bleibt.

Die Attraktivität der Ratspräsidentschaft resultiert also weniger aus dem politischen „Kleingeld“, das sich daraus schlagen lässt, oder der Geltungssucht der Politiker – wie es das öffentliche Vorurteil will –, sondern hat handfeste machtpolitische Gründe. Anders wäre es kaum zu verstehen, weshalb die Neugestaltung der Ratspräsidentschaft, wie sie von einigen (großen) Mitgliedstaaten (allen

voran Spanien, Frankreich und Großbritannien) forciert und wie sie – in einer stark abgeschwächten Form – vom Verfassungskonvent vorgeschlagen wurde, auf den erbitterten Widerstand vieler kleiner Mitgliedstaaten stieß (9). Der Reformbedarf wurde damit begründet, a) dass in einer auf 25 Mitgliedstaaten vergrößerten Union der gestiegene Koordinations- und Arbeitsaufwand nur von einer Vollzeitpräsidentschaft geleistet werden könne; b) dass die EU ihre weltpolitische Rolle nur dann effizient wahrnehmen könne, wenn sie als einheitlicher Akteur auftritt und mit einer (personifizierten) Stimme spricht; c) dass die Kohärenz der EU-Politik nur gesichert werden könne, wenn eine starke Führungspersönlichkeit die Arbeit der Fachministerräte und der Kommission mittelfristig koordiniert und kontrolliert; und d) dass ein Präsident der EU ein Gesicht geben und ein Identifikationsobjekt für die BürgerInnen darstellen würde. Daher sollte die Position einer PräsidentIn des Europäischen Rates geschaffen werden, der oder die von den Staats- und Regierungschefs auf fünf Jahre gewählt werden sollte. Er oder sie dürfte kein nationales politisches Amt bekleiden und sollte mit weit reichenden Kompetenzen ausgestattet werden. Alsbald bildete sich eine organisierte Gegenbewegung vor allem der kleineren Mitgliedstaaten, die ein „Direktorium“ der großen Staaten befürchteten. Sie beharrten auf dem Prinzip der Gleichheit aller Staaten und auf dem Rotationsprinzip. Der Kompromiss, der schließlich gefunden wurde, sieht nun zwar eine gewählte PräsidentIn des Europäischen Rates vor, der oder die allerdings nur für zweieinhalb Jahre gewählt wird (mit der Option einer einmaligen Wiederwahl). Außerdem wurden die Kompetenzen stark beschnitten, insbesondere was die Kontrolle der Fachministerräte betrifft. Das Rotationsprinzip auf der Ebene der Fachministerräte bleibt in einer modifizierten Form weitgehend erhalten und den Vertretungsanspruch nach außen muss sie bzw. er sich mit dem Außenminister und dem Kommissionspräsidenten teilen (10). Mit dem vorläufigen Scheitern des Verfassungsvertrages bleibt jedoch bis auf weiteres alles beim Alten – und Österreich kommt in den Genuss seiner zweiten Präsidentschaft.

Was ist nun vor dem Hintergrund des Gesagten von der Ankündigung des Bundeskanzlers zu halten, Österreich wolle die Präsidentschaft dazu nützen, der EU zu „dienen“ und zwischen den Mitgliedstaaten zu „vermitteln“? Eine mögliche Interpretation wäre, dass Österreich auf die Verfolgung nationalen Eigeninteressen verzichtet – ein Anspruch, der angesichts des oben Gesagten wenig glaubwürdig und auch

kaum Erfolg versprechend erscheint. Die Betonung der Rolle eines „ehrlichen (sic!) Vermittlers“ könnte man als Versuch deuten, das seit den „Sanktionen“ der EU-14 anlässlich des Regierungseintritts der FPÖ im Jahre 2000 angeschlagene Image Österreichs als verantwortungsvoller und vertrauenswürdiger Partner wieder herzustellen – oder aber als Rechtfertigung für den Verzicht auf selbständigen Gestaltungswillen und aktive Problemlösungsbemühungen. Bei der Präsentation der österreichischen Prioritäten für die Ratspräsidentschaft überraschte der Bundeskanzler jedenfalls mit zwei Ankündigungen: der Wiederbelebung der Verfassungsdebatte und dem Vorstoß für ein neues, auf Abgaben basierendes System der Eigenfinanzierung des EU-Haushaltes. Welche Faktoren auch immer für den Erfolg einer Präsidentschaft verantwortlich sein mögen, gemessen wird er nicht an Ankündigungen, sondern an Ergebnissen.

### Josef Melchior

Universitätsassistent am ipw

### Fußnoten:

- (1) Tallberg, J. (2003). The agenda-shaping powers of the EU Council Presidency, in: *Journal of European Public Policy* 10, 1-19.
- (2) Hayes-Renshaw, F./H. Wallace (1997). *The Council of Ministers*, New York: St. Martin's Press, S. 146.
- (3) Metcalfe, D. (1998). Leadership in European Union Neogtiations: The Presidency of the Council, in: *International Negotiation* 3(3), 413-434, insb. S. 416-426.
- (4) Elgström, O. (2003). „The Honest Broker“? The Concil Presidency as a Mediator, in: O. Elgström: *European Union Council Presidencies. A Comparative Perspective*, London: Routledge.
- (5) siehe (3), insb. S. 420-422.
- (6) Bengtsson, R./O. Elgsstrom et al. (2004). Silencer or Amplifier? The European Union Presidency and the Nordic Countries, in: *Scandinavian Political Studies* 27(3), 311-334.;
- (7) Tallberg, J. (2004). The power of the Presidency: Brokerage, efficiency and distribuati-on in EU negotiations, in: *Journal of Common Market Studies* 42, 999-1022.
- (8) siehe (7), insb. S. 1017-1018.
- (9) Norman, P. (2003). The accidental consti-tution: the story of the European Conention, *Brussels EuroComment*, 110-113.
- (10) Sap, J. W. (2004). The European President, in: *European Constitutional Law Review* (EuConst) 1(01), 47-51.

# Zwischen Management und Vision: Die österreichische Ratspräsidentschaft

Von Johannes Pollak

Die offizielle Eröffnung der österreichischen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 wird unter dem folkloristischen Titel „The Sound of Europe“ in Salzburg statt finden. Die humoristischen Neigungen der derzeitigen österreichischen Bundesregierung kennend, bleibt zu hoffen, dass das Programm sich nicht im Namen erschöpft. Denn zu groß sind die Herausforderungen für das europäische Einigungsprojekt: Von der Regelung der Details für die finanzielle Vorausschau 2007 bis 2013 zum Europäischen Verfassungsvertrag, von der Wiederbelebung des Lissabon-Prozesses zur Stabilisierung des West-Balkan und von der mangelnden Bürgernähe bis zu den laufenden WTO-Verhandlungen.

Bereits die erste Präsidentschaft Österreichs stand unter dem Motto des „ehrlichen Maklers“, fand allerdings unter wesentlich einfacheren Rahmenbedingungen statt. In der Zwischenzeit ist die Zustimmung zum europäischen Einigungsprojekt stark gesunken. In Österreich liegt die Zustimmungsrate laut Eurobarometer (September 2005) gar nur bei 37 Prozent. Der „Bazar von Nizza“, das negative französische und niederländische Referendum zum Verfassungsvertrag, die völlig unzureichende mitgliedstaatliche Kommunikation über die Vorteile der Erweiterung, der Unwillen der nationalen Regierungen eine europäische Sozialpolitik zu gestalten und nicht zuletzt die Unfähigkeit, die Diskussion über einen etwaigen Beitritt der Türkei nicht rechtspopulistischen Gruppen zu überlassen, tragen zu einer zunehmenden Ablehnung der Europäischen Union bei. Welche Schwerpunkte hat sich in diesem Umfeld die österreichische Präsidentschaft zum Ziel gesetzt und wie viel Bewegungsspielraum hat sie überhaupt? Die folgenden Themen sollen dabei im Mittelpunkt stehen: die Verfassung, die finanzielle Vorausschau, die Lissabon-Strategie und der Westbalkan.

## Der Verfassungsvertrag

Der europäische Konstitutionalisierungsprozess wurde von Österreich von Beginn an unterstützt. Das Konventsverfahren wurde

offiziell als eine Möglichkeit begrüßt, nationale Egoismen in einem transparenterem Prozedere zu erschweren. Offensichtlich war das Verfahren aber weder transparent genug, noch entsprach das Ergebnis der Mehrheit der französischen und niederländischen Bevölkerung, die den Verfassungsvertrag ablehnten. Die nun eingeleitete Reflexionsphase läuft Gefahr, zu einer Phase der konstitutionellen Stagnation zu werden, wenn sich niemand bereit erklärt, Verantwortung für eine strukturierte Diskussion zu übernehmen. Zwei Vorschläge unterschiedlicher Güte liegen vor: da ist einerseits der ingenios betitelte „Plan D“ („D“ für Demokratie, Deliberation, Debatte) der Europäischen Kommission, der im Wesentlichen eine Kommunikationsstrategie darstellt, von konkreten Aktionsplänen aber absieht. Wesentlich detaillierter ist das Konzept der MEPs Andrew Duff und Johannes Voggenhuber, die in ihrem Bericht an den Verfassungsausschuss des Europäischen Parlaments (EP) einen klar strukturierten Zeitplan mit spezifischen Fragen vorgeben. Auch ein solcher Plan bedarf der exekutiven Fürsprache, stellt also die jeweiligen Ratspräsidentschaften vor große Herausforderung. Leider sind weder der Europäische Rat noch der Ministerrat bisher mit Strategien zur Belebung des Verfassungsprozesses an die Öffentlichkeit getreten. Auch im Programm der österreichischen Ratspräsidentschaft wird diesem Prozess keine besondere Priorität eingeräumt. Für Bundeskanzler Schüssel ist die Hauptfrage des Juni-Gipfels, wie eine breite Debatte über den Verfassungsvertrag initiiert werden könnte, um „die Verfassung dann in einer späteren Phase vielleicht wieder zum Leben zu erwecken“ (Schüssel 2005). Auch Außenministerin Plassnik sah sich bei der offiziellen Vorstellung des Ratspräsidentschaftsprogrammes veranlasst, „den Blick aufs Machbare“ zu richten. Die Verfassung firmiert offensichtlich unter der Rubrik „Nicht machbar“. Es wäre allerdings nicht ganz fair, von der österreichischen Ratspräsidentschaft spektakuläre Schritte zu erwarten, einerseits, da dieses Land sich bisher nicht als besonders visionär bezüglich der Zukunft Europas gezeigt hat, andererseits, da die vielen Aufgaben einer

Ratspräsidentschaft die Ressourcen eines kleinen Landes ohnedies schon bis zum Äußerten beanspruchen. Zudem: Warum sollte sich gerade der Kanzler eines massiv europaskeptischen Landes vom Verfassungsthema Pluspunkte für eine prekäre innenpolitische Position erwarten? Die kurzfristige Blockierung des Beginns der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei als auch die jüngsten Vorschläge des Bundeskanzlers zu einer vollständigen Überarbeitung der Dienstleistungsrichtlinie scheinen lohnendere Ziele abzugeben.

### **Die finanzielle Vorausschau**

Es ist wohl ein großes Aufatmen durch die Reihen des offiziellen Österreichs gegangen als Ende Dezember 2005 eine Einigung auf das fünfjährige Budget der Union gelungen ist. Die vollkommen gerechtfertigte Erhöhung der österreichischen Zahlungen wird allerdings nur wenig zu einer größeren Europabegeisterung beitragen. Bisher ist es nicht gelungen, die Kluft zwischen den Forderungen an die Union (Stichwort Arbeitslosigkeit, Außen- und Sicherheitspolitik) und der ausreichenden finanziellen Bedeckung adäquat zu kommunizieren. Zudem ist die Verteilung des Budgets, also die Frage was wofür ausgegeben wird, nicht gerade einer zukunftssträchtigen Orientierung geschuldet. Die auch vom EP immer wieder vorgetragene Forderung nach einer massiven Erhöhung der Forschungs- und Entwicklungsausgaben wurde nicht Folge geleistet. Wie so das in der Lissabon-Agenda festgeschriebene Ziel, Europa zur „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaft der Welt zu machen“ (Europäischer Rat 20./21. März 2003) bleibt fraglich.

Der österreichischen Ratspräsidentschaft wird es obliegen, die technischen Details des Budgets zu finalisieren. So muss ein neues interinstitutionelles Abkommen zwischen Rat, Kommission und EP ausgehandelt werden. Dies dürfte sich vor allem aufgrund von Forderungen des EP durchaus schwierig gestalten. Im so genannten Trialog über die finanzielle Vorausschau, der regelmäßig zwischen den Präsidenten der drei Institutionen stattfindet, kommt der Ratspräsidentschaft die schwierige Aufgabe zu, sich einerseits an die Positionen des EP und der Kommission anzunähern, andererseits aber den Rahmen des intergouvernementalen Abkommens nicht zu verlassen und die Budgetobergrenzen der finanziellen Vorausschau nicht zu überschreiten. Insbesondere die Bereiche „Kohäsion für Wachstum und Entwicklung“ und „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ versprechen schwie-

rig zu werden. Österreich hat angekündigt im Rahmen dieser Verhandlungen eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem EP zu suchen.

### **Die Lissabon-Strategie**

Die strategischen Ziele der Lissabon-Strategie sind Wirtschaftswachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie die Stärkung des sozialen Zusammenhalts in der EU. Diese Ziele erscheinen umso ehrgeiziger, besitzt doch die Union in den relevanten Politikbereichen wie Bildung, Beschäftigung und Sozialpolitik kaum Kompetenzen. Fortschritte sind somit nur mittels intergouvernementaler Koordination möglich. Das politische Instrument zur Umsetzung ist die so genannte „Offene Methode der Koordinierung“. Die Regierungen vereinbaren Leitlinien und Empfehlungen, arbeiten nationale Maßnahmenprogramme aus und ergehen sich ansonsten in der wortgewaltigen Bekämpfung des Strohmannes Globalisierung. Die bisher dürftigen Ergebnisse führten zu Erstellung neuer „integrierter Leitlinien“, die die Mitgliedstaaten in die Pflicht nahmen, bis Oktober 2005 nationale Reformpläne vorzulegen. Augenblicklich analysiert und beurteilt die Kommission diese Pläne. In der Folge wird sich der Europäische Rat im März 2006 mit den Ergebnissen der Kommission auseinander setzen. Das Hauptinteresse Österreichs liegt in der Umsetzung konkreter Programme im Bereich der Forschungs- und Innovationspolitik und der Bildung und Beschäftigung. Bereits im Juni 2005 hat Österreich vorgeschlagen, dass die Kommission gemeinsam mit der Europäischen Investitionsbank zusätzliche zehn Milliarden Euro für zukunftsorientierte Forschungs- und Entwicklungsprojekte zur Verfügung stellt. In Bezug auf die Frage der Schaffung neuer Arbeitsplätze scheint sich Österreich darauf zu verlegen, die Übergangsfristen für die Freizügigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu verlängern. Es ist zu erwarten, dass die Kommission zu Beginn des Jahres 2006 einen Bericht über die Funktionsweise der Übergangsregelungen vorlegt. Österreich hat bereits angekündigt, von der Möglichkeit der Verlängerung für weitere drei Jahre Gebrauch machen zu wollen. Die ökonomische Sinnhaftigkeit einer solchen Verlängerung ist durchaus zu diskutieren, wie die Beispiele Schweden und Großbritannien zeigen.

### **West-Balkan, Rumänien und Bulgarien**

Während der österreichischen Präsidentschaft wird Montenegro ein Unabhängigkeitsreferendum abhalten, zugleich beginnen Verhandlungen beider Teilstaaten über Stabilisierungs-

und Assoziierungsabkommen mit der EU. Auch der Kosovo bildet einen Schwerpunkt, da der UN-Sonderbeauftragte Kai Eide schon im Oktober 2005 den Beginn von Gesprächen empfohlen hat. Mit der Aufnahme dieser Gespräche ist im ersten Halbjahr 2006 zu rechnen. Gleiches gilt für Bosnien-Herzegowina, denn nach den jüngsten Reformschritten im Bereich Polizei und Militär hat Österreich angekündigt, den Abschluss der Verhandlungen noch unter seiner Präsidentschaft unterstützen zu wollen. Österreich gehört zu den größten Investoren dieser Region und erhofft sich vom Beitrittsprozess eine Erhöhung der Stabilität und eine günstige ökonomische und politische Entwicklung, die zur Gewinnsteigerungen der österreichischen Wirtschaft führen sollten. Allerdings sind diese Unterstützungserklärungen mit Vorsicht zu genießen, träumte das offizielle Österreich doch auch nach dem Fall des Eisernen Vorhanges von einer „natürlichen Partnerschaft“ mit den neuen, alten Nachbarn. Sehr bald stellte sich doch heraus, dass zwischen Rhetorik und Realpolitik ein großer Unterschied besteht.

Im April 2006 wird die Kommission ihren neuen Monitoring-Bericht über die Vorbereitung Rumäniens und Bulgariens auf die Mitgliedschaft vorlegen. Der für Jänner 2007 in Aussicht gestellte Beitritt der beiden Länder kann nur im Falle ernstlicher Schwierigkeiten bei der Vorbereitung um ein Jahr aufgeschoben werden. Angesichts der derzeit in vielen Mitgliedsländern der Union vorherrschenden Skepsis bezüglich einer neuerlichen Erweiterungsrunde, steht zu erwarten, dass es 2006 zu Debatten über die Beitrittsreife der Kandidaten aber auch die Aufnahmefähigkeit der Union kommen wird.

## Schlussbemerkung

Ratspräsidentschaften unterliegen neben exogenen Zwängen auch innenpolitischen Interessen. Eine europaskeptische Öffentlichkeit von der Notwendigkeit von Beitragserhöhungen zu überzeugen, kann mitunter zu einem politischen Hasardspiel werden. Dies gilt für den britischen ebenso wie für den österreichischen Kanzler. Der Verlockungen des Populismus angesichts der im Herbst 2006 anstehenden Nationalratswahl zu widerstehen, wird eine besondere Herausforderung sein. Die Verluste der beiden Regierungsparteien in Regionalwahlen im Jahr 2005 erhöhen den Druck auf die Regierung und lassen eine Nutzung der Präsidentschaft für Wahlkampagnen durchaus wahrscheinlich erscheinen. Dem steht das österreichische Selbstverständnis vom „ehrliehen Makler“ nicht unbedingt entgegen, beherrschen doch alle Staats- und Regierungschefs die Kunst ihre nationalen Öffentlichkeiten in Bezug auf europäische Themen im Halbdunkel zu belassen. Neben fünf Gipfeln mit Drittländern (Russland, Kanada, USA, Japan, Lateinamerika/Karibik), zwei europäischen Räten, 42 Treffen des ständigen Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees, 39 COREPER Treffen, zwölf informellen Ministerratstreffen und 32 Ratstreffen bleibt wenig Zeit für politische Visionen. Schade, denn eigentlich benötigt Europa gerade jetzt Phantasie am dringendsten.

## Johannes Pollak

Mitarbeiter des Institut für Europäische Integrationsforschung (EIF) an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW)

# Die transatlantischen Beziehungen in der Krise

Von Otmar Höll

## Welche Krise?

Spätestens seit den Terroranschlägen auf die Twintowers in Manhattan und das Pentagon sind die transatlantischen Beziehungen zu einem zentralen Thema der internationalen Agenda geworden. Zuerst war „Nine-eleven“ ein Tag engster Verbundenheit zwischen den Menschen in Europa und den USA. Der Anschlag auf das World Trade Center wurde von vielen Europäern nicht nur als Angriff auf die USA verstanden, sondern als Angriff auf die gesamte „westliche Welt“. Auch riefen die Bilder aus New York in Europa Erinnerungen an die Leiden und Verwüstungen in der Zeit des Zweiten Weltkrieges wach. Die Menschen in Europa identifizierten sich in diesem Moment politisch und emotional mit der Bevölkerung der USA. Was aber als ehrliche Zeichen der Solidarität und Anteilnahme mit dem Trauma begann, hat sich zwischenzeitlich zu einer veritablen Beziehungskrise entwickelt. Das noch in der Zeit des Kalten Krieges so selbstverständliche Pathos der Gemeinsamkeit ist längst aus der wechselseitigen Wahrnehmung und Beziehungsroutine verschwunden. Aus heutiger Sicht ist die Zukunft des Verhältnisses zwischen den USA und der Europäischen Union ungewiss, sicher ist nur, dass sie weiterhin von globaler Bedeutung sein wird.

Wenn heute in vielen Kommentaren die Unterschiede und Probleme zwischen den beiden globalen Akteuren dies- und jenseits des Atlantik betont werden, wird meist jene Phase zum Vergleich herangezogen, die in der Geschichte der Internationalen Beziehungen eine positive Sonderrolle einnimmt, die Zeit des Kalten Krieges. Diese Zeit war aber insofern eine außergewöhnliche in der Jahrhunderte langen und oft auch wechselhaften Geschichte der beiden Kontinente, als Westeuropa und die USA in dieser Phase weitestgehend ähnliche Interessen verfolgten: Im ökonomischen Bereich wurden beide Seiten immer mehr voneinander abhängig, sie waren im Rahmen der OECD organisiert; Und – nicht weniger bedeutsam – auch ideologisch und insbesondere sicherheitspolitisch war man im gleichen Lager. Das gemeinsame Feindbild der Sowjetu-

nion verband und verdeckte Differenzen mehr als man dies damals wahrhaben wollte.

Aber bereits kurz nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 und dem Ende der Bi-Polarität zu Beginn der 1990er Jahre ging die Zeit einer scheinbaren Harmonie zu Ende. Mit dem Eintritt in ein sich rasch und tiefgreifend wandelndes „neues“, dynamisiertes internationales System, das seine Gestalt noch lange nicht gefunden hat, änderten sich die Beziehungen zwischen den USA und den westeuropäischen Staaten. Die NATO als tragendes Element der Beziehungen wurde zunehmend von der Europäischen Union, deren Ambitionen und Strahlkraft nach außen für die USA auch eine zunehmende globale Konkurrenz darstellte, abgelöst. Das alte, einfache Selbstverständnis und die gewohnte Hierarchie mit den USA in der unangefochtenen Führungsposition bekamen erste Risse. Meinungsdivergenzen über Fragen der Wirtschaft, der internationalen Politik und der Ökologie standen schon damals – unter anderen Regierungen als heute – auf der Tagesordnung.

Heute gibt es zwischen Westeuropa (vor allem der EU) und den USA offensichtliche Differenzen. Diese betreffen vor allem die Frage des Irak-Kriegs, den Umgang mit dem Völkerrecht und internationalen Organisationen, insbesondere den Vereinten Nationen, aber auch die Haltung zum Internationalen Strafgerichtshof. Fragen der Biotechnik und der Ökologie (Stichwort Kyoto-Protokoll), der globalen Armut und – insbesondere – die Bekämpfung des internationalen Terrorismus werden unterschiedlich beantwortet. Auch über die Folgen der immer engeren Verflechtung der Wirtschaftsräume, die im Zeitalter der Globalisierung längst keine „nationalen Volkswirtschaften“ mehr sind, besteht oft Uneinigkeit. All dies sind zentrale und wichtige Fragen, die für die Zukunft der Internationalen Politik im 21. Jahrhundert von sehr grundlegender globaler Bedeutung sind. Diese Fragen berühren aber auch andere wichtige gesellschaftliche Bereiche, vor allem jene der historisch so unterschiedlichen Erfahrungen, ja der Identität der europäischen und der US-amerikanischen Gesellschaft. Die zweite

österreichische Präsidentschaft der Europäischen Union, die am 1. Jänner dieses Jahres begonnen hat und bis Jahresmitte dauert, fällt somit in eine Zeit der ernstesten Krise in den transatlantischen Beziehungen. Österreich muss in diesen sechs Monaten, in denen es an der politischen Spitze des globalen Akteurs Europäische Union steht, mit dieser Krise klug und verantwortlich „umgehen“. Schließlich gilt es, in dieser Zeit – gemeinsam mit den USA – auf Ereignisse der Weltpolitik rasch und angemessen zu reagieren. Österreich steht sozusagen in diesem halben Jahr im „Schaufenster der Weltpolitik“. Das bedeutet einen erheblichen organisatorischen, vor allem kommunikativen Aufwand zu bewältigen, und – noch wichtiger – globale Verantwortung zu übernehmen.

### **Kernfragen der Beziehungskrise**

Was sind nun die wichtigsten Herausforderungen und Problembereiche in den Beziehungen? Ist Robert Kagan (1) und seiner These Recht zu geben, dass die Europäer nur deshalb „von der Venus“ sind, weil sie nicht mehr wie im 19. Jahrhundert eine den anderen Mächten überlegene militärische Stärke besitzen; und dass folgerichtig die USA „vom Mars“ sind, weil sie über eine derartige militärische Überlegenheit gegenwärtig offensichtlich verfügen? Die Antwort ist vermutlich doch etwas komplizierter. Da ist einmal die Frage einer eigenen EU-ropäischen Verteidigung. Als in Europa bereits Mitte der 90er Jahre – als die EU keine geeignete Antwort auf die Kriege im ehemaligen Jugoslawien fand – der Wunsch nach eigenen EU-Verteidigungskapazitäten laut wurde, löste dies rasch gemischte Gefühle in Washington aus. Einerseits befürchteten die USA, dass dies auf längere Sicht eine gewisse Konkurrenz gegenüber der eigenen Militärstärke zur Folge haben könnte. Andererseits betrachtete Washington diese neue Entwicklung als einen möglichen ersten Schritt in Richtung der von ihr gewünschten Ausweitung der Verteidigungsaufgaben der Union. Eine andere Frage betrifft die gemeinsame Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Obgleich die Terroranschläge auf die USA, wie schon oben erwähnt, eine Welle der Sympathie in Europa auslösten, und auch zu einer stärkeren Zusammenarbeit auf allen Ebenen bei der Terrorismusbekämpfung führten, wurde viel des guten Willens der Europäer wegen des vom UN-Sicherheitsrat nicht legitimierten Irak-Kriegs zerstört und belastet seither die transatlantische Partnerschaft.

Weiters ungeklärt ist die Frage des Waffenembargos gegen China. Die Absicht der EU, das seit mehr als 15 Jahren bestehende Waffe-

nembargo gegen China zumindest zu lockern, ist ein weiteres Streitthema zwischen den USA und der EU. Vor allem Großbritannien, Frankreich und Italien – Länder, die über eine bedeutende Rüstungsindustrie verfügen – drängen intern auf die Aufhebung. Mittlerweile hat die EU entsprechende Pläne jedoch auf Eis gelegt. Ausschlaggebend war vor allem ein neues Gesetz in China, welches im März 2005 angenommen wurde und den Einsatz militärischer Gewalt gegenüber Taiwan erlaubt, falls das Land mit seinen Unabhängigkeitsbestrebungen ernst machen sollte.

Im Bereich der Handelspolitik verfolgen die EU und die USA im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO, in Übereinstimmung mit der Agenda der Doha-Runde, das Ziel der weltweiten Handelsliberalisierung. Auseinandersetzungen über gentechnisch veränderte Organismen (GVO) und über die Verwendung von Wachstumshormonen in der Viehzucht sowie die relativ strikte Anwendung des ‚Vorsorgeprinzips‘ durch die EU führen allerdings gelegentlich zu Spannungen. In Fragen des Wettbewerbs hat die EU-Kommission in den letzten Jahren in einer Reihe von Fällen, an denen US-Unternehmen beteiligt waren, interveniert. Und auch das wachsende US-Haushaltsdefizit und der zunehmend schwache US-Dollar haben zu Spannungen in den transatlantischen Beziehungen beigetragen.

In Bezug auf den Friedensprozess im Nahen Osten vertritt die Regierung Bush die Auffassung, dass der Friede in Palästina „in Reichweite“ sei. Bezüglich des Irak scheinen die Fronten geklärt, die Begeisterung über den Krieg ist auch in der amerikanischen Bevölkerung längst einem zunehmenden Katzenjammer gewichen, und in der heiklen Frage der atomaren Anreicherung von Uran im Falle des Iran hat bislang zumindest der von den EU-Staaten bevorzugte Weg der Verhandlung mehr gebracht, als die starre Drohhärbärde und die technologische Blockade der USA. Wie sich gegenwärtig abzeichnet, könnte gerade in dieser Frage eine große Herausforderung auf die österreichische Präsidentschaft zukommen. Was den Klimaschutz und das Kyoto-Protokoll angeht, das die USA nicht unterzeichnet haben, möchten die USA zwar neue Technologien wie Fahrzeuge mit Wasserstoffantrieb, Strom aus erneuerbaren Energiequellen und saubere Kohletechnologie zunehmend fördern, eine große Wende in der bisher verfolgten Politik scheint aber nicht in Sicht.

Trotz dieser vielen Problembereiche ist die Agenda der amerikanisch - EU-ropäischen Zu-

sammenarbeit, sei sie nun kontroversiell oder in Übereinstimmung, weitreichender als je zuvor. Beide Seiten sind sich beispielsweise, und das ist ein wichtiger Punkt, über die aktuellen und miteinander eng verbundenen „neuen“ globalen Bedrohungen einig: sie betreffen vor allem den internationalen Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionale Auseinandersetzungen, gescheiterte Staaten („failed states“) und das organisierte Verbrechen. Über den Umgang mit diesen Bedrohungen, wie diesen möglichst effektiv zu begegnen ist, ist man sich jedoch nicht immer einig. Die Union engagiert sich, angefangen bei den Vereinten Nationen, stark für den Erfolg multilateraler internationaler Institutionen. Die USA setzen eher auf den Einsatz ihres Militärs und auf die dem jeweilige Fall angepasste „Koalition der Willigen“ (getreu dem Slogan: „the mission determines the coalition“).

### **„Neuer Atlantizismus“ als geeignete Antwort auf die Krise?**

In dieser Situation des tief greifenden Wandels, ja Umbruchs der internationalen Systemstrukturen, sind wir nun konfrontiert mit neuen Herausforderungen. In einer solchen Lage bedürfte es eines „neuen“ Atlantizismus. Der Weg dorthin führt vermutlich über eine Re-Formulierung der transatlantischen Perspektiven, der transatlantischen Politik und der transatlantischen Institutionen. Das bedeutet aber auch, sich zunächst darüber klar zu werden, wo die Gemeinsamkeiten und wo die – wirklichen – Unterschiede zwischen den USA und der Union liegen (2). Das ist auch politisch von großer Bedeutung, denn Unkenntnis und falsche Vorstellungen, Vorurteile und Stereotype, in der Bevölkerung wie bei den Eliten, machen es der Politik umso schwerer, weil sich politisch rationales Handeln und notwendige Kompromisse der Bevölkerung oft schwer vermitteln lassen.

Wenn wir uns der Unterschiede bewusst sind und deren Hintergründe kennen, wird es leichter fallen, auch die jeweilig anderen Positionen in politischen Fragen nachzuvollziehen und auf dieser Grundlage zu Gemeinsamkeiten oder zu sinnvollen Kompromissen zu kommen. Wenn in diversen Sonntagsreden gerne die „Wertegemeinschaft“ zwischen den USA und Europa bemüht wird, darf man dabei nicht vergessen, dass sich Amerika und seine Bewohner bereits seit der Entdeckung der Neuen Welt auch in Abgrenzung zu Europa definiert haben. Deswegen haben die Bindungen über den Atlantik, trotz zahlreicher Übereinstimmungen, schon immer vielfältige Probleme und Schwierigkeiten

mit beinhaltet. Wechselseitige Bewunderung und Abneigung, ein tiefer Wunsch nach Nähe und zugleich eine ausgeprägte mentale Distanz waren ständige Begleiter dieser Beziehungen. Diese gegensätzlichen Elemente gehen in den transatlantischen Beziehungen eine höchst ambivalente und zugleich einzigartige Verbindung ein. Die Ambivalenz dieser Verbindung ist in der Zeit seit dem 11. September 2001 besonders deutlich hervorgetreten.

Wenn man eine Antwort auf die Frage sucht, warum Amerika anders ist, muss man akzeptieren, dass es eine eigenständige intellektuelle Tradition ausgebildet hat. Viele der kulturellen Besonderheiten der USA werden zudem in Europa bewundert. Die Individualität und Freiheit, Pluralität und Vielfältigkeit, die Dynamik und die Kreativität der amerikanischen Kultur haben bei uns – und übrigens auch in vielen anderen Teilen der Welt – hohe Akzeptanz und Nachahmung gefunden. Auch das Maß an individueller Freiheit und der Stellenwert, den man der Zivilgesellschaft in Amerika einräumt, übt seit jeher auf Europa eine große Anziehung aus. Aber andere Aspekte der amerikanischen Gesellschaft stoßen hier auf Unverständnis. Ein Beispiel dafür ist das amerikanische Sendungsbewusstsein. Das politische System der USA ist aus einer religiösen Vision heraus entstanden. Einige Aspekte der puritanischen Wertvorstellungen üben bis heute ihren unverkennbaren Einfluss aus. Im Glauben der frühen Siedler sollte Amerika ein leuchtendes Vorbild für die Welt sein, das Neue Jerusalem, die „city upon a hill“, die dem Rest der Welt Vorbild sein sollte. Das amerikanische Sendungsbewusstsein ist also untrennbar mit der Entstehung der amerikanischen Nation verbunden. Zudem war und ist das puritanische Amerika durch eine manichäische Weltsicht geprägt, die für sich beansprucht, klar zwischen Gut und Böse unterscheiden zu können. Die Nachwirkungen dieses Weltbilds der amerikanischen Gründungsväter spüren wir bis heute.

Ein weiterer Aspekt, der Europäer befremdet, ist der hohe Stellenwert der Religion in der amerikanischen Gesellschaft. In Amerika wurde die Freiheit zur Religiosität von Anfang an als Teil der individuellen Freiheit und der demokratischen Ordnung empfunden, die ja gerade charakteristisch sind für das nationale Selbstverständnis der USA. Anders in Europa, wo sich Freiheit und Demokratie häufig in Jahrhunderte langen Kämpfen gegen die unheilige Allianz von Krone und Kirche(n) durchsetzen mussten. Deshalb definierten viele Demokraten im Europa des 18. und 19. Jahrhunderts

ihre Freiheitsvorstellungen gegen die Religion. Als Ergebnis dieses heftigen Streits hat sich in den meisten westlichen Staaten Europas ein anderes Verhältnis zwischen Kirchen und Staat als in den USA durchgesetzt. Aber auch die Formen der Religiosität selber haben sich tief greifend gewandelt. Die Mehrheit der modernen europäischen Theologien ist viel näher mit den Traditionen der Aufklärung verbunden als die meisten amerikanischen Glaubensgemeinschaften und vor allem evangelikale Rechte. Zudem hat unzweifelhaft - trotz der erfolgten Trennung - die Religion und insbesondere evangelikale Gruppen in den USA einen großen politischen Einfluss. Diese und andere Grundüberzeugungen schlagen sich unmittelbar in Innen- und Außenpolitik nieder.

Ein typisch amerikanisches Merkmal ist auch der Glaube an die positive Kraft des Fortschritts. Seit die „Frontier“ von den Siedlern bis an den Pazifik vorgeschoben wurde und der nordamerikanische Kontinent komplett besiedelt ist, ist Amerika stets auf der Suche nach neuen „Frontiers“. Das kann sich im Makro- wie im Mikrokosmos abspielen. In der Weltraumforschung war es zunächst John F. Kennedys Definition des Mondes als neuer „Frontier“, die Genforschung ist ein aktuelles Beispiel für einen Vorstoß in bisher verborgene Gebiete des Mikrokosmos, der auch in den USA nicht auf kritiklose Zustimmung stößt. Die grundsätzlich positive Einstellung zum technischen Fortschritt sorgt jedoch für einen erheblich anderen Verlauf der Debatte als in Europa.

Vermutlich als Folge der Frontier-Erfahrung spielt Gewalt als Mittel zur Durchsetzung von Interessen oder zur Selbstverteidigung in der amerikanischen Kultur eine erheblich größere Rolle als in Europa. Die Erfahrung der Bewegung im rechtsfreien Raum „im Westen“ war in Amerika gleichzeitig die - positiv besetzte - Geschichte der Nationswerdung. In Europa gab es Nationen, deren Aktionen im rechtsfreien Raum der europäischen Staatenwelt Jahrhunderte lange Kriege brachten. In diesen Zusammenhang fällt auch das Thema Strafen. Dass der Sühnegedanke eine weitaus größere Rolle im amerikanischen Strafrecht spielt als der Resozialisierungsgedanke, belegt nicht nur die Todesstrafe, sondern auch der im Vergleich zu Europa erheblich höhere Prozentsatz an Gefängnisinsassen. Und auch in der Außenpolitik spielt der Strafgedanke eine größere Rolle. All diese Aspekte amerikanischer Politik stoßen in Europa größtenteils auf Unverständnis.

Ein weiterer Grundpfeiler des amerikanischen Selbstverständnisses ist der Individualismus. Der einzelne ist für seinen „pursuit of happiness“ selbst verantwortlich. Bei großem Erfolg erhält er gesellschaftliche Anerkennung, statt Neid, wie dies bei uns häufig der Fall ist.

Um zu einer neuen gemeinsamen transatlantischen Perspektive zu kommen, muss man diese Unterschiede zwischen der amerikanischen und der europäischen Kultur nüchtern zur Kenntnis nehmen, um sie dann konstruktiv als Ausgangspunkt für die Entwicklung neuer Gemeinsamkeiten zu sehen. Dabei muss festgehalten werden, dass es sich weniger um unterschiedliche Werte als um eine andere Prioritätensetzung dieser Werte, insbesondere aber um unterschiedliche Wahrnehmungen der Realität handelt. Die Grundwerte, auf die wir uns beziehen, sind größtenteils die gleichen, daher auch der zutreffende Begriff der Wertegemeinschaft.

### **Perspektiven für die Zukunft**

Die weltpolitische Lage hat sich in den letzten Jahren dramatisch verändert. Das Ende des Kalten Krieges beendete die Bi-Polarität zwischen West und Ost. Wir leben heute in einer komplexeren Realität, die auch mit den Begriffen Unipolarität oder Multipolarität nur unzureichend beschrieben wird. Die USA gingen aus diesem Prozess als einzig verbleibende Weltmacht hervor, mit überlegener militärischer, wirtschaftlicher und technischer Stärke. Gleichzeitig entwickelt sich ein einheitlicheres Europa, das als Akteur auf der Weltbühne zu handeln beginnt, das aber aus einer spezifischen historischen Erfahrung einerseits mit immer wiederkehrenden Kriegen, andererseits mit relativ rezenten Erfolgen der Konfliktlösung durch Verhandlung und Vertrauensbildung (KSZE) in der Endphase des Kalten Krieges andere Schlüsse als die USA gezogen hat. Gerade mit diesen anderen Erfahrungen und mit ihrer einzigartigen Rolle als „real existierendes“ und erfolgreiches Friedensprojekt hat die Europäische Union die Phantasien und Hoffnungen breiter Kreise im Rest der Welt beflügelt: Als unabhängiges Gegengewicht - nicht als Gegenspieler der USA - dessen alternative Erfahrungen und Positionen Erwartungen wecken, wird die EU weltweit geschätzt.

Die neue weltpolitische Lage stellt die transatlantischen Beziehungen vor neue und ungewohnte Herausforderungen. Europa und die Vereinigten Staaten müssen zusammen gemeinsame Positionen entwickeln, zum Beispiel gegenüber der islamischen Welt und den Pro-

blemen des Mittelmeerraums sowie des Nahen und Mittleren Ostens. Um in den Herausforderungen unserer Zeit bestehen zu können und die Welt des 21. Jahrhunderts erfolgreich zu gestalten, brauchen die USA die Europäer und umgekehrt. Amerikaner und Europäer müssen neue Antworten finden auf diese neuen Herausforderungen, aber auch auf das Ende der transatlantischen Selbstverständlichkeiten und die zunehmende Entfremdung ihrer Gesellschaften. Das historische Pathos ist endgültig aus den Beziehungen verschwunden. Eine kritische Analyse zeigt Europäer und Amerikaner, die nach dem 11. September 2001 unterschiedliche Bilder von der Welt entwickelt haben. Die Angriffe auf New York und das Pentagon haben ein neues Sicherheitsverständnis in den USA geprägt. Dem Kampf gegen den Terror wird nahezu alles untergeordnet. Als globaler Akteur (der noch immer ein wirtschaftlicher Riese, aber sicherheitspolitischer Zwerg ist) muss die EU außen- und sicherheitspolitisch zunehmend global und mit einer Stimme sprechen und im Einzelfall auch handeln. In der Zeit der Präsidentschaft bis Ende Juni dieses Jahres werden Ansätze von diesen Aspirationen, vielleicht auch von der Verantwortung der Europäischen Union, in Österreich spürbar sein.

**Otmar Höll** ist Direktor des Österreichischen Instituts für Internationale Politik – OIIP und langjähriger Lektor am ipw

**Fußnoten:**

- (1) Robert Kagan, *Of Paradise and Power: America and Europe in the New World Order*, New York 2003
- (2) Vgl. Gustav Gustenau/Otmar Höll/Thomas Nowotny (Hg.), *Europe – USA: Diverging Partners*, Baden-Baden 2005

# EU-Lateinamerika-Karibik

## Zwei Gipfeltreffen im Mai 2006 zur Thematik Freihandelsabkommen, ein offizieller und ein Gegengipfel: „Enlazando Alternativas 2“

Von Gerti Zupanich

Im erbitterten Ringen um immer neue multinationale Freihandelsabkommen, das sich derzeit die USA und die EU liefern, strebt die EU an einen besonders „dicken Fisch“ an Land zu ziehen. Denn im Rahmen der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft findet im Mai 2006 ein viertes Gipfeltreffen mit den lateinamerikanischen und karibischen Regierungschefs statt. Es wird das zahlenmäßig größte Treffen beim EU-Ratsvorsitz Österreichs sein - ca. 60 Delegationen werden erwartet - und von besonderer Brisanz und Eile begleitet werden. Nachdem die USA mit ihren Vorschlägen zur FTAA (Free Trade Area of the Americas) eine Freihandelszone mit einem Markt von 780 Millionen KonsumentInnen in Mar del Plata gescheitert sind, sehen die europäischen Konzerne ihre große Chance gekommen. Die vorangegangenen Gipfel zum Assoziierungsabkommen zwischen EU und MERCOSUR (Mercado Comun del Cono Sur) blieben ohne konkretes Ergebnis. Umso größer die Hoffnungen in Wien zu einer Einigung zu kommen. Dies wiederum wäre ganz im Sinne unserer Regierungsglieder, denn Österreichs EU-Präsidentschaft sollte sich möglichst erfolgreich darstellen und das ohne störende Komplikationen. In dieses Wunschbild von Harmonie und Glorie passt „Enlazando Alternativas 2“, der Gegengipfel zum offiziellen Treffen der Regierungen, ganz sicher nicht ins Konzept.

Das Konzept der zahlreichen UnterstützerInnen des Alternativgipfels sieht ganz anders vor: International vernetzte AktivistInnen von NGOs, StudentInnen, KünstlerInnen und vielen mehr, die sich in Wien im Mai treffen, wollen die Nachteile von neoliberal geprägten Freihandelszonen aufzeigen und zur Diskussion zu stellen. Der „offizielle“ LAC (Lateinamerika-Caribik) ist dabei eine willkommene Bühne, um die Aufmerksamkeit auf die Probleme der lateinamerikanischen Bevölkerung zu richten.

Inhaltlich hätten beide Gipfel ein gemeinsames Ziel: Bei diesen Treffen stehen die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und dem latein-

amerikanischen Kontinent im Mittelpunkt. Nur mit gänzlich divergierenden Absichten und Ansichten. Die Vorbereitungen beider Gipfel laufen seit Ende des Jahres 2005. Für den „Offiziellen“ gibt es ein 20-seitiges Arbeitspapier aus Brüssel (KOM(2005)636endg.), die Alternativen stimmen sich in Seminaren und Podiumsdiskussionen auf Thematik und Argumentation ein.

Worum geht es bei diesem Assoziierungsabkommens der EU mit den MERCOSUR-Staaten, warum ist es für die EU so wichtig abzuschließen?

Die Mitgliedsländer des MERCOSUR sind: Argentinien, Brasilien, Uruguay, Paraguay und seit November 2005 Venezuela. Chile und Bolivien sind assoziierte Mitglieder, zwischen Mexiko und der EU besteht seit 2000 ein Globalabkommen. Alle Staaten zusammen genommen wäre es ein riesiger Markt den es zu erobern gilt. EU und Lateinamerika haben zwar schon seit längerem bilaterale Verträge die es europäischen Unternehmen ermöglichen in den südamerikanischen Markt einzusteigen. Doch die Konzerne fordern mehr Rechtssicherheit und weitreichende Erleichterungen für ihre Investitionen, auch für den des Kapitaltransfers. Gewinner eines solchen Abkommens, nach europäischen Vorstellungen, wären vor allem die deutsche und spanische Exportwirtschaft, sowie Frankreich. Eine entsprechende Lobbygruppe, „Mercosur European Business Forum“ (MEBF) zur Unterstützung ihrer Forderungen, hat sich umgehend gebildet. Darin sind prominente Konzerne wie VW, Siemens, BASF, Danone und Vivendi aus Frankreich und Endes, Respol und Telefonica aus Spanien vertreten. Letztere ist derzeit schon das größte ausländische Unternehmen Lateinamerikas. Das Scheitern von George W. Bush in Mar del Plata mag von den Europäern mit Schadenfreude betrachtet worden sein. Die Chancen für einen baldigen positiven Abschluss EU-MERCOSUR stünden auch für Brüssel schlecht, meinte die Außenkommissarin Benito Ferrero-Waldner bereits im Juli 2005. Für die EU wäre diese

Freihandelszone mit 700 Millionen potentieller KonsumentInnen und vielen Rohstoffquellen die es auszuschöpfen gilt wahrlich ein „dicker Fisch“, den es gegenüber den USA zu verteidigen gilt.

Die USA hoffte, im Kampf um diesen Markt, das Ziel eher erreichen zu können. Sie entsandte Bush im Oktober 2005 nach Mar del Plata, um die Ausweitung des bestehenden Freihandelsabkommen NAFTA (North American Free Trade Agreement) auf die FTAA (Free Trade Area of the Americas) auszuhandeln und zu einem Abschluss zu bringen. Diese geplante Ausweitung hätte fast den gesamten lateinamerikanischen Kontinent umfasst - 34 Staaten, ausgenommen Kuba - und wäre eine pan-amerikanische Freihandelszone von Kanada bis zum Süden Amerikas geworden. Doch Bush musste unverrichteter Dinge nach Hause fahren, erlebte dort geradezu sein persönliches Fiasko. Bush wurde zur Symbolfigur des Neoliberalismus. Seither kann von einem historischen Zusammenschluss der Bevölkerung des südamerikanischen Kontinents gesprochen werden. Der Erfolg dieser wütenden Proteste der DemonstrantInnen war auf eine gute Organisation vieler kleiner NGOs und auf eine Unterschriftenaktion zurückzuführen, die von zehn Millionen LateinamerikanerInnen unterfertigt worden war. Seit den erfolgreichen Protesten in Mar del Plata herrscht in Lateinamerika Aufbruchstimmung und globalisierungskritische Organisationen haben, trotz massiver Repressalien von Seiten staatlicher Stellen, wie z. B. in Guatemala, enormen Zulauf bekommen. Die AktivistInnen wollen diesen Auftrieb nützen, die Anliegen Lateinamerikas und der Karibik nicht wieder einschlafen zu lassen. Sie schöpfen Hoffnung, dass die EU sich der historisch gewachsenen Beziehungen zwischen Europa und Südamerika erinnert, sie wieder aufleben lässt, damit ein Gegengewicht zu den bestehenden und geplanten Handelsabkommen der USA entsteht. Diese Appelle an die EuropäerInnen sind zwar für diese ehrenhaft. Es darf aber bezweifelt werden, dass sie den entsprechenden Widerhall finden. Die Lobby der europäischen Konzerne ist mächtig und wird kaum gewillt sein ihre Interessen den Forderungen der lateinamerikanischen Bevölkerung anzupassen.

Die Kritik und die wütenden Proteste der lateinamerikanischen Bevölkerung beruht u.a. auf den Erfahrungen die etwa Mexiko mit der NAFTA gemacht hat. Diese Freihandelszone zwischen Kanada, den USA und Mexiko besteht seit 1. Jänner 1994. Die Ziele der NAFTA waren und sind auf den Abbau von Handels-

barrieren bei Zöllen, gewerblichen Gütern, Dienstleistungen und auf den Kapitalverkehr, ausgerichtet. Mexiko hatte sich durch die NAFTA die Förderung demokratischer Reformen, eine Verbesserung der Sozial-, Arbeits- und Umweltstandards und vor allem einen leichteren Zugang zum US-amerikanischen Markt erhofft. Fast müßig zu sagen, dass sich die Hoffungen nicht erfüllt haben. Am Beispiel Maisanbau wird die steigende Kritik an der NAFTA sichtbar: Nordamerikanische Farmer, bzw. über Umwege auch das „Agrobusiness“, werden mit hohen staatlichen Zuschüssen bei der Maisproduktion und deren Vermarktung bedacht. Mexikanische Kleinbauern erhielten keine Subventionen, konnten im Preiskampf mit den US-Farmern nicht mithalten, bekamen massive Absatzschwierigkeiten und viele mussten deshalb ihren Anbau einstellen. Die Importe aus den USA stiegen an, weil der Bedarf in Mexiko vorhanden ist. Theoretisch hätte Mexiko Mais an die USA liefern können. Aber wer kauft schon teureren mexikanischen Mais? Das Resümee nach zehn Jahren: Weder ist durch die NAFTA der Lebensstandard in Mexiko angestiegen, noch hatten sich die sozialen Standards verbessert. Im Gegenteil: die Arbeitslosigkeit steigt, die Lebenshaltungskosten gleichfalls. (So wurden etwa Medikamente fast unerschwinglich).

Der MERCOSUR wiederum ist der gemeinsame Markt des Südens. Er war zumindest bei seiner Gründung, 1991, mit 250 Millionen potentiellen KonsumentInnen der bisher größte Wirtschaftsraum der Welt. Das Assoziierungsabkommen von Chile mit MERCOSUR öffnete zusätzlich den asiatisch-pazifischen Raum für den Wirtschaftsmarkt Japan. Im Gegensatz zur NAFTA wurden von den MERCOSUR Mitgliedsstaaten ursprünglich eine gemeinsame Währungs- und Industriepolitik angestrebt. Doch bis jetzt ist man über eine Zollunion nicht hinausgekommen. Auch sollten für MERCOSUR gemeinsame Organe (Consejo Mercado Comun) und institutionelle Strukturen geschaffen werden, um auch gemeinsame politische Ziele besser koordinieren zu können. Der große Wirtschaftsraum erweist sich bei näherer Betrachtung zur mehr als die Hälfte als brasilianischer. Brasiliens Bevölkerung ist nicht kaufkräftig genug um den MERCOSUR-Markt zu beleben. So exportieren die Mitgliedsstaaten hauptsächlich ihre Agrarprodukte in die EU und in die NAFTA. Die europäischen Unternehmen wiederum beteiligen sich zunehmend im Luftverkehr, bei den Eisenbahnen, den Öl- und Gasfirmen, am Energie- und Wassersektor, bei Banken und Versicherungen. Großteils sind es Übernahmen und Fusionen. Versteuert werden

die Gewinne in den Steueroasen der Karibik. „Die neuen conquistadores sind die internationalen Konzerne die im Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert von Lateinamerika Besitz nehmen wollen“, meint Brid Brennan bei einer Podiumsdiskussion am 25. November 2005 im Lateinamerikainstitut (LAI). Noch ein Beispiel der Auswirkungen von bilateralen Verträgen: Die Agrarproduktion Argentiniens ist in den 90er Jahren zwar um 70 Prozent gestiegen, doch gleichzeitig gingen die Beschäftigungszahlen durch den höheren Technologieeinsatz zurück. Wen wundert es da, dass die Unzufriedenheit wächst und in immer mehr Staaten Lateinamerikas „linke“ Regierungen gewählt werden. Die Kritik an den bilateralen Verträgen steigt beständig und ist nach Ansicht vieler NGOs und anderer KritikerInnen mehr als berechtigt. Die Proteste richteten sich gegenwärtig vorrangig gegen die USA, auch was deren Einmischung in innerpolitische Angelegenheiten lateinamerikanischer Regierungen betrifft (Stichwort: Mexiko und Vicente Fox, der der starke Mann Washingtons in der Region werden sollte).

Was will und kann so ein Gegengipfel wie der „Enlazando Alternativas“ bewirken? Daniela Härtl vom Organisationsbüro meint dazu: „Während dieser vier Tage im Mai 2006 sollen in zahlreichen Plenardiskussionen und Seminaren die multilateralen Verträge analysiert und die Entwicklungspolitik der EU in Bezug auf Lateinamerika und der Karibik hinterfragt werden. Auch die Machtmechanismen, die dem Verhalten der meisten transnationalen Konzerne zu Grunde liegen, sollen untersucht werden. Lateinamerika, vor allem die Anliegen der indigenen Bevölkerung, sind bei uns in Europa kein Thema. Ähnliches trifft in umgekehrter Weise genauso zu. Die EU als Partner wird weniger wahrgenommen als die USA, obwohl sie prinzipiell als der bessere als die USA angesehen wird.“

Was wir erreichen können und wollen ist den südamerikanischen Kontinent mit seinen Demokratiedefiziten, sozialen Problemen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten besser in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit zu rücken. Das ‚Tribunal der Völker‘ - ebenfalls während dieser vier Tage in Wien abgehalten - rückt die Liberalismuskritik in den Vordergrund und zeigt durch Vorschläge auf, dass „eine andere Welt möglich ist.“

„Ich sehe die Bemühungen der zahlreichen unterstützenden NGOs als fortschreitenden Prozess an. Die erarbeiteten Argumentationen werden bei einem nächsten offiziellen Gipfel-

treffen wieder einfließen. Die Liste der mittätigen internationalen Organisationen die sich in Wien zum Enlazando Alternativas 2 trifft ist lang. So nehmen wir die Chance wahr gleichzeitig über unsere Erfahrungen bei Kampagnen und eine bessere Vernetzung zu diskutieren.“

Den Abschluss und gleichzeitig der Höhepunkt an Aufmerksamkeit bildet die Demonstration am 13. Mai 2006. Zu dieser Demonstration werden so prominente Gäste wie der argentinische Friedensnobelpreisträger Adolfo Perez Esquivel und auch Hugo Chavez erwartet. Venezuelas Staatschef Chavez festigte seine Position im eigenen Land „...und bringt derzeit Washington zur Weißglut...“ (Emir Sedan, in einem Interview mit der Berliner Tageszeitung (taz)). Er will gleich an beiden Gipfeln in Wien teilnehmen: an dem der Staatschefs UND dem der Alternativen. Ob Evo Morales, ebenfalls ein Linker und neuer Staatschef von Bolivien, dann auch auf beiden Gipfeln auftreten wird?

### **Gerti Zupanich**

Absolventin am ipw und Redaktionsmitglied

### **Literatur:**

Podiumsdiskussion im LAI vom 25.11.2005  
[www.alternativas.at](http://www.alternativas.at)  
[www.ila-bonn.de](http://www.ila-bonn.de)  
[www.taz.de](http://www.taz.de)

Gerhard Dilger, Mar del Plata vom 7.11.2005

Gerhard Dilger, Interview mit Emir Sedan, Soziologe vom 4.11.2005

Arbeitspapier der EU (KOM(2005)636endg.)  
 Ferrero-Waldner im Standard vom 20.12.05,  
 Seite 2

# Österreichs Entwicklungspolitik und die EU-Präsidentschaft

Von Georg-Sebastian Holzer

Österreich ist entwicklungspolitisch bis dato kein Musterland. Im Rahmen der gemeinsamen Ziele der EU Staaten zur Anhebung der ODA (Official Development Assistance) muss Österreich seine diesbezügliche Politik ändern. Hat Österreichs fehlendes Engagement in diesem Politikfeld Auswirkungen auf die Entwicklungspolitik während der österreichischen EU-Präsidentschaft?

Österreich rühmt sich gerne seines internationalen Engagements und seiner Friedenspolitik. Obwohl seit Jahrzehnten das Land zu den wohlhabensten der Welt gehört, befand sich Österreich mit rund 0,20% des Bruttonationalprodukts (BNP) an ODA lange am Ende der Leistungstabelle des Entwicklungshilfe-Ausschusses der OECD. Dieser Wert stieg seit Beginn der 1990er Jahre auf rund 0,30% an. Dies ist jedoch nur verständlich, wenn man sich die steigende Flüchtlingshilfe in Folge der Kriege auf dem Balkan vergegenwärtigt, die als ODA verbucht wurden, genauso wie die Studienkosten für ausländische Studierende (1).

## Zusammensetzung der ODA in Österreich

Ein ausschließlicher Blick auf die Höhe der ODA, wie das Beispiel zeigt, ist damit nur bedingt aussagekräftig. Ebenso wichtig ist dabei, sich die Aufschlüsselung der Gelder anzusehen, um zu erkennen was als Entwicklungszusammenarbeit verbucht wird. Der eben erschienene Bericht der Österreichischen Forschungsförderung für Entwicklungshilfe (ÖFSE) zur österreichischen ODA 2004 zeigt dies paradigmatisch: Die „Investitionsprojekte“ (1%) und die „Programmhilfe“ (1%) spielen im Jahr 2004 ähnlich den vergangenen Jahren keine signifikante Rolle, hingegen konzentrierten sich die bilateralen Leistungen Österreichs auf die „Technische Hilfe“ (19%) und auf „Andere Leistungen“ die gemeinsam rund 51% der ODA darstellten. Ein wesentlicher Teil, nämlich rund 40% der „Technischen Hilfe“, stellen dabei die indirekten Studiengebühren von Studierenden aus Entwicklungsländern in Österreich dar, die rein rechnerisch Kosten für Universitä-

ten und Hochschulen verursachen. Ähnliches findet man bei den „Anderen Leistungen“, die hauptsächlich aus Schuldenreduktionen, Kosten für Asylwerber, Verwaltungsausgaben und „friedensbildenden Maßnahmen“ bestehen (2). Mithin Leistungen, die nicht einem engen Begriff von Entwicklungszusammenarbeit entsprechen.

## Internationale Verpflichtungen binden Österreich

Österreich hat sich jedoch sowohl bei den Millenniums-Entwicklungszielen der UNO als auch auf EU-Ebene dazu verpflichtet, sukzessive bis 2015 0,7% des BNP an ODA zu erreichen. Weitere Schuldenerlasse (vor allem im Irak und Sudan) ermöglichen Österreich voraussichtlich eine Steigerung der ODA-Leistungen auf 0,45% des BNP im Jahr 2005, womit das Barcelona-Ziel von 0,33% sogar kurzfristig übertroffen wird. Die ÖFSE geht jedoch davon aus, dass 2007/08 der Anteil der Entschuldung an der ODA Österreichs wieder stark zurückgehen wird, da die 1996 beschlossene Initiative für die hochverschuldeten Länder ausläuft und deshalb ab diesem Zeitpunkt eine entsprechende Steigerung der ODA aus Budgetmitteln erforderlich sein wird um die EU-Zielsetzungen zu erreichen (3).

Deshalb wird Österreich – will es das im Rahmen der EU-Vorbereitung des Weltgipfels Millennium+5 im Mai 2005 beschlossene Zwischenziel von 0,51% des BNP an der ODA im Jahr 2010 erreichen – seine ODA-Leistungen real fast verdreifachen müssen. Das Sekretariat des Entwicklungshilfe-Ausschusses der OECD berechnete in einer Simulation, dass Österreich im Jahr 2010 zu diesem Zwecke rund 1,673 Mio US-Dollar bereitstellen müsste (4). Es scheint, als habe Außenministerin Ursula Plassnik sich diesbezüglich politisch durchsetzen können und die ODA-Erhöhen werden – wie andere EU-Verpflichtungen – nun tatsächlich umgesetzt.

Diese Schritte zeigen, dass der Entwicklungszusammenarbeit zukünftig mehr Priorität zu-

kommen wird. Gleichzeitig relativiert sich jedoch das Engagement, wenn man bedenkt, dass Österreich seine Entwicklungspolitik im Vergleich zu Staaten wie Luxemburg, den Niederlanden oder Schweden jahrzehntelang finanziell sehr minimal ausstattete und überdies zuweilen eine sehr breite Definition von Entwicklungszusammenarbeit vertritt und auch jetzt nur das vereinbarte ODA-Ziel anvisiert, ohne darüber hinausgehendes Engagement zu zeigen (5). Schweden, das beispielsweise seit nunmehr 30 Jahren 0,7% des BNP an ODA aufbringt, erhöht seine ODA-Leistungen auf einen Prozent.

### **Auswirkungen auf die EU Präsidentschaft?**

Eveline Herfkens, die niederländische Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs für die Millenniums-Entwicklungsziele, äußerte in einem Interview Ende vergangenen Jahres Bedenken: „Nächstes Jahr hat Österreich die EU-Präsidentschaft und soll die Umsetzung der EU-Verpflichtungen vorantreiben. Wie soll das gehen, wenn es selber zu den Schlusslichtern gehört?“ (6). Diese Bedenken mögen vielleicht ein wenig die Bedeutung des Präsidentschaftsvorsitzes der EU überschätzen, zeigen jedoch in die richtige Richtung. So wird unter österreichischem EU-Vorsitz kein informeller Rat der EU-Entwicklungsminister stattfinden (was auch von österreichischen NGOs kritisiert wurde) (7). Man stelle sich vor, selbiges würde in einem Politikfeld wie der Inneren Sicherheit, der Landesverteidigung oder der Agrarwirtschaft „ausfallen“. Entwicklungszusammenarbeit ist mithin keine Priorität der österreichischen Bundesregierung während der EU-Präsidentschaft. Es wird keine aufregenden neuen Initiativen geben, sondern das Tagesgeschäft wird im Vordergrund stehen (8).

### **Profilierung versus Umsetzung?**

Der Bundeskanzler verkündet, genauso wie die Ministerien, die EU-Präsidentschaft nicht als Profilierungsmöglichkeit, sondern als Dienstleistung an der EU zu sehen: Gemeinschaftsinteressen stünden im Vordergrund. Dem ist – gerade vor dem Hintergrund der vorangegangenen profilierungsschwangeren britischen Präsidentschaft – schwerlich zu widersprechen. Doch auch wenn Österreich im 1. Halbjahr 2006 vor allem den Prozess der Umsetzung des so genannten „Europäischen Konsenses“ (Development Policy Statements), der im November 2005 unter britischer Präsidentschaft angenommen wurde, zu beginnen

hat, finden sich auch hier heikle Themen, deren Umsetzung politisches Engagement erfordern (9).

Eines der wichtigsten und heikelsten Aufgabengebiete ist dabei die Konkretisierung der Mittelaufteilung der Finanzplanung 2007-2013 der Entwicklungszusammenarbeit. Es gilt, die Planung des European Development Fund, der ab 2008 stehen soll, zu koordinieren. Außerdem muss für die neue Afrika-Strategie der EU, welche die „Partnerländer“ der Entwicklungszusammenarbeit stärker einbeziehen soll, eine Road Map erarbeitet werden.

Diese Aufgaben sind keine leicht abzuarbeitenden Agenden, sondern politisch brisante Herausforderungen. Eine diesbezüglich auf Profilierung ausgelegte Politik ist sicher nicht dienlich, eine rein bürokratische Umsetzung jedoch gar nicht möglich. Wäre Entwicklungszusammenarbeit eine Priorität für Österreich, könnte Österreich sich als ehrlicher Makler engagieren und damit außenpolitisches Profil zeigen.

Doch nicht nur „Was“ (und „Was nicht“) während der Österreichischen Präsidentschaft in diesem Politikfeld erarbeitet und umgesetzt wird, ist entscheidend. Auch das „Wie“ ist ausschlaggebend, sagt Johannes Trimmel, der Vorsitzende der Österreichischen EU-Plattform entwicklungspolitischer NGOs: „Es liegt an Österreich, den Trend für die Weiterführung des Dialogs innerhalb der Europäischen Union und mit den Entwicklungsländern zu setzen. Ob die EU-Mitgliedsstaaten darauf setzen, hinter verschlossenen Türen innerhalb der Europäischen Institutionen Entwicklungspolitik zu machen, oder verstärkt daran gehen, die Zivilgesellschaft in Europa und in den Entwicklungsländern und andere relevante Akteure einzubeziehen, ist eine Frage des politischen Willens.“ (10)

Mutatis mutandis gilt dies auch für die einzelnen Mitgliedsstaaten, mithin für Österreich selbst. Die Transparenz und Einbeziehung von externen Akteuren in die Österreichische Außen- und Entwicklungspolitik scheint sehr unterentwickelt. Das Interesse der politischen Klasse ist nicht ausgeprägt. Entwicklungszusammenarbeit spielt auffallend selten eine Rolle im öffentlichen Diskurs. Geht man davon aus, dass die heutigen professionellen Wählerparteien sehr sensibel auf Stimmungen in der Bevölkerung reagieren, so könnte man aus dem nicht vorhandenen Interesse der Parteien an diesem Thema schließen, dass dieses auch weite Teile der Bevölkerung nicht sonderlich tangiert. Demgegenüber steht eine Fessel-GfK

Lifestyle Umfrage aus dem Jahr 2001, nach der sich 48% der Befragten für eine Erhöhung der Entwicklungshilfe aussprechen (11). Doch sobald ein Mehr an Entwicklungshilfe ein Weniger an anderen staatlichen Dienstleistungen bedeutet, gibt es Interessensgruppen, die ihre Interessen stärker vertreten können. Hier wäre es zumindest wichtig, dass darüber ein öffentlicher Diskurs stattfindet (12). Entwicklungszusammenarbeit ist ein sehr komplexes Feld, es verbindet die verschiedensten Politikfelder. Ein Diskurs über Entwicklungszusammenarbeit darf beispielsweise die Hinterfragung von Handels- oder Agrarsubventionen genauso wenig ausklammern, wie einen moralphilosophischen Diskurs über die eigene Stellung und Verantwortung in der Welt. Doch dieser Diskurs muss zuerst einmal stattfinden. Nur eine diesbezüglich interessierte und engagierte Bevölkerung und die Parlamentarier können eine entwicklungspolitische Neuausrichtung Österreichs herbeiführen.

### **Georg-Sebastian Holzer**

Redaktionsmitglied und Student am ipw

### **Fußnoten:**

(1) Vgl. Nuscheler, Franz (2004): Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik. 5. Auflage, Bonn S. 501-507.

(2) Vgl. ÖFSE (2005): EU-Entwicklungspolitik. Quo vadis?, Jahresbericht 2004, Forschungsförderung für Entwicklungshilfe, Wien S. 75ff.

(3) Ebd. S. 77. Siehe auch BMAA: Entwicklungszusammenarbeit, Zahlen und Fakten: [www.bmaa.gv.at](http://www.bmaa.gv.at)

(4) Vgl. OECD Development Assistance Committee Secretariat simulation of net ODA to 2006 and 2010: [www.oecd.org/dataoecd/57/30/35320618.pdf](http://www.oecd.org/dataoecd/57/30/35320618.pdf) (20.9.2005).

(5) Das 0,7% ODA Ziel für 2015 haben bisher Dänemark, Luxemburg, Niederlande, Norwegen und Schweden erreicht.

(6) Siehe: Interview mit Eveline Herfkens (2005): Wir müssen jetzt anfangen; in: Die Furche, Wien 13.10.2006.

(7) Vgl. Der Standard (2005): NGOs fordern EU-Engagement Österreichs bei Entwicklungspolitik, Wien 12.12.2005.

(8) Hintergrundgespräch mit einem Ministerialbeamten des BMAA, Abteilung 7 Entwicklungszusammenarbeit.

(9) Vgl. Bonk, Claudia (2006): Österreichische EU-Präsidentschaft – Entwicklungspolitische Grundsätze; in: Südwind, 3/2006 Wien.

(10) Trimmel, Johannes (2006): Eine Frage des Gewichtes. Was können wir von der Österreichischen EU-Präsidentschaft erhoffen oder erwarten? Ein Überblick; in: Südwind, 2/2006 Wien.

(11) 83% der Befragten halten es für richtig, dass Österreich überhaupt Entwicklungshilfe leistet. Befragungszeitraum: Juni-August 2001, n=4500.

Vgl. z.B.: [http://religion.orf.at/projekt02/news/0203/ne020325\\_entwicklungshilfe.htm](http://religion.orf.at/projekt02/news/0203/ne020325_entwicklungshilfe.htm)

(12) Ein rezentes positives Beispiel ist hier sicherlich die Kampagne „Nullkommasieben“ von diversen NGOs, die sich zu diesem Zweck zusammenschlossen. siehe: [www.nullkommasieben.at](http://www.nullkommasieben.at)

# Der Westbalkan und die Europäische Union

Von Tina Olteanu

Soeben haben sich die Gemüter nach der Diskussion um Todorovas Werk „Imagining the Balkans“ (1) etwas beruhigt. Die Frage, welche Länder zum Balkan gehören, ist noch nicht wirklich abschließend geklärt ist und schon macht ein neuer Begriff die Runde: Westbalkan. Ihm fehlen jedoch die Gegenpole. Niemand spricht vom Nord-, Süd-, oder Ostbalkan.

So liegt die Vermutung nahe, dass die Konjunktur des Begriffs Westbalkan aus einem politischen Dilemma herrührt. Denn, früheres bzw. Rest-, Post-, oder Ex-Jugoslawien wurde auf internationaler Ebene durch den Begriff Westbalkan abgelöst. Vielleicht zielt diese neue Sprachregelung auf einen Bruch mit der von Kriegen und Konflikten behafteten Periode von 1990-1995 hin und soll einen neuen Anfang symbolisieren. Zudem gesellt sich zu der Konkursmasse Jugoslawiens Albanien hinzu, während Kroatien schon wie bei dem allgemeinen Balkan Begriff manchmal ausgeklammert, manchmal aufgeführt wird. Der Begriff Westbalkan umschließt demnach die Staaten, die keine Beitrittsverhandlungen mit der EU führen und gelegentlich auch Kroatien – Slowenien dagegen nie. Eventuell wird nun auch Makedonien, trotz eindeutiger geographischer Lage, aus dem Westbalkan ausgeklammert, da es am 16. Dezember 2005 den Kandidatenstatus zur Europäischen Union erhalten hat.

Ein Schwerpunkt der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft liegt auf dem Westbalkan. Österreich ist in vieler Hinsicht prädestiniert, hier den ins Stocken geratenen Prozess weiter voranzutreiben, da man von einer regionalen Expertise ausgeht und auch die wirtschaftlichen Kontakte mit dieser Region florieren. Die ersten Gespräche haben Anfang Februar 2006 stattgefunden und vor allem serbische und kosovo-albanische Vertreter an einen Tisch geholt. Doch die Situation ist heute nach dem viel versprechenden EU-Gipfel von Thessaloniki im Jahre 2003 eher schwieriger als leichter geworden. Dieser Gipfel formulierte eine klare „europäische Perspektive des Westbalkans“, in der auch die Idee einer zukünftigen Mitgliedschaft entstand, die erst kürzlich in dem Strategiepapier 2005 zur Erweiterung

von der Europäischen Kommission bekräftigt wurde.(2) Der Zeithorizont einer Erweiterung findet dort jedoch keine Erwähnung, so dass hier eine recht diffuse Langzeitperspektive die Beitrittskandidaten ausreichend motivieren soll, die anstehenden Reformen für einen Beitritt zu verfolgen. Gründe dafür sind innerhalb der EU zu suchen: Die viel zitierten Aspekte der Aufnahmefähigkeit der europäischen Strukturen und Erweiterungsmüdigkeit der BürgerInnen innerhalb der Europäischen Union. Dessen ungeachtet wurden Kroatien und Makedonien als Kandidaten-Länder benannt und die so genannten Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit den restlichen Balkanländern geschlossen. Stagnation und Dynamik liegen also eng beieinander und sind Indiz für die verfahrenere Situation.

## Zukunft von Kosovo sowie gesamt Serbien und Montenegro

Der Ball der serbisch-montenegrinischen Beziehungen wird im ersten Halbjahr 2006 wieder ins Rollen gebracht. Zum einen steht das Referendum in Montenegro über den Verbleib oder die Abspaltung von Serbien an, das 2003 zentraler Bestandteil des Belgrader Abkommens war. Wie dieses Referendum ausgehen wird, ist noch nicht vorherzusehen. Bisher haben die BefürworterInnen einer Trennung die Mehrheit, doch die kritische Masse der bisher Unentschiedenen wird letztendlich darüber befinden. Es ist jedoch bislang nicht geklärt, ob die in Serbien lebenden MontenegrinerInnen sich an dem Referendum beteiligen dürfen. Es wird vermutet, dass diese mehrheitlich gegen eine Abspaltung sind. Die Europäische Kommission für Demokratie durch Recht hat sich zumindest gegen die Teilnahme der MontenegrinerInnen an den Wahlen ausgesprochen.

Zum anderen wurde die Frage des Endstatus des Kosovo auf internationaler Ebene erneut aufgeworfen. Ist der Kosovo „die schmutzige Kolonie der EU“, wie Jürgen Elsässer am 02.09.2005 in der Wochenzeitung Freitag formulierte? Zumindest wird in diesem sehr provokanten Titel das Dilemma „Kosovo“ deutlich.

Die bisherige Strategie sowohl der EU als auch des Hauptakteurs im Kosovo, der UNO, lautete: „standards before status“, während insbesondere der Wunsch der Kosovo-AlbanerInnen nach einem souveränen, unabhängigen Kosovo nicht zur Debatte stand. Zuerst ging es um die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien bevor überhaupt über einen „Endstatus“ gesprochen werden sollte. Seit Oktober 2005 hat sich die Richtung geändert; die „schmutzige Kolonie“ soll langfristig entkolonialisiert werden und eine neue Interim-Kolonialmacht – die EU – erhalten.

So bereitet die UNO „Endstatusgespräche“ über Kosovo vor. Anstoß dieser Entwicklung gab der Bericht des UN-Sonderberichterstatters Eide im September 2005, der empfahl, die Frage nach dem zukünftigen Status des Kosovo nun anzugehen. (3) Die UN/EU-Strategie der „standards before status“ ist damit beendet, auch wenn oder gerade weil ihre Früchte recht dürftig sind. So kam es im März 2004 zu besonders gewaltsamen Auseinandersetzungen im Kosovo. Zudem ist die Lage der SerbInnen im Kosovo weiterhin problematisch, da sie zum einen die existierenden quasi-staatlichen Institutionen boykottieren und zum anderen unter ethnischer Diskriminierung seitens der albanischen Mehrheitsbevölkerung leiden. Auch die EU kommt zu einem im Kern vernichtenden Gesamturteil: „Den Institutionen im Kosovo fehlt nach wie vor die notwendige politische Reife, um eine wirklich demokratische und sichere Vielvölkergemeinschaft aufzubauen.“ (4) Erschwerend mag aktuell hinzukommen, dass der moderate Präsident des Kosovo, Ibrahim Rugova, am 21. Januar 2006 verstarb, auch wenn dies aufgrund langer Krankheit abzusehen war. Sein Nachfolger, Fatmir Sejdiu, gilt ebenso als gemäßigt.

Eine negative Lesart des Eide-Berichts macht deutlich, dass die UNO eine elegante Lösung sucht, um ihr Engagement im Kosovo zu beenden und den Stab komplett an die EU zu überreichen. Wie ein Endstatus im Kosovo aussehen könnte, wird an dieser Stelle jedoch höchst abstrakt formuliert: Eine wie auch immer geartete Integration in die euroatlantischen Strukturen, wobei nicht spezifiziert wird, ob dies im Verbund mit Serbien oder als souveräner Staat erfolgen soll. Konkreter sind hingegen die Vorschläge einer inoffiziellen, aber dennoch sehr prominent besetzten unabhängigen Kommission, die bereits im April 2005 eine wesentlich progressivere Strategie vorschlägt. (5) Durch ein vierstufiges Modell soll Kosovo bis zum Beitritt in die EU (prog-

nostiziert für das Jahr 2014/15) sowohl in die Unabhängigkeit als auch Souveränität, eingeeht durch die Mitgliedschaft in der EU, entlassen werden. Dieser Prozess soll natürlich im Dialog mit Serbien erfolgen, das durch eigene Anreize einer EU-Mitgliedschaft 2014/15 zur Kooperation motiviert werden soll.

Dass sich die EU diametral zu der UN-Endstatusdebatte verhält, ist nicht zu erwarten, obwohl diese nicht in dem oben zitierten Strategiepapier der EU aufgegriffen wurde. Einen Vorgeschmack bietet die Aufnahme der „Stabilisierungs- und Assoziierungs-Verhandlungen“ zwischen der EU und Serbien und Montenegro. Diese dienen als vorgeschaltetes Instrument für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. „Only an extremely naïve observer might not see the connection between the upcoming Kosovo negotiations and the sudden progress towards a Stabilisation and Association Agreement for Serbia and Montenegro“. (6)

### **Bosnien und Herzegowina**

Eine weitere europäische Zwickmühle stellt Bosnien und Herzegowina dar. Seit dem Vertrag von Dayton 1995 ist Bosnien und Herzegowina so etwas wie eine „echte“ Kolonie der UNO und der Europäischen Union. Auf der einen Seite wurden formal-demokratische Institutionen und Prozesse eingeführt, auf der anderen Seite unterminieren die Sonderrechte des Hohen Repräsentanten der UN die Unabhängigkeit und Entscheidungskompetenzen der demokratisch gewählten politischen Akteure. So kann die Bevölkerung nur sehr schwierig die Verantwortlichkeiten der nationalen bzw. internationalen Ebene zuordnen. Genauso doppeldeutig ist auch die Rolle der EU als zentraler Akteur in Bosnien-Herzegowina und als von außen kontrollierende Kraft in Bezug auf die „europäische Perspektive“. Überspitzt formuliert, muss die EU in Bosnien und Herzegowina zeigen, wie man die Kopenhagener Kriterien durch den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess am besten umsetzt. Gleichzeitig muss sie „kritisch“ evaluieren, ob dies denn auch erfolgreich ist. Problematisch ist dies insbesondere hinsichtlich der politischen Aspekte der Kopenhagener Kriterien; der neue hohe EU/UN Repräsentant Christian Schwarz-Schilling sollte sich daher um eine Selbstbeschränkung seiner Handlungskompetenz bemühen. Eine von außen eingehegte Demokratie birgt nur geringe Erfolgsaussichten und kann keine europäische Perspektive darstellen.

## Bulgarien und Rumänien

Die Entscheidung über den Zeitpunkt des EU-Beitritts von Bulgarien und Rumänien ist nicht ganz von den zukünftigen Entwicklungen im Westbalkan abzukoppeln. Ausschlaggebend für den Zeitpunkt der Aufnahme ist die Behebung der weiterhin existenten Mängel durch diese Staaten. Aber auch die recht zögerliche Ratifizierung des Beitrittsvertrags durch die europäischen Schwergewichte wie Frankreich, Deutschland und Großbritannien lassen Befürchtungen wachsen, dass der Beitritt auch nach 2008 kommen kann. Die ersten PolitikerInnen unterschiedlicher Länder thematisieren dies bereits. Das ist für den Westbalkan natürlich ein sehr zwiespältiges Signal: Zwar wird die Konditionalität des EU-Beitritts damit unterstrichen, aber gleichzeitig birgt eine Verschiebung des Beitritts über 2008 hinaus auch die Gefahr, dass der Erweiterungsprozess auf europäischer Ebene eingefroren wird. Damit wird es schwieriger, die in Aussicht gestellte EU-Mitgliedschaft als Anreizsystem zur Zusammenarbeit auf dem Westbalkan zu etablieren.

Die österreichische Ratspräsidentschaft erwarten daher in Bezug auf den Westbalkan einige unbekannte Fallstricke. Dennoch, eine neue Dynamik in diesen Prozessen ist dringend notwendig und eine sinnvolle Alternative zum Engagement der Europäischen Union nicht in Sicht. Denn, trotz aller Kritik, hat sie entscheidend zur Stabilität der Region beigetragen. Nun ist jedoch eine Anpassung der Erweiterungsstrategie an die wesentlich komplexeren Umstände im Westbalkan im Vergleich zu Ostmitteleuropa von Nöten.

### Tina Olteanu

Redaktionsmitglied und Assistentin am ipw

### Fußnoten:

- (1) Todorova, Marija N: *Imagining the Balkans*. New York [u.a.]: Oxford Univ. Press, 1997.
- (2) Kommission der Europäischen Gemeinschaften: *Strategiepapier 2005 zur Erweiterung*. Brüssel. 9.11.2005 KOM (2005) 561 endg.
- (3) Eide, Kai : *A comprehensive review of the situation in Kosovo*. UN-Report S/2005/635.
- (4) Kommission der Europäischen Gemeinschaften: *Strategiepapier 2005 zur Erweiterung*. Brüssel. 9.11.2005 KOM (2005) 561 endg. S. 8.
- (5) International Commission on the Balkans: *The Balkans in Europe's Future*. April 2005. <http://www.balkan-commission.org/activities/Report.pdf>
- (6) van Meurs, Wim; Weiss, Stefani: *Qualifying (for) Sovereignty. Kosovo's Post-Status and the Status of EU Conditionality*. Bertelsmann-Stiftung, December 6, 2005. S. 11.

# Die Gleichstellungs- und Frauenagenda im Rahmen der österreichischen EU-Präsidentschaft

Von Sieglinde Rosenberger  
und Birgit Sauer

Spielt Frauen- und Gleichstellungspolitik eine Rolle im österreichischen Programm für die Ratspräsidentschaft? Oder ist das Politikfeld ein Nebenschauplatz oder gar völlig verschwunden hinter den Hauptschauplatzen der EU-Erweiterung, der „Türkei-Frage“, der EU-Verfassung und außenpolitischer Themen im ersten Halbjahr 2006? Eine erste – und für KritikerInnen der nationalen Gleichstellungspolitik der vergangenen Jahre vielleicht überraschende – Antwort ist: Österreich bzw. das Frauenministerium hat eine frauen- und gleichstellungspolitische Agenda für die Ratspräsidentschaft formuliert!

Was sind nun die frauen- und gleichstellungspolitischen Themen auf der EU-Agenda? Um diese Inhalte zu identifizieren, analysierten wir einerseits den Veranstaltungskalender zur Präsidentschaft und andererseits die Programmvorschau des Frauenministeriums für das erste Halbjahr 2006.

Die Themen, mit dem die Vorsitzende der Frauen- und Gleichstellungsministerinnen, Gesundheits- und Frauenministerin Maria Rauch-Kallat, EUropäisch wahrgenommen werden will, umfassen laut Eigendarstellung auf der Homepage der Frauenministerin a) Gender Mainstreaming im Gesundheitswesen, b) traditionsbedingte Gewalt wie Zwangsheirat, Genitalverstümmelung und Ehrenmorde sowie c) Schließung der Einkommensschere zwischen Männern und Frauen.

Das dritt gereichte Ziel, nämlich die Verringerung von Einkommensunterschieden zwischen Frauen und Männern zählt zu den langjährigen und somit klassischen EU-Gleichstellungsthemen auf dem Feld der Erwerbstätigkeit. Interessant ist hingegen, dass an erster Stelle ein Thema im nationalen Kompetenzbereich liegend angeführt wird, das jedoch mit bishe-

riger berufsorientierter EU-Kompetenz kombiniert wird – nämlich einerseits Gesundheit von Frauen am Arbeitsplatz und andererseits Gender Mainstreaming in Gesundheitsfragen. Zum Ziel der Schließung der Einkommensschere liegt von der Frauenministerin bislang außer der Planung einer Fachtagung im Mai 2006 in Brüssel, die ankündigungsgemäß der „Einkommensschere“ gewidmet sein wird, keine weiteren Aktivitäten vor.

Weniger üblich unter einer EU-Perspektive zu behandeln sind die beiden anderen Problemfelder. Gesundheit und Gewalt gegen Frauen sind Anliegen mit vornehmlich im nationalen Kontext angesiedelten Instrumenten. Insbesondere im Bereich der geschlechtsspezifischen Gewaltprävention nahm Österreich Mitte der 1990er Jahre eine Vorreiterrolle ein, schuf es doch als erstes europäisches Land mit dem Wegweiserecht eine gesetzliche Grundlage, um Gewalttäter zu bestrafen. Vergemeinschaftet bzw. auf europäischer Ebene koordiniert ist die Gewaltproblematik nur schwach ausgestaltet: Das DAPHNE-Programm setzt sich mit Gewalt gegen Frauen auseinander, und im Bereich von Frauenhandel gibt es inzwischen einige wenige gesamteuropäische Initiativen. Für das Politikfeld Prostitution ist eine solche EU-Initiative geplant, aber von einer Realisierung noch entfernt.

Nun also setzt Österreich das Thema „traditionsbedingte Gewalt“ auf die europäische Agenda. Dies ist ein Thema, für das in den vergangenen zwei Jahren in einigen europäischen Ländern legislativer Handlungsbedarf gesehen wurde, z.B. die Erhöhung der Heiratsaltersgrenzen als Maßnahme gegen Zwangsheirat (Dänemark, Frankreich). Das Agenda-Setting „traditionelle Gewalt“ verspricht aber auch Aufmerksamkeit – nicht zuletzt durch Berichte in den Medien, die eine Mischung aus

Sex and Crime bieten: Ehrenmorde und jugendliche Zwangsprostituierte, gedungen von ausländischen Banden.

Eine erste Frage mit Blick auf „die Situation dieser Frauen zu verbessern“ (BM für Gesundheit und Frauen) lautet: Was versteht das Ministerium unter „traditionsbedingter Gewalt“ und welche Maßnahmen sind zu beobachten, um die Prävalenz des Phänomens zu beschreiben?

Die Antwort, die wir auf der Grundlage des vorhandenen Materials geben können, ist, dass die Klärungen ebenso wie die notwendigen Differenzierungen eher dürftig sind. So wird nicht darauf hingewiesen, dass ein Unterschied zwischen Zwangsheirat und arrangierten Heiraten besteht und dass dieses Problem nicht nur bei Familienzusammenführungen aus dem Islamischen Kulturkreis existiert, sondern auch MigrantInnen aus Südostasien davon betroffen sind.

Was hat das Ministerium bisher in diesem Politikfeld getan bzw. gedenkt noch zu tun?

Zur „traditionsbedingten Gewalt“ hat am 25. Jänner ein Treffen in Brüssel stattgefunden, zu dem es allerdings bisher keine anderen Unterlagen als eine Presseerklärung der Frauenministerin und einen Redebeitrag der Kommissarin für Nachbarschaftspolitik gibt. Bemerkenswert ist auch, dass die zugrunde gelegte Expertise bislang recht bescheiden ist: Als Grundlage für das Treffen der MinisterInnen in Brüssel diente ein Bericht der österreichischen Ministerin zum Thema Zwangsheirat. Dieser „ressortübergreifende“ Bericht listet zwar einiges an nationalen gesetzlichen Regelungen und Betreuungsorganisationen auf, doch ansonsten bleiben das Aktionsprogramm und die Problemdefinition ungewiss. Allerdings wird Innovativität im Problemfeld beansprucht. Vielleicht gerade deshalb erfolgt kein Hinweis darauf, dass in Stockholm bereits 2004 eine internationale Konferenz zum Thema traditionsbedingte Gewalt (Zwangsheirat, Ehrenmorde) stattfand, die zahlreiche Empfehlungen vorschlug. Im österreichischen Ratsprogramm wird also nicht an bisherige Arbeiten angeschlossen, sondern das Innovative einfach behauptet.

In anderen europäischen Ländern gibt es inzwischen Versuche, die Problemdefinitionen auf nationalstaatlicher Ebene zu klären und in politische Regulierungen und gesetzliche Maßnahmen zu gießen: In Dänemark beispielsweise existiert ein Aktionsprogramm 2003-2005, das zwar einerseits den Jugendschutz proklamiert – auch den Schutz junger Mädchen mit

migrantischem Hintergrund – doch in zweiter Lesart auch und vor allem eine Maßnahme ist, um Zuwanderung zu kontrollieren.

Dieser Hinweis führt uns zur abschließenden Überlegung, wie die Themensetzung zu interpretieren ist? Das Thema „traditionsbedingte Gewalt“ ist ein Schnittstellen-Thema zwischen Migration, Integration und Frauenpolitik. Es ist ein Thema, das das Aufeinanderprallen von unterschiedlichen Geschlechterbildern und -praxen deutlich macht. So wie das Thema im Kontext der österreichischen Ratspräsidentschaft aber präsentiert wird, erfüllt es neben einem frauenpolitischen Anliegen auch weitere politische Zielsetzungen auf österreichischer und auf EU-Ebene: Nimmt man das wording „traditionsbedingte Gewalt“ genauer unter die Lupe, so sind damit offenbar Formen von Gewalt gegen Frauen gemeint, die auf spezifischen „traditionellen“ Vorstellungen, Werten und Verhältnissen beruhen – auf Traditionen, die es in der österreichischen Gesellschaft vermeintlich nicht gibt, sondern die durch Migration importiert wurden. Traditionell bzw. traditionsbedingt hat den Beigeschmack von „nicht-modern“ – und Österreich ist in diesem Falle das moderne Land, in das „fremde“ Traditionen hinein getragen werden. Wie ist aber Gewalt österreichischer Männer gegen Frauen zu bezeichnen? Diese ist offenbar nicht traditionell bedingt – d.h. nicht auf der patriarchalen Tradition, nicht auf der Tradition der Abhängigkeit der Frauen von Männern und nicht auf maskulinistischen Traditionen. Diese linguistischen Spitzfindigkeiten wollen deutlich machen, dass mit dem Diskurs um traditionelle Gewalt mindestens dreierlei Subtexte transportiert werden:

1. Tradition bezeichnet offenbar das „Anderere“, das „Fremde“, das Nicht-Österreichische oder Nicht-Europäische. Die Debatte um traditionelle Gewalt läuft mithin Gefahr, dieses Fremde im Prozess der europäischen Einigung immer wieder zu konstruieren.
2. Migration bzw. Integration werden deshalb als frauenpolitische Themen dargestellt, um den Schein, „bei uns“ ist die Gleichstellung der Geschlechter schon erreicht, herzustellen. Tatsächlich ist die Frage des Islams bzw. die Kritik am Islam recht häufig eine Position, die als Geschlechtergleichstellung diskutiert wird. Denn plötzlich sprechen jene von Geschlechtergleichstellung, von der modernen Rolle der Frau im Westen, die in der Vergangenheit nicht nur wenig bis nichts zur Geschlechtergleichstellung beigetragen haben sondern sie diese auch blockierten. Die Gleichstellung der Geschlechter wird instrumentalisiert, ohne

dass es sie gibt, wird doch die Ungleichheit zwischen Männern und Frauen im Bereich Einkommen sogar wieder größer.

3. Die Themen setzen die Frage des Islam auf die politische Agenda: Interessant ist, dass das Thema Islam und EU bisher nur wenig thematisiert ist. Doch auch hier wird ein Bias deutlich: Mit der Thematisierung von „Tradition“ wird die Dichotomie von Tradition = Islam und Moderne = Europa aufgemacht und Identität sowie Alterität im europäischen Erweiterungsprozess konstruiert.

4. In der politischen Konsequenz – und dies sieht frau/man bereits bei politischen Maßnahmen in Dänemark und Frankreich, sind die politischen Lösungen simpel gestrickt: Die Probleme werden als Problem der Migration bzw. von MigrantInnen betrachtet – und folglich werden die Migrations- und Einwanderungsregime verschärft.

Es entsteht der Eindruck, dass mit diesen Themen zwar äußerst gesellschaftlich wie frauenpolitisch wichtige Themen angesprochen werden, dass sie aber auch eine Art Neutralisierung der Gleichstellungspolitik bedeuten.

**Sieglinde Rosenberger und Birgit Sauer** sind Professorinnen am IPW, sie bilden das Leitungsteam des Instituts und sind Koordinatorinnen eines EU-Projekts zur Regulierung der „Kopftuch-Frage“

# Neusetzung der Prioritäten: Die Europäische Forschungspolitik

**Ein Interview mit der Wissenschaftsforscherin Prof. Helga Nowotny zu den Bildungsausgaben (in) der EU, dem neuen European Research Council und der fehlenden Lobby-Arbeit der Human- und Sozialwissenschaften.**

**Von Georg-Sebastian Holzer**

**Zur Person:**

Helga Nowotny ist Vorsitzende des Europäischen Forschungsbeirats und Fellow am Wissenschaftszentrum Wien. Bis 2002 war sie Professorin für Wissenschaftsforschung an der ETH Zürich. Prof. Nowotny wurde 1937 in Wien geboren und hält einen Doktor in Jura der Universität Wien und einen Ph.D. in Soziologie der Columbia University in New York.

**Politix:**

Es scheint einen Konsens in Europa zu geben: Ausgaben für Bildung und Forschung sind für alle wichtig. In der praktischen Politik hingegen sieht es vielfach ganz anders aus.

So war es ursprünglich Ziel, das 7. Forschungsrahmenprogramm (2007-2013) auf fast 73 Mrd. Euro (gut 10 Mrd. Euro pro Jahr) beinahe zu verdoppeln. Real hätte das trotz der Erweiterung um 10 Mitglieder einen Zuwachs bedeutet. Beim Streit um die EU Finanzen wurde das Budget jedoch zusammengestrichen. Offensichtlich sind Agrarsubventionen und Regionalhilfen in der EU immer noch wichtiger als Forschungsausgaben.

**Nowotny:**

Leider stimmt diese Analyse. Das Forschungsbudget ist inzwischen weiter geschrumpft und wird wahrscheinlich knapp unter 47 Mrd. Euro liegen. Was daher dringend notwendig wäre, ist eine Neusetzung der Prioritäten. Die Agrarsubventionen sind praktisch und politisch für die nächsten paar Jahre einzementiert. Der Sapir-Bericht (Bericht im Auftrag der EU-Kommission 2003, Anm. d. Red.) hat im vergangenen Jahr sehr überzeugend und mit der notwendigen Radikalität Argumente dafür geliefert, weshalb die Forschungsausgaben aufzuwerten und die Agrarsubventionen zu verkleinern wären. Diese Argumente stießen allerdings bei der Politik auf taube Ohren, da das Agrarpaket erst vor kurzem neu geschnürt worden war und nie-

mand den Mut – und die Durchsetzungskraft – hatte, es wieder aufzuschnüren.

**Politix:**

Auf nationaler Ebene der 25 EU-Staaten stagniert der Forschungsanteil am Bruttosozialprodukt bei mäßigem Wirtschaftswachstum seit dem Jahr 2000 bei durchschnittlich 2%. An der Spitze unter den großen Volkswirtschaften auf der Welt stehen die USA mit 2,7% und Japan mit 3%, auch China (ca. 1,4%) holt mit rund 20-prozentigen Steigerungsraten der Forschungsausgaben rasant auf. Läuft Europa zunehmend Gefahr, dabei ins Hintertreffen zu gelangen? Wie weit kann auf europäischer Ebene dem entgegengesteuert werden, wenn die Forschungsausgaben nur rund 5% der Gesamtforschungsausgaben in der EU betragen?

**Nowotny:**

Hier muss differenziert werden, wenn sich auch der Gesamttrend für Europa dadurch nicht unbedingt verbessert. Der wesentliche Unterschied zwischen den F&E-Ausgaben [Forschung und Entwicklung, Anm. d. Red.] in Europa und den USA besteht darin, dass die US-Forschungs- und Entwicklungs-Ausgaben einen wesentlich höheren Anteil von Investitionen seitens der Industrie beinhalten. Die Barcelona- und Lissabon-Deklarationen und Strategien hatten vor allem das Ziel, den Industrieanteil anzuheben. Diese Ziele wurden bis heute nicht erreicht. Die USA weisen auch einen weitaus höheren Anteil von ForscherInnen auf, die in der Industrie beschäftigt sind. Beide jedoch, Europa und die USA, sehen sich mit starken Zuwachsraten, besonders in China, konfrontiert. In den USA wachsen die Befürchtungen, wie auch der Bericht der US Akademien „Rising above the Gathering Storm“ zeigt, dass der globale Vorsprung, den die USA zur Zeit noch inne haben, plötzlich zusammen brechen könnte. In Europa muss man allerdings sehen, dass der überwiegen-

de Anteil der F&E Ausgaben noch immer auf nationalstaatlicher Ebene erfolgt. Hier gibt es große Unterschiede. So hat etwa Österreich in den letzten Jahren stark aufgeholt. Dennoch glaube ich, dass die Steuerfähigkeit auf EU-Ebene vorhanden ist. Das 7. Rahmenprogramm sieht zwei wesentliche Neuerungen vor: die Gründung des European Research Council und die Joint European Technology Initiatives. Hier können auf EU-Ebene neue Akzente und Qualitätsstandards gesetzt werden. Ein weiteres Ziel ist es, die Innovationsfähigkeit auf europäischer Ebene zu erhöhen.

**Politix:**

Vor kurzem beschrieben Sie das European Research Council (ERC) als „Perle im siebenten Rahmenprogramm“? Was ist das Neue, was die Chancen dieser Institution?

**Nowotny:**

Das Neue am ERC ist eine radikale Umkehr der bisherigen EU-Forschungspolitik in dem Sinn, dass Grundlagenforschung („frontier research“) erstmalig auf EU-Ebene gefördert wird. Dadurch soll ein Wettbewerb der Besten in Europa in Gang gesetzt werden. Die Ideen und Projekte sollen dabei bottom-up und von höchster wissenschaftlicher Qualität, ohne weitere Vorgaben und Einschränkungen sein. Wir hoffen auch, dass besonders jüngere ForscherInnen dadurch früher unabhängig werden können, als es jetzt der Fall ist, indem sie ihre eigenen Forschungsgruppen etwa an Universitäten einrichten können. Europaweit soll es zu einer Anhebung der Qualitätsstandards kommen, da die Vergabepaxis in den nationalen Forschungsinstitutionen starke Unterschiede aufweist. Das, was der FWF □ Österreichischer Wissenschaftsfond, Anm. d. Red. □ in Österreich leistet, kann sich dabei durchaus sehen lassen. Neu im EU-Rahmen ist auch, dass die Sozial- und Geisteswissenschaften, die in den Rahmenprogrammen bisher eher marginal waren, voll und ganz in diesen Wettbewerb der Spitzenforschung eingeschlossen sind. Ich hoffe sehr, dass diese Chance auch genutzt werden wird.

**Politix:**

In den Empfehlungen des EURAB (European Research Advisory Board of the European Commission) zu den Human- und Sozialwissenschaften wird die Wichtigkeit interdisziplinärer Forschung, v.a. die Verbindung mit den Naturwissenschaften betont. Wie sehr wird dies im 7. Rahmenprogramm berücksichtigt werden und wie wird die Ressourcenverteilung (prozentuell) zwischen der Förderung von Naturwissenschaften und Human- und Sozialwis-

senschaften aussehen?

**Nowotny:**

Interessant war die Reaktion der Kommission auf unsere Empfehlungen. Von höchster Stelle wurde mir versichert, dass sich die Kommission eine viel aktivere Rolle der Sozial- und Humanwissenschaften wünscht. Bisher hatten diese einen eher marginalen Platz (und ein sehr geringes Budget), doch hat da auch kein Lobbying stattgefunden, wie es bei anderen Forschungsgebieten der Fall ist. Ich erwarte mir daher kurzfristig keine Steigerung der Ressourcen, rate den Sozial- und Humanwissenschaften aber dringend, eine aktivere Rolle zu spielen, wenn es mittelfristig zu Verbesserungen kommen soll. Persönlich bin ich überzeugt davon, dass die Brücken zwischen den Naturwissenschaften und den Sozial- und Humanwissenschaften für beide Seiten in Zukunft immer wichtiger werden.

**Politix:**

Wie wird nachhaltig verhindert, dass die Europäische Kommission in Zukunft nicht die Empfehlungen des Scientific Council und seiner Wissenschaftler ignoriert und der ERC nach politischen Kriterien die Forschungsprioritäten auf europäischer Ebene setzt?

**Nowotny:**

Der ERC soll so weit wie möglich von der Kommission und somit von politischen Wünschen und Interessen unabhängig sein. Bisher wird dies durch die Unabhängigkeit der 22 Mitglieder des Scientific Council gewährleistet. Diesem soll eine Executive Agency unterstellt sein, die ganz im Dienst der Ziele des ERC stehen soll. Der Forschungskommissar Janez Potocnik hat sich auch persönlich für die Unabhängigkeit des ERC verbürgt, wenn es auch rechtlich gesehen Vorgaben und Verantwortung gibt, die vorsehen, dass die formale Entscheidung bei der Kommission liegen muss.

**Politix:**

Der ERC ist vor allem für die Grundlagenforschung gegründet worden. Ist dabei auch eine Einbindung der Industrie und des Venturekapitals angedacht? Wie stehen Sie dazu?

**Nowotny:** Die Industrie kann in der Phase der Grundlagenforschung nicht wirklich eingebunden werden, da die Ergebnisse dieser Art von Forschung nicht vorhersehbar sind. Niemand ist daher von Industrieseite bereit, dafür Geld auszugeben und zu investieren. Was Europa allerdings dringend braucht, ist Risikokapital, das dann zur Verfügung stehen soll, wenn sich klarer abzeichnet, was an den neuen wis-

senschaftlich-technischen Durchbrüchen und Ideen, die der ERC hervorbringen wird, für die Industrie von Interesse ist. Es sollte daher möglich sein, ein Netz von Kontakten frühzeitig aufzubauen, das dann zur Gründung von spin-off Firmen und anderen Übersetzungsleistungen in die Praxis führen kann. Frontier research, also Spitzenforschung, kann nur dann die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen, wenn die Grenze mit dem Hinterland und das Erklimmen der Spitze mit dem Basislager gut verbunden ist.

**Politix:**

Sie haben sich positiv zu der Schaffung von Exzellenz-Zentren in ganz Europa nach dem Vorbild des MIT (Massachusetts Institute of Technology) bzw. den schon bestehenden europäischen Institutionen Imperial College und ETH Zürich geäußert. Gleichzeitig ist die Forschung und Lehre an den Universitäten zunehmend unterfinanziert, wie man am Beispiel Österreichs oder Deutschlands anschaulich sehen kann. Wie bewerten Sie die diesbezügliche Zukunft der Universitäten und die ungleiche Mittelverteilung?

**Nowotny:** Die Universitäten sind in Kontinentaleuropa überall in einer schwierigen Umbruchphase. Reformen sind zwar in Gang gekommen, doch diese gestalten sich schwierig, wenn es keine zusätzlichen finanziellen Anreize gibt. Die Universitäten brauchen mehr Mittel. Gleichzeitig muss jedoch der Nachweis öffentlich erbracht werden, dass die Reformen greifen und auf ein System umgestellt wird, dass Leistung belohnt. Es muss auch transparenter gemacht werden, wofür die Universitäten mehr Mittel brauchen und welche Leistungen sie dafür erbringen werden. Dass es hier unterschiedliche Anschauungen, auch innerhalb der Universitäten gibt, liegt auf der Hand und bringt Konflikte mit sich. Ich bin mir bewusst, wie schwierig es im Einzelnen ist und wie lange es dauert, bis hier eine neue Kultur entsteht. Dazu gehört, dass über Interdisziplinarität nicht nur geredet wird, sondern dass diese auch institutionell einen Rahmen erhält, in dem sie sich entfalten kann.

**Politix:**

Wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang das von Kommissionspräsident Barroso angekündigte EIT (European Institute of Technology)?

**Nowotny:**

Ursprünglich haben wir von EURAB diese Idee kritisiert und zwar aus zwei Gründen. Wir haben befürchtet, dass das ohnedies knappe

Forschungsbudget für den ERC dadurch weiter vermindert werden könnte. Diese Befürchtung ist inzwischen hinfällig geworden, da der ERC im 7. Rahmenprogramm vorgesehen ist, das EIT jedoch ausserhalb. Der zweite Grund war, dass solche top-down Initiativen, die von der Politik kommen, selten zum gewünschten Erfolg führen. Dass MIT ist immerhin mehr als 150 Jahre alt und hat ein Budget, bei dem keine universitäre Einrichtung in Europa mithalten kann. Ursprünglich war auch vorgesehen, dass die Kommission einfach eine oder mehrere Universitäten mit einem EIT-Etikett versieht. Das kann nicht funktionieren. Die jetzt veröffentlichte Mitteilung ist gegenüber den ursprünglichen Plänen stark verändert. Sie sieht Partnerschaften zwischen universitären Forschungsgruppen und der Industrie vor. Vieles ist noch offen, doch dass eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Industrie und Universitäten in Europa notwendig ist, ist unbestritten. Vielleicht entwickelt sich doch etwas Positives aus Barrosos Idee.

**Politix:**

Betrachtet man die Kritik der Scientific Community an der Planung des EIT auf europäischer Ebene, als auch der „Elite-Universität Gugging“ (Institute for Technology Austria) in Österreich, so scheint es einen prinzipiellen Konflikt zwischen der Welt der Wissenschaft und den top-down Ansätzen von Politikern und zu geben. Beide sind jedoch auf einander angewiesen. Sehen Sie Lösungsansätze bei diesem Dilemma?

**Nowotny:** Miteinander sprechen und nochmals: miteinander sprechen. Wobei es wichtig ist, dass die Scientific Community lernt, mit einer Stimme zu sprechen, da ansonsten die Politik immer die Oberhand behalten wird.

Das Interview führte

**Georg-Sebastian Holzer**

Redaktionsmitglied und Student am ipw

# Ringen um die Handlungsfähigkeit des öffentlichen Sektors

Von Markus Marterbauer

Im Streit um das Budget der Europäischen Union spiegeln sich die grundlegenden Auseinandersetzungen um die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik wieder. Auf der einen Seite steht die dominierende neoliberale Vision für Europa. Sie rückt die Verwirklichung des Binnenmarktes in den Mittelpunkt. Ein handlungsfähiger öffentlicher Sektor wird in diesem Konzept nicht benötigt, im Gegenteil, der Einfluß des Staates soll kontinuierlich zurückgedrängt werden. Dies zeigt sich auch in den konkreten politischen Vorgaben und Maßnahmen: Das EU-Budget soll möglichst klein gehalten werden, die Staats- und Regierungschefs haben lange darum gerungen, es auch in der Finanzperiode 2007 bis 2013 nicht merklich über ein Prozent der Wirtschaftsleistung der Union steigen zu lassen. Die Budgets der Mitgliedsländer sollen gemäß Stabilitätspakt mittelfristig sogar Überschüsse aufweisen. Gleichzeitig wird den Ländern empfohlen, mittels Kürzung von Staatsausgaben die Steuerbelastung zu senken.

Auf der anderen Seite steht das traditionelle Europäische Sozialmodell. Der öffentliche Sektor bildet hier ein bedeutendes Instrument, um jene politischen Ziele zu erreichen, deren Verwirklichung die Märkte nicht leisten können – soziale Gerechtigkeit, Vollbeschäftigung, ökologische Nachhaltigkeit, regionaler Ausgleich. Daraus ergeben sich neue Anforderungen an das Budget auf EU-Ebene und die Budgetpolitik innerhalb der EU. Eine Stärkung der Kompetenzen auf europäischer Ebene ist notwendig, um in der immer enger verflochtenen Wirtschaft der Union, die Kräfte der Politik gegenüber jenen des Binnenmarktes zu bündeln. Damit wird die Bedeutung der Europäischen Kommission steigen, sie wird eine europäische Regierung bilden und damit vor allem gegenüber dem Europäischen Rat, der Institution, in der die Mitgliedsländer vertreten sind, aufgewertet werden. Die Bildung einer Europäischen Regierung muss mit einer Stärkung der demokratischen Rechte einhergehen, das heißt mit einer Ausweitung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments und der Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit.

Besonders im Bereich der Budgetpolitik soll das Parlament die vollen Rechte der Beschlussfassung und Kontrolle übernehmen.

Dies sind die Voraussetzungen dafür, dass auch das Budget der EU ausgeweitet werden kann. Das ist notwendig, um eine einheitliche Wirtschaftspolitik zu ermöglichen. Mit Gesamtausgaben von 110 Mrd. Euro pro Jahr, das sind nur 1,04 Prozent der EU-Wirtschaftsleistung, ist der Spielraum für die europäische Politik zu gering. Eine Ausweitung des EU-Budgets darf allerdings nicht ohne eine Reform der Struktur der Ausgaben erfolgen. Zumindest in diesem Punkt lag der britische Premierminister Tony Blair bei den Verhandlungen zum Finanzrahmen 2007 bis 2013 richtig. Eine Reihe von Politikbereichen benötigt mehr Mittel. Dazu zählen die Struktur- und Kohäsionsfonds, die das wichtigste Instrument des wirtschaftlichen Ausgleichs zwischen den reichen und armen Regionen der Union bilden. 2007 bis 2013 sollen dafür gut 300 Mrd. Euro ausgegeben werden. Etwa die Hälfte der Mittel kommt den alten Mitgliedsländern zugute. Diese könnten ihre Regionalförderung eigentlich aus dem nationalen Budget finanzieren, die Mittelflüsse zeigen aber, dass die wirtschaftlichen Ungleichgewichte auch in den EU-15 nach wie vor außerordentlich groß sind. Die Erweiterung um die mittelosteuropäischen Länder hat die regionalen Unterschiede noch markant verschärft. Eine Umverteilung von den Boomregionen zu den Gebieten mit Entwicklungsrückstand ist im Interesse der Stabilität der gesamten EU. Hier sollte vor allem Wert auf den Ausbau der regionalen Infrastruktur gelenkt werden. Die Nutzung der Entwicklungspotentiale der Regionen hängt an der Verfügbarkeit eines funktionierenden Bildungs- und Gesundheitssystems, der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur, der Qualität der öffentlichen Verwaltung und der sozialen Grundsicherung. Sie sollten die Schwerpunkte einer reformierten Struktur- und Kohäsionspolitik bilden.

Die EU liegt im Bereich der Wissenschaft und Forschung merklich hinter den USA zurück. Auch ohne deren militärisch-industriellen

Komplex kopieren zu wollen, besteht ein Bedarf an einer Ausweitung der öffentlichen Forschungsanstrengungen. Die Finanzierung der Grundlagenforschung muss eine Aufgabe der europäischen Politikebene sein, wenn sichergestellt werden soll, dass sie den langfristigen Interessen der Bevölkerung dienen und nicht primär jenen der privaten Unternehmen. 2007 bis 2013 stehen dafür deutlich weniger Mittel zur Verfügung als die Europäische Kommission und das Europäische Parlament in ihren Budgetentwürfen vorgesehen hatten.

Die Außenpolitik wird langfristig wohl europäische Kompetenz werden. Es ist nur schwer vorstellbar, dass 25 oder mehr Mitgliedsstaaten auf der ganzen Welt mit diplomatischen Vertretungen verankert sind. Nicht nur aus Kostengründen, sondern auch um die Rolle der EU in der Welt zu stärken, wäre eine gemeinsame Außenpolitik sinnvoll. Aufgrund der strukturellen Veränderungen der internationalen Beziehungen durch den expansiven Unilateralismus der USA seit Ende der 1990er Jahre wäre es wünschenswert, wenn Europa bald in UNO, Weltbank und Währungsfonds mit einer Stimme sprechen würde. Vielfach wird die Verteidigungspolitik als gemeinsames Politikfeld angesehen. Das könnte sinnvoll sein, wenn es eine Stärkung der europäischen Interessen gegenüber jenen der USA mit sich bringen würde. Allerdings gibt es wohl sinnvollere Formen als Militärausgaben, um die Rolle der EU in der Welt zu stärken.

Während Regional-, Forschungs- und Außenpolitik mehr Mittel benötigen, können die Ausgaben für die Agrarpolitik auf EU-Ebene merklich verringert werden. Die hohe Bedeutung der Agrarausgaben – sie machen auch in der Finanzperiode 2007 bis 2013 42 Prozent des EU-Budgets aus – ist nur historisch zu erklären. Mit einer gemeinsamen Agrarpolitik versuchte man, den zersplitterten, von Produktionsüberschüssen geplagten Nahrungsmittelmarkt zu stabilisieren. Unter dem österreichischen Agrarkommissar Franz Fischler ist es gelungen, erste Schritte einer Reform der Agrarpolitik zu setzen: Die Subventionierung der Produktionsmengen wurde zugunsten einer stärkeren Förderung von Qualität der Produktion und regionalen Initiativen etwas verringert. In Österreich flossen zusätzliche Mittel in ökologische Produktion und Bergregionen. Dieser Weg soll fortgesetzt werden. Vor allem müssen die Vorgaben für die Qualität der Produktion und der Produkte verschärft werden. Es ist nicht zu rechtfertigen, dass die Steuerzahler Milliardenbeträge in die Landwirtschaft pumpen, wenn gesundheitsgefährdende Nahrungsmittel

hergestellt werden und die Umwelt geschädigt wird. Die EU-Agrarpolitik wandelt sich zu einem Instrument der Stabilisierung der bäuerlichen Einkommen. Der Einsatz öffentlicher Förderungen für dieses Ziel ist gerechtfertigt, allerdings erfolgt er auf Ebene der Mitgliedsstaaten viel effektiver als auf EU-Ebene.

Wenn das EU-Budget ausgeweitet werden soll, kommt man um die Erschließung eigener EU-Finanzquellen nicht herum. Derzeit finanziert sich die EU aus den Mitgliedsbeiträgen der Nationalstaaten. Es bestehen zahlreiche Vorschläge für eine Neugestaltung der Einnahmen. Verschiedene Formen einer „EU-Steuer“ sind denkbar, darunter eine Abgabe auf Kerosin, das bislang unbesteuert ist, eine Steuer auf Finanztransaktionen („Tobin-Tax“) oder eine föderale Körperschaftsteuer. Die Schwierigkeiten der Umsetzung liegen im Detail und vor allem im Widerstand der neoliberalen Kräfte gegen eine Stärkung der europäischen Kompetenzen und deren Finanzierung.

Aufgrund der ungenügenden Mittel für die Wirtschaftspolitik auf EU-Ebene wird in absehbarer Zeit die Koordination der Budgetpolitik der Mitgliedsländer ein wichtiges Element einer gemeinsamen europäischen Politik bleiben. Als Instrument für diese Koordinierung wurde 1999 der Pakt für Stabilität und Wachstum geschaffen. Er betont die Notwendigkeit der Abstimmung der nationalen Budgetpolitik: Wenn ein Mitgliedsland der Währungsunion hohe Defizite macht, dann steigen in diesem Land die Verbraucherpreise und die Zinsen. Aufgrund der engen Verflechtung der Güter- und Kapitalmärkte in der EU bedeutet das jedoch gleichzeitig steigende Preise und Zinsen auch in den anderen Ländern. Koordinierung soll diesem Problem begegnen. Budgetdefizite führen allerdings nur dann zu Preis- und Zinserhöhungen, wenn eine Situation der Vollauslastung der Kapazitäten und Vollbeschäftigung der Arbeitskräfte besteht. In diesem Fall ist die Verhinderung zusätzlicher Defizite tatsächlich ein gemeinsames EU-Interesse.

Befindet man sich hingegen in einer Situation unterausgelasteter Kapazitäten und hoher Arbeitslosigkeit (wie die EU seit dem Jahr 2001), so haben die Mitgliedsländer Interesse an Konjunkturimpulsen etwa in Form von öffentlichen Investitionen. Einzelne Mitgliedsstaaten könnten davor zurückschrecken, denn sie müssen die Konjunkturimpulse finanzieren, die in einer verflochtenen Wirtschaft auch allen anderen Ländern zugute kommen. Dies verlangt nach Koordination. In der Wirtschaftskrise muss der Stabilitätspakt zu einem Instrument der ge-

meinsamen Konjunkturpolitik der EU werden.

Stärkere Koordination der EU-Politik ist auch im Bereich der Steuerpolitik notwendig. Derzeit gibt es in wenigen Steuerbereichen eine Koordinierung. Diese betrifft die Bemessungsgrundlage und Mindestsätze von acht Prozent bzw. 15 Prozent für die Mehrwertsteuer, so wie eine Kooperation zwischen den Mitgliedsländern in Bezug auf die Zinsertragsbesteuerung. Am meisten fehlt eine Koordination im Bereich der Besteuerung von Unternehmensgewinnen. In diesem Bereich findet ein besonders intensiver Steuerwettbewerb statt und die Unternehmen haben selbstverständlich überhaupt kein Interesse an gemeinsamen EU-Vorgaben, sie profitieren davon, wenn die Staaten mit immer neuen Steuerbegünstigungen versuchen, Investitionen anzulocken. Diese Mittel fehlen in den Budgets für andere notwendige Ausgaben. Der Steuerwettbewerb ist ein zentrales Element des neoliberalen Versuchs, den Wohlfahrtsstaat zu beschneiden. Nur eine bessere EU-Kooperation kann diesem Problem begegnen. Derzeit gibt es immerhin Bemühungen, die Bemessungsgrundlage der Körperschaftsteuer zu vereinheitlichen. Vorstellbar wäre, die Körperschaftsteuer (KöSt) im Sinn einer Mindeststeuer auf die EU-Ebene zu transferieren und daraus die Finanzierung der Union zu bestreiten. Die Nationalstaaten könnten dann

Aufschläge auf die EU-KöSt erheben. Dies würde die latente Tendenz zur Verringerung der Gewinnbesteuerung in der EU stoppen, die Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen im Binnenmarkt vereinheitlichen und die öffentlichen Finanzen stabilisieren.

Nationalstaatliche Budgetpolitik kann auch innerhalb Europas und in gewissen Grenzen offen für Wettbewerb sein. Die Bürgerinnen und Bürger bringen in ihrer Bereitschaft, Steuern zu zahlen, ihre Präferenzen für Ausmaß und Qualität des Gemeinwesens zum Ausdruck. Dabei stehen einander grundsätzlich zwei Modell gegenüber: Das neoliberale Modell möchte die Abgabenlast der Bevölkerung möglichst stark verringern. Dies bedingt eine Kürzung öffentlicher Leistungen und Sozialtransfers. Das Europäische Sozialmodell steht für öffentliche Dienstleistungen, die allen Bewohnern zugute kommen und hohe Qualität aufweisen, sowie einen umverteilenden Sozialstaat. Das bedingt ein relativ hohes Abgabenniveau.

#### **Markus Marterbauer**

Experte für Konjunktur und Makroökonomie am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO)

# Veranstaltungsreihe am ipw: „Die österreichische EU-Präsi- dentschaft im 1. Halbjahr 2006“

Von Tina Olteanu

Die österreichische EU-Ratspräsidentschaft ist nun im vollen Gange und kann in den Funk-, Fernseh- und Printmedien verfolgt werden. Doch bevor der Startschuss am 1. Jänner 2006 fiel, konnten sich Interessierte bereits vom 21. - 24. November 2005 eingehend über diverse Aspekte der zweiten österreichischen Ratspräsidentschaft informieren und mit VertreterInnen aus unterschiedlichen Ministerien diskutieren. Diesen Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis hat nicht zuletzt Elsa Hackl ermöglicht, die diese Veranstaltungsreihe am Institut für Politikwissenschaften organisierte. So standen Ralph Scheide (BMAA), Christian Seiser (BMBWK), Kurt Bayer (BMF) und Hubert Heiss (BKA) nach kurzen Einführungsvorträgen den TeilnehmerInnen Frage und Antwort. Dabei zeigten sich einige rote und einige lose Fäden, die hier nun aufgerollt werden sollen.

Während die ModeratorInnen und TeilnehmerInnen immer wieder das Wort „Krise“ in Bezug auf die EU im Munde führten, insbesondere in Hinblick auf den vorerst gestoppten Verfassungsprozess, die Skepsis der BürgerInnen gegenüber der EU und die schwierigen Budget-Verhandlungen unter der britischen Ratspräsidentschaft, waren die ReferentInnen doch wesentlich optimistischer. So verwies Ralph Scheide darauf, dass die Geschichte der EU auch eine Geschichte der Krisen sei, die aber gleichzeitig immer „weitere Schritte nach vorne“ bedeuteten.

Viel diskutiert wurde die Frage von Pflicht und Kür während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft. Die Rolle des Agenda-Setters hat der EU-Ratspräsident ohnehin nur eingeschränkt. Insbesondere in Bezug auf spezifisch österreichische Interessen ist der Handlungsspielraum minimal. Vielmehr liegt es in der Natur dieser Funktion, als Mittler aufzutreten und Kompromisse zu erwirken, wie die ReferentInnen einhellig betonten. So ist die Agenda überwiegend klar gesteckt, etwa in Bezug auf die Entscheidung über den Beitritt Bulgari-

en und Rumänien zur EU 2007 bzw. 2008 oder die Verabschiedung der Dienstleistungsrichtlinie und die Mahnung/Sanktionierung der den Stabilitätspakt verletzenden Länder.

Vieles, was Christian Seiser mit Begeisterung in Bezug auf das 7. Rahmenprogramm für die Forschung vorstellte, hing damals noch unter dem Damokles-Schwert des noch nicht verabschiedeten Budgets. Inzwischen wissen wir, dass anstatt der 76 Mio. Euro 72 Mio. Euro in den Bereich fließen. Eine besondere Neuerung ist die Bereitstellung von Finanzmitteln für die Grundlagenforschung.

In der Außenpolitik liegen Pflicht und Kür eng beieinander. So muss vor allem auf aktuelle Ereignisse reagiert werden, während parallel dazu die Europäische Nachbarschaftspolitik Perspektiven der Kooperation von Staaten mit der EU eröffnet, ohne zwangsläufig in einen Beitrittsprozess zu führen, wie Ralph Scheide ausführte. Auch die fest gefahrene Situation auf dem Westbalkan wird in der österreichischen Ratspräsidentschaft thematisiert und soll durch einen Westbalkan-Gipfel neuen Antriebs erhalten.

Die europäische Verfassung hingegen gehört zur Kür. Zwar stehen die Chancen nicht gut, dass die Phase der „Reflexion“ über die Verfassung während der österreichischen Präsidentschaft beendet wird, doch sollen hier einige Impulse initiiert werden, wie die Konferenz „Sound of Europe“ im Jänner 2006 in Salzburg verdeutlicht, in der die europäische Identität und europäische Werte diskutiert werden.

Die ReferentInnen vermittelten ebenfalls einen guten Einblick in den bürokratischen Apparat und die Entscheidungsstrukturen im Hintergrund. Die EU-Verwaltung wurde sehr plastisch, ja fast erlebbar dargestellt und problematisiert. Auf Kritik verzichteten die RednerInnen allerdings nicht. So verwies Kurt Bayer auf die „zu langen Prozesse für wirtschaftliche Entscheidungen“, die der Architektur der EU

inne wohnen.

Rom, Lissabon, Bologna, Barcelona, Amsterdam: Was sich auf den ersten Blick anhört, wie ein europäischer Städtereisenkatalog, ist jedoch das Koordinatensystem bedeutsamer Entscheidungen innerhalb der Europäischen Union. Es wird sich zeigen, ob Wien oder Salzburg in Zukunft hier in einem Atemzug ge-

nannt werden, obwohl, so scheinen sich alle ReferentInnen einig, eher die Pflicht als die Kür bei dieser Ratspräsidentschaft im Vordergrund steht.

**Tina Olteanu**

Redaktionsmitglied und Assistentin am ipw

# Graduiertenzentrum an der Fakultät für Sozialwissenschaften

Von Thomas König

In dem politischen Hickhack um Großprojekte wie zuletzt die Eliteuniversität in Gugging (oder sonst wo) gehen die Entwicklungen im Bereich der Verbesserung postgradualer Ausbildung medial unter. Zugegeben handelt es sich dabei nicht um so spektakuläre Ereignisse (sowohl, was die genannten Summen, als auch, was die Erwartungshaltung betrifft), allerdings sind es gerade die für die Sozialwissenschaften wichtigen kleinen Erfolge, die zählen (zumal sie in den Großprojekten selten genug mitgedacht werden).

Bekannt ist, dass das Problem mangelnder postgradualer Ausbildung in Österreich mittlerweile nicht nur erkannt wird, sondern auch Schritte zu seiner Behebung unternommen werden. Zu einem der kleinen, aber maßgeblichen Erfolge gehört nun die neue Errichtung eines Graduiertenzentrums an der Fakultät für Sozialwissenschaften. Es stellt eine Art Pilotprojekt zur Selbstorganisation, Vernetzung und Förderung wissenschaftlichen Nachwuchses dar und wird zunächst auf die Dauer von drei Jahren eingerichtet.

Oberstes Ziel ist es, studentische Initiativen aufzugreifen und zu fördern. Die Idee hinter diesem bottom-up Konzept: dass die Studierenden, gemeinsam mit ihren BetreuerInnen, selbst am besten wissen, wo die postgraduale Ausbildung verbessert gehört. Dass sie aber auch selbst die Möglichkeit erhalten, Erfahrung bei der Konzeption wissenschaftlicher Tagungen, Konferenzen, sowie bei Projekteinreichungen zu sammeln. Dazu wird das Graduiertenzentrum eine kommunizie-

rende Funktion im Zusammenspiel mit den Forschungsschwerpunkten der Fakultät einnehmen und mit dem noch einzurichtenden Methodenzentrum kooperieren.

Die Erwartungen an das Graduiertenzentrum sind gleichfalls hoch: So wird das Graduiertenzentrum bereits in den Zielvereinbarungen des Rektorats mit den Fakultäten als besonders innovatives Projekt vorgestellt. Vor dem Hintergrund, dass im Doktoratsstudium immer mehr die Schere zwischen professionalisierten „research doctorates“ und nebenberuflichen „professional doctorates“ aufzugehen scheint, ist die Förderung studentischer Selbstinitiative ein entscheidendes Instrument zur Vermittlung zwischen beiden Extremen. Sie ist jedenfalls auch von der Einsicht getragen, dass in den Sozialwissenschaften Kleinprojekte einen besonderen Stellenwert einnehmen und im Rahmen eines Forschungsdoktorats aller Unterstützung in Fragen der methodischen, theoretischen und forschungspraktischen Aus- und Fortbildung bedürfen.

**Thomas König**

Doktorand am ipw

**Website:**

<http://www.univie.ac.at/doktorat-sowi/>

# Studienmotivation und Karriereplanung von erstsemestrigen Studierenden der Politikwissenschaft

Von Hans-Georg Heinrich

## Einführung

Diese Analyse versucht, die Studienmotivation, die politische Weltsicht und die subjektiven Berufsvorstellungen von StudienanfängerInnen der Politikwissenschaft zu erheben. Als Datengrundlage dienten Kurzaufsätze, die von TeilnehmerInnen der Informationsveranstaltung im Oktober 2005 als Teilnahmenachweis verfasst wurden. Für die Inhaltsanalyse und die text-mining-Prozeduren wurde das Programm simstat/wordstat verwendet. Dieses Programm legt der Inhaltsanalyse die Häufigkeit des Auftretens bestimmter Schlüsselworte (keywords) in den zu analysierenden Texten zugrunde. Das ermöglicht eine Analyse nach Kategorien (Kreuztabellierungen), die Anwendung von Cluster- sowie Co-Occurrence-Prozeduren und bei geeigneten Daten auch von komplizierteren statistischen Verfahren. Die Mischung aus qualitativen und quantitativen Verfahren bietet die Möglichkeit einer Kreuzvalidierung und überdies werden nur dadurch einige relevante Fragestellungen sichtbar (z.B. warum mehr Männer als Frauen diese Lehrveranstaltung besucht haben). Selbstverständlich wurde die Anonymität der TeilnehmerInnen beachtet und garantiert.

## Kontext

Wie aus dem Universitätsbericht 2005 (bm: bwk) hervorgeht, hat Bildung – und vor allem Hochschulbildung nach wie vor hohen Stellenwert in Österreich. Das belegen schon die Inskriptionsziffern, die nach einem kurzen Einbruch nach Einführung der Studiengebühren stark anstiegen und jetzt um mehr als 10 Prozentpunkte höher liegen als 1995/96. Auch die AbsolventInnenquote bei den höheren Schulen stieg bis auf fast 40% des jeweiligen Jahrganges, genauso wie die Übertrittsquote der MaturantInnen an die Hochschule (49%). Nach wie vor stammen die meisten Studierenden aus Mittelschichtfamilien (36% der Mütter

und 34% der Väter der Erstzugelassenen waren im WS 2002 Angestellte des nicht-öffentlichen Bereichs. Dazu kommen noch 25% der Väter und 21% der Mütter, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehen. Der Anteil von Eltern, die nur Pflichtschulabschluss haben, liegt etwas über 30%). Ein Drittel der Erstzugelassenen hatte im WS 2004/05 eine andere als österreichische Staatsbürgerschaft. Der Frauenanteil an allen Studierenden in Österreich betrug im WS 2004 53% und bewegte sich zwischen 80,1% (Veterinärmedizin Wien) und 18,7% (Technische Universität Graz) mit einer deutlichen Häufung bei den medizinischen Studienrichtungen (jeweils etwas über 60%) und den Humanwissenschaften. Die Universität für Bodenkultur Wien (mit ihrer gemischt technisch-sozialwissenschaftlichen Studiencharakteristik) weist einen Frauenanteil von 43,5% an den ordentlichen Studierenden auf.

Was die Fachhochschulen betrifft, besuchten die meisten Studierenden im Wintersemester 2001 Studiengänge des Fachbereichs Technik (45%), gefolgt von wirtschaftlichen Studiengängen (39%). Rund acht Prozent der Studierenden entschieden sich für den Fachbereich Medien, weitere vier Prozent für Tourismus und der Rest für soziale und sonstige Fachhochschul-Studiengänge. Die Frauen stellten insgesamt ein Drittel aller Studierenden und waren in den Studiengängen Soziales sowie Tourismus überrepräsentiert (79 bzw. 71%). In den Studiengängen der Fachrichtung Medien waren sie zu 41% vertreten, hingegen im Bereich Technik nur zu rund 15%.

Nach der Zusammensetzung der Studierenden weist das Studium der Politikwissenschaft an unserem Institut (die hier verarbeiteten Daten erlauben keine Rückschlüsse auf andere Standorte) einige Besonderheiten auf.

## Das Sample

Von insgesamt ca. 450 eingesandten Beiträ-

gen wurden 200 Einsendungen mittels einer Zufallsauswahl der Analyse unterzogen. Gegenüber der studentischen Grundpopulation in Österreich hat die Studienrichtung Politikwissenschaft offensichtlich einige Besonderheiten: Wie zu erwarten, entsprach der Altersschnitt der TeilnehmerInnen dem Typ der Lehrveranstaltung, die Verteilung nach Geschlechtern hingegen nicht dem Durchschnitt der allgemeinen StudentInnenpopulation. Der Anteil der ausländischen StudienanfängerInnen lag bei 20%, also niedriger als im Universitätsdurchschnitt. Nach den ÖsterreicherInnen kommen die stärksten Gruppen aus Deutschland, Polen und Slowenien.

In Übereinstimmung mit dem traditionellen Muster an unserem Institut (und mit der Siedlungsstruktur in Österreich) stammen die relativ meisten StudienanfängerInnen (48%) aus Kleinstädten. Fast zwei Drittel sind trotz (oder wegen?) der relativ hohen Studiengebühren nicht berufstätig.

### Studienmotivation

Überwiegend wird das Studium nicht als Brotstudium gesehen, sondern auf bestimmte prägende Erfahrungen Bezug genommen, die zum Interesse an der Politik führten. Häufig wird der Einfluss des Elternhauses betont. Das geht bereits aus der Häufigkeitsauszählung der keywords POLITISCHESINTERESSE, THEORIE und POSITIVREFERENZ hervor, die zusammen 46% aller Nennungen ausmachen.

Zu beachten ist, dass die hier beschriebenen Motive natürlich die nach außen hin bekannt gegebenen und bewussten Beweggründe für das Ergreifen des Studiums der Politikwissenschaft sind. Sie sind selbstverständlich ernst zu nehmen, aber das schließt das gleichzeitige Vorhandensein anderer, „inoffizieller“ Motive (z.B. leichtes Studium, Freund oder Freundin studieren ebenfalls PW u.dgl.) nicht aus. Solche „inoffiziellen“ Angaben wurden nur in einigen wenigen Fällen gemacht (vgl. unten). Typische Beschreibungen des Interesses an der Politik als vorrangige Motivation zum Studium lauteten z.B.: „Ich gehe davon aus, dass das Studium nicht nur befähigt zu recherchieren, zu schreiben und zu exzerpieren, sondern um es überzogen und vielleicht ein bisschen philosophisch auszudrücken, befähigt, die Welt zu verstehen“ (männlich, 20 Jahre, österr. Kleingemeinde); „Für mich ist das Studium der Politikwissenschaft so etwas wie eine Berufung. Durch die Tatsache, dass ich das Glück habe, in Österreich geboren zu sein, dass mir durch die finanzielle Lage meiner Eltern alle Bildungswege offen stehen, dass ich unter keinem Druck stehe, schnell mein eigenes Geld

verdienen zu müssen, will ich etwas zurückgeben! An Menschen, die nicht auf die Butterseite des Lebens gefallen sind!“ (weiblich, 19, österr. Kleingemeinde).

Typische Negativreferenzen sind etwa: „Besonders interessieren mich dabei die Beziehungen zwischen Ökonomie und Gesellschaft, die Frage der Konsenssicherung durch die Herrschenden und Antisemitismus als soziale Funktion des Kapitalismus“ (weiblich, Landeshauptstadt, nicht berufstätig); „Das zweite einschneidende Erlebnis war im Jahr 2000, als die Schwarz-Blau Koalition beschlossen wurde und ich wie viele andere nach der Schule zum Ballhausplatz fuhr, um meinen Unmut darüber zu äußern“ (männlich, Wien, 24, nicht berufstätig).

Typische Positivreferenzen: „Doch durch das Beschäftigen mit solchen Problemen im letzten Semester entstand in mir immer mehr der Wunsch und das Bedürfnis, einfach mehr zu verstehen. Vor allem das Warum und Wieso. Und natürlich ist es auch ein sehr wichtiger Aspekt beim Erlangen einer kritischen Meinung bzw. Ansicht, dieses Warum und Wieso von Politik zu verstehen“ (männlich, Wien, berufstätig, 21).

Für einen großen Teil der Studierenden steht die Kritik des Bestehenden und die Frage nach Alternativen im Vordergrund. Eine typische Aussage lautet: „Durch Politik kann eine Gesellschaftsveränderung, möglicherweise sogar eine wichtige Verbesserung, herbeigeführt werden und jeder kann durch das allgemeine Wahlrecht an Entscheidungen teilnehmen. Daher hoffe ich, dass ich mir während meines Ausbildungsweges viel Hintergrundwissen aneigne, damit ich später nicht nur im beruflichen sondern auch im privaten Bereich Nutzen aus meinem Studium ziehen kann und zu einem kritischen Wähler werde.“ (männlich, 19, Landeshauptstadt, nicht berufstätig).

Eine Schlüsselvokabel stellt das Wort „Durchblick“ dar. Man erwartet sich vom Studium, dass man mehr weiß und mehr versteht als die DurchschnittsbürgerInnen. Darin kann sich durchaus auch eine elitäre Komponente manifestieren: „Letztlich war es auch der Wunsch in einem komplexen Feld, das alle Menschen betrifft und mehr oder weniger ihr Leben regelt und bestimmt, mehr Durchblick zu erhalten. Politisiert wird in Österreich zwar in jedem Wirtshaus, aber um wirklich zu verstehen und das ganze zu durchschauen reicht es nicht sich im politischen Teil von Tageszeitungen oder „NEWS“ zu informieren“ (weiblich, 20, Landeshauptstadt, nicht berufstätig).

Auch der Standort Wien spielt eine Rolle, wie

der folgende Beitrag zeigt: „Für Wien und somit die Uni Wien hab ich mich aus den verschiedensten Gründen entschieden. Erst einmal ist Wien die einzige Stadt in Österreich, die sich annähernd eine Großstadt nennen darf. Schon das allein übt auf einen Jungen aus der Provinz eine fast magische Anziehungskraft aus. Sodann ist die Bundeshauptstadt mit all ihren staatlichen aber auch internationalen Einrichtungen (allen voran die UNO-City) sicher ein äußerst interessanter Ort mit etlichen Möglichkeiten für Politikwissenschaft Studierende. Des Weiteren ist es in Österreich nur an der Uni Wien möglich, Arabistik zu studieren. Der wohl allerwichtigste Grund ist aber, dass meine Freundin eine Wienerin ist“.

### **Vorstellungen über künftige Berufstätigkeit**

Wie in allen GeneralistInnenstudien und dem Durchschnittsalter entsprechend stehen Karriereplanung und Vorstellungen über mögliche Berufe nicht im Vordergrund. Tendenziell sind allerdings die Berufsvorstellungen bei den Frauen konkreter, z.B.: „Nämlich mein Wissen über und meine Kenntnisse von Politik zu erweitern, zu vertiefen und zu intensivieren, um später als Auslandskorrespondentin tätig sein zu können. Politikwissenschaften als Hauptfach, Philosophie und Jura als freie Wahlfächer, dazu ein oder zwei Sprachen sollen die gefestigte Basis bilden. Mein journalistisches Können werde ich durch Nebentätigkeiten bei Zeitungen und anderen Medienunternehmen verbessern, was in einer Stadt wie Wien möglich sein dürfte“ (weiblich, Kleinstadt, nicht berufstätig, 19). Dagegen schreibt ein „typischer männlicher“ Student: „Das Fach Politikwissenschaften scheint sich mir gegenüber durch eine interessante Vielfältigkeit der Berufsfelder auszuzeichnen. Es ist sowohl möglich in großen internationalen Institutionen, wie zum Beispiel der UNO oder verschiedenen NGO`s, zu arbeiten als auch die lehrende Rolle zu übernehmen und im Bereich der politischen Bildung für Jugendliche tätig sein. Aus

diesem großen Rahmen der Berufsfelder ist es für mich sehr gut denkbar mit besonderen Bezug auf mein großes Interesse an Sprachen und Medien dieses mit dem Wissen über Politik zu kombinieren. Im Bereich der Medien wäre für mich eine Tätigkeit als Korrespondent gut vorstellbar“ (männlich, Kleingemeinde, 20, berufstätig).

### **Zusammenfassung**

Bereits aus früheren Untersuchungen wissen wir, dass das Studium der Politikwissenschaft zumindest von StudienanfängerInnen als Emanzipationshilfe gesehen und erlebt wird. Das hängt auch mit der Tatsache zusammen, dass das Studium vor allem junge Menschen aus Kleinstädten und Dörfern anzieht. Der dominante StudentInnentyp kann mit den Attributen hochmotiviert, idealistisch, interessiert, aktiv und zur Parteinahme neigend beschrieben werden. Etwas verkürzt gesagt erwartet man sich vom Studium keine neutrale Information, sondern Argumente für eine bessere Welt.

Ganz überwiegend wird Politikwissenschaft nicht als Brotstudium gewählt. Politisches Interesse und soziales Engagement sind die Hauptmotive, weswegen dieses Studium ergriffen und betrieben wird. Ein starker Idealismus, der bis zu ideologischen Feindbildern führt, ist eine Folge dieser Motivation. Im Vergleich zu den Männern haben die Frauen relativ klare Vorstellungen über eine mögliche Berufslaufbahn. Das hängt vorwiegend mit der regionalen und sozialen Herkunft zusammen: Für die Frauen ist das großstädtische Milieu charakteristisch, während bei Männern der Einfluss des kleinstädtischen Hintergrunds sichtbar ist.

**Hans-Georg Heinrich** ist Professor für Politikwissenschaft am ipw im Ruhestand, der aber dem Institut und der Disziplin nach wie vor verbunden ist.

# Anna Durnová im Porträt



Foto: Chris Dematté

Im Rahmen der interdisziplinären Forschungsplattform „Life-Science-Governance“ ist seit Oktober 2005 Anna Durnová als Assistentin in Ausbildung an unserem Institut beschäftigt. Die Plattform, die unter der Leitung von Herbert Gottweis am Institut für Politikwissenschaft angesiedelt ist, beschäftigt sich mit Biopolitik – also mit Themen der „politics of life“ wie Biobanken, Stammzellenforschung und Genomforschung. Das Ziel von Forschungsplattformen – eine seit vergangenem Jahr neuartige Einrichtung an der Uni Wien – ist die Vernetzung von wissenschaftlichen Disziplinen, die traditionell unabhängig voneinander forschen. Konkret strebt „Life-Science-Governance“ den Austausch zwischen naturwissenschaftlicher und sozialwissenschaftlicher Forschung an, was insbesondere durch Konferenzen, Workshops und Projekte ermöglicht werden soll.

Anna Durnová (1980 in Brünn geboren) absolvierte im zweifachen Sinne ein Doppelstudium, da sie parallel einerseits französische und deutsche Philologie in Brünn und andererseits Politikwissenschaft in Wien studierte. Ihren ersten „Kontakt“ zu Wien hatte Durnová während der Schulzeit, als sie zwecks Spracherlernung ein Auslandsjahr an einem Wiener Gymnasium verbrachte und nach der Matura in Brünn auch die Matura in Wien machte. Bei der Herausforderung, zwei Studien in zwei Städten unter einen Hut zu bringen (die Koordination von Stundenplänen, Präferenzen

## Von Katharina Zahradnik

und Zugabfahrtszeiten) kam ihr, wie sie erklärt, die unterschiedliche Semestereinteilung in Tschechien und Wien ein wenig entgegen. 2002/03 studiert Durnová ein Jahr lang in einem dritten Land – diesmal in Frankreich, an der Pariser Sorbonne.

Eigentlich sei am Studienanfang für sie nicht festgestanden, dass sie tatsächlich beide Studien abschließen würde, da sie anfangs die Politikwissenschaft eher in Ergänzung zur Sprachwissenschaft und „lediglich“ aus Interesse studiert habe. Den Anstoß dazu, doch auch in der Politikwissenschaft eine Diplomarbeit zu verfassen, gibt ein Forschungspraktikum von Herbert Gottweis im Sommer 2004 zum Thema „Sprache und Politik“. Hier entdeckt Durnová erstmals ihr Interesse dafür, anhand sprachwissenschaftlicher Methoden politikwissenschaftliche Fragestellungen zu bearbeiten. Daraufhin beginnt Anna Durnová ihre Tätigkeit als Studienassistentin bei Herbert Gottweis.

In ihrer Diplomarbeit untersucht Durnová anhand einer von Dominique Maingueneau entwickelten sprachwissenschaftlichen Methode die 2004 in Frankreich anlässlich der Entwicklung eines Gesetzes aktuelle Debatte um die Zulassung von Sterbehilfe. Bei den Vorbereitungen zur Arbeit befasst sie sich mit philosophischen Texten von Bio- und MedizinethikerInnen und führt Interviews mit ÄrztInnen und Abgeordneten. Im Zuge dessen fällt ihr auf, dass der Diskurs um die Regulierung von Sterbehilfe immer wieder um ambivalente moralisch-ethische Prämissen kreist. Eine normative Bewertung dessen, ob Sterbehilfe richtig oder falsch sei klammert Durnová, wie sie betont, in ihrer Arbeit bewusst aus. Vielmehr habe sie die Frage danach interessiert, welche moralisch-ethischen Prämissen seitens PolitikerInnen, öffentlicher Initiativen und auch in den Medien in der Debatte um die Zulassung von Sterbehilfe argumentativ eingesetzt werden und sich schließlich durchsetzen. Bei ihrer Dissertation befindet sich Anna Durnová erst am Anfang – Fest steht jedoch, dass sie bei den so genannten „end-of-life-issues“ bleiben wird.

### Katharina Zahradnik

Redaktionsmitglied und Studienassistentin am ipw

# Albert Kraler: „Ruanda ist das große Thema für mich“

Von Markus Wolschlager



Seit dem vergangenen Wintersemester 2005/06 ist Albert Kraler im Rahmen einer so genannten S1-Assistenzstelle an unserem Institut tätig, manche kennen ihn vielleicht bereits aus seiner früheren Tätigkeit als Tutor bei Eva Kreisky. Gemeinsam mit Ilker Ataç nimmt er nun die Assistenzstelle als Karenzvertretung von Petra Purkarthofer wahr.

Albert Kraler ist am 8. September 1974 in Brixlegg (Tirol) zur Welt gekommen und begann nach der Matura am Gymnasium 1994 das Studium der Politikwissenschaft sowie Afrikanistik in Wien. „Ich wollte zum Studium nach Wien gehen. Politikwissenschaft war klar, weil mich Politik und politische Theorie ‚immer schon‘ interessiert haben. Als Ausgleich zu einem als Massenstudium bezeichneten Powi-Studium, suchte ich mir eine Richtung mit weniger Studierenden. Griechisch, Latein und Sinologie standen kurzzeitig in der engeren Auswahl. Afrikanistik ist es letztlich deshalb geworden, weil es am wenigsten philologisch ausgerichtet war, dennoch aber eine sozialwissenschaftliche Arbeitsweise möglich ist“, erzählt Kraler. Noch heute schätzt er die Distanz und Ungebundenheit, die durch diese pragmatische Studienwahl entstanden ist. Da Afrikanistik nicht aus persönlichen Bekanntschaften oder prägenden Afrikareisen gewählt wurde, fühlt er sich in der laufenden wissenschaftlichen Arbeit persönlich freier in der Auseinandersetzung mit der Thematik.

Und die Auseinandersetzung mit afrikanischen Themen, konkret mit Ruanda, begleitet ihn

nun schon einige Jahre. Kraler erklärt, wie er für sich auf Ruanda gekommen ist: „Für mich ist seit vielen Jahren Ruanda das große Thema. Ende der neunziger Jahre gab es in Wien einen Kongress zu Ruanda und einer der Mitorganisatoren fragte mich als Afrikanistik-Student, ob ich einen Buchbeitrag über die mediale Darstellung des ruandischen Genozids schreiben würde.“ Dieser Beitrag ist 1999 im Böhlau-Verlag publiziert worden (Bernhard Schneider und Richard Jochum [Hg.]: „Erinnerungen an das Töten“), doch das war für Kraler erst der Beginn der Beschäftigung rund um den Völkermord in Ruanda, wo 1994 ohne größere Beachtung der Weltbevölkerung etwa 800.000 Menschen ums Leben kamen; der größte politische Mord seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

2001 schloss Kraler das Politikwissenschaftsstudium mit einer Diplomarbeit zu „Integration und Ausschluss. Staatsbildung, Ethnizität und Stratifikation in Ruanda“ bei Eva Kreisky ab. Nun arbeitet er an seiner Dissertation bei Rainer Bauböck und Eva Kreisky. Während es bei seiner Diplomarbeit noch um allgemeine Zusammenhänge wie Staatenbildung ging, soll die Dissertation nun ein Bindeglied zwischen den Themen der Diplomarbeit und dem Völkermord sein. Kraler: „Ich will mir nicht anmaßen, über den Völkermord von 1994 zu forschen, was also die Vorgänge in Ruanda betrifft. Mir geht es um die Geschichte der Tutsi-Flüchtlinge in angrenzenden Staaten, wo eine politische Diaspora-Bewegung entstanden ist, welche eine Rückkehr zum Ziel hatte und hat.“ Er war bereits auf Forschungsreisen in Ruanda, sprach mit ehemaligen Flüchtlingen über ihr Leben im Exil und den Status, den sie in den Aufnahmeländern hatten, sowie über Gründe zur Mobilisierung der Rückkehr nach Ruanda. Bereits von 1959 bis 1964 gab es eine große Fluchtwelle von Tutsis, nach dem Genozid von 1994 ist ein Großteil der zweiten Generation wieder zurückgekehrt. Tutsis gelten im Gegensatz zu den Hutus als sozial höhergestellte, gewissermaßen aristokratische Schicht.

Für seine Forschungstätigkeit haben ihn vor allem Quentin Skinner, Michel Foucault und Louis Althusser geprägt. Er arbeitet auch gerne mit dem Paradigmenbegriff und fragt in diesem Zusammenhang, warum die Wissenschaft zu bestimmten Zeiten bestimmte Paradigmen anwendet, gegenwärtig etwa, warum in der Migrationsforschung ständig von Integration gesprochen wird. Bei Foucault schätzt er den Zugang über Cultural Studies und Diskursanalyse. Entscheidend sind hier für Kraler die langfristigen Diskurse, die Gesellschaften über längere Zeit hinweg prägen.

Welchen Ratschlag der Jungwissenschaftler interessierten KollegInnen geben kann? Kraler rät vor allem zum frühzeitigen Einstieg über Projektarbeiten: „Projekte sind ein gutes Einstiegsticket in die Wissenschaft. Man sollte nicht davor zurückschrecken, selber Projektanträge zu formulieren, selbst wenn die Chancen nicht allzu hoch sind.“ Der Nachteil besteht für ihn jedoch darin, dass Projektarbeit meist von Diplom- oder Doktorarbeiten abhalten und damit paradoxerweise wieder ein Stückchen weit weg von anerkannten Qualifikationsarbeiten führen.

### **Markus Wolschlager**

Redaktionsmitglied und Student am ipw

## **Preis des ÖGPW für Dr. Georg Spitaler**

Die Österreichische Gesellschaft für Politikwissenschaften (ÖGPW) vergibt zweimal pro Jahr einen Nachwuchspreis für je zwei Diplomarbeiten und eine Dissertation. Dieses Jahr ging der Preis an Dr. Georg Spitaler, Lektor am ipw, für seine Dissertation: „Mediensport und Symbolische Politik in Österreich. Populistische Artikulationen und die Ressource ‚authentischer‘ Vertretung“. Dr. Spitaler meint, es sei zwar nicht der Nobelpreis, er freue sich aber sehr. Wir freuen uns mit ihm.  
Herzlichen Glückwunsch,  
die Redaktion

# Tina Olteanu

## Das Porträt einer neuen Kollegin am Institut

Von Gerti Zupanich



Tina Olteanu, Jahrgang 1975, geboren in Gütersloh, Nordrhein-Westfalen, ist seit dem WS 05/06 Universitätsassistentin in Ausbildung. Sie studierte an der Freien Universität Berlin Osteuropastudien und Politikwissenschaft. Zu ihrem Spezialgebiet wurden im Laufe des Studiums

osteuropäische Staaten und deren Demokratieverständnis. Als Erasmus-Austauschstudientin ein Jahr an der Bukarester Universität, konnte sie vor Ort ihre bisherigen Kenntnisse überprüfen, korrigieren und vervollständigen. Bukarest, für manche eine laute und unbequeme Stadt, ist für Tina Olteanu schön und liebenswert.

Nach ihrem Studiumsabschluss 2003, Diplomarbeitsthema Defekte Demokratien am Beispiel Rumänien, war sie in eine ForscherInnengruppe des Wissenschaftszentrums für Sozialforschung in Berlin eingebunden. Tina Olteanu war anfangs froh, für dieses Forschungsprojekt ein Stipendium von Sachsen-Anhalt bekommen zu haben. Was ihr fehlte war der Kontakt zur „Außenwelt“. Die Tätigkeit als Universitätsassistentin am ipw bietet ihr nun mehr Kontaktmöglichkeiten mit Studierenden. Auf eine künftige Beteiligung an einem Forschungsprojekt von Prof. Dieter Segert freut sie sich sehr.

Ihre Dissertation befindet sich zwar noch im Anfangsstadium, das Ziel steht fest, auch der Arbeitstitel: Auswirkungen der Korruption auf die Demokratien in Osteuropa. Das Thema Korruption soll ausgeweitet werden und Olteanu strebt einen Vergleich zwischen Ost und West an. „Es bestehen sowohl Unterschiede als auch Ähnlichkeiten“, meint Tina Olteanu. „Korruption im Osten ist zu einem Stereotyp des übrigen Europa geworden. Es sei wahrscheinlich, dass Korruption im Alltag dieser Länder eine sichtbarere Rolle spiele, aber die „große“, politisch oder wirtschaftlich motivierte, sei auch in der EU vorhanden. Sie wird aber als Problem an sich nicht thematisiert“. Die Ein-

holung quantitativer Daten bilden für Olteanu die Basis, um das Ost- Westgefälle besser zu beurteilen. Um einen qualitativen Vergleich in ihrer Dissertation anstellen zu können, werden viele Gespräche mit NGOs, Vertretern der politischen Parteien, der Administration und der Justiz notwendig sein. Auf das Ergebnis, festgehalten in ihrer Dissertation, dürfen wir gespannt sein.

Tina Olteanu ist gerne nach Wien gezogen und sieht in der „Überschaubarkeit“ Wiens und seinen vielen Freizeitangeboten viele Vorteile. Zuletzt im Viertel Neukölln in Berlin wohnhaft, hat sie mit Sorge bemerkt, wie sich dort unter den Bewohnern nach und nach Perspektivlosigkeit einstellte. Ihr Umzug nach Wien fiel ihr leicht, doch an kleinere Sprachunterschiede muss sie sich erst gewöhnen. (Ihre Wiener Nachbarin meint, „umziehen“ tut man a G'wand...“.)

Sie freut sich auf ihr erstes Seminar im Sommersemester 2006: „Die Qualität der Demokratie in Ost- und Westeuropa“ und die damit verbundene Zusammenarbeit mit den Studierenden. Das Hauptaugenmerk ihrer künftigen wissenschaftlichen Tätigkeit legt Tina Olteanu auf die neuen Herausforderungen, die dem Demokratiebegriff – als politische Kategorie gesehen – bevorstehen. Auch das Demokratieverständnis an sich sei einem Wandel unterworfen, sollte neu überdacht werden. Derzeit ist das westliche Verständnis von Demokratie hauptsächlich auf Rechtsstaatlichkeit aufgebaut, Qualitätsstandards und Mindeststandards bei den Sozialleistungen werden aber beispielsweise zweitrangig behandelt.

### Gerti Zupanich

Absolventin am ipw und Redaktionsmitglied

# Ilker Ataç im Porträt



**Von Katharina Zahradnik**

Seit letztem Wintersemester ist Ilker Ataç (gemeinsam mit Albert Kraler) im Rahmen einer Assistenzstelle in Karenzvertretung von Petra Purkarthofer an unserem Institut tätig. Der Ausdruck „neu am Institut“ träfe auf Ilker Ataç aber nicht richtig zu. Auch wenn Ataç die letzten Jahre in Deutschland verbracht hat, ist es nicht das erste Mal, dass ihn seine Wege nach Wien führen. Vielen wird er aufgrund seiner Tätigkeit als externer Lektor seit 2004 und seiner zahlreichen Tutorien während der Studienzeit in Wien bereits bekannt sein.

Nach der Matura an einer deutschsprachigen Mittelschule in Istanbul studiert Ataç (1975 in der Türkei geboren) zunächst ein Jahr lang in Istanbul Elektrotechnik. In dieser Zeit entdeckt er durch den Besuch von Veranstaltungen und Konferenzen zu Politischer Theorie sein Interesse für die Sozialwissenschaften, insbesondere für die Theorien der Frankfurter Schule. Vor allem die Frage nach den Zusammenhängen zwischen demokratischer und wirtschaftlicher Entwicklung und die Beschäftigung damit, wie politische Theorien das Verhältnis von Staat und Ökonomie definieren, bewegen ihn dazu, ab 1993/94 in Wien Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaft zu studieren.

Während seiner Studienzeit veranstaltet Ilker Ataç zahlreiche Tutorien bei Eva Kreisky und Sieglinde Rosenberger zu den Einführungsveranstaltungen im Bereich Politische Theorie und organisiert auch Proseminare mit, unter anderem zum Thema „politische Utopien“. 1999/00 verbringt er ein Auslandssemester in London. Zu seinem Diplomarbeitsthema motiviert ihn speziell ein Seminar von Eva Kreisky zum Verhältnis zwischen Religion und Politik, das zeitlich mit dem Erstarken des politischen Islams

in der Türkei zusammenfällt. Im Rahmen des Seminars organisiert Ataç eine Exkursion nach Istanbul und Ankara und beschliesst, sich in seiner Diplomarbeit mit dem Aufkommen des politischen Islams in der Türkei unter der theoretischen Perspektive von Antonio Gramsci zu beschäftigen, der für Ataç gut dazu beiträgt, das Aufkommen politischer Bewegungen zu erklären.

Nach seinem Studienabschluss in Wien beschliesst er das Doktorat in Deutschland zu machen, geht zunächst nach Berlin und letztlich nach Frankfurt, um bei Alex Demirovic, den er bei Gastvorträgen in Wien kennengelernt hatte, seine Dissertation zu verfassen. Seit 2002 ist Ataç nun Doktorand im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, wo er bis 2005 auch Stipendiat der Rosa Luxemburg Stiftung war.

In seiner Dissertation beschäftigt sich Ilker Ataç am Beispiel der Türkei mit der durch die Weltmarkt-Integration eines Landes bewirkten Verlagerung finanzpolitischer Entscheidungskompetenzen von nationalen EntscheidungsträgerInnen hin zu externen, internationalen AkteurInnen. Im Zentrum seiner Untersuchung steht hierbei die Frage nach den Wechselwirkungen zwischen internationaler politischer Ökonomie und der demokratiepolitischen Entwicklung des Landes.

Zu den weiteren Forschungsschwerpunkten von Ilker Ataç zählen Internationale Politische Ökonomie, Staatstheorie, EU-Erweiterung und Migration. In diesem Sommersemester hält er an unserem Institut zwei Lehrveranstaltungen, einerseits ein Proseminar zum Thema „Nachholende Entwicklung, Weltmarktintegration, Europäisierung: Osteuropa und Türkei im Vergleich“, andererseits ein Seminar zum Thema „Die Kunst des Regierens – New Governance und die Migrationspolitik (in) der EU“.

**Katharina Zahradnik**

Redaktionsmitglied und Studienassistentin am ipw

# Cash Cow Drogenbusiness

Von Meropi Tzanetakis

Warum ist das illegale Drogenbusiness ein derartig erfolgreicher Wirtschaftszweig? Wie kommt es, dass jährlich weltweit geschätzte 500 Milliarden US-Dollar mit illegalem Drogenhandel umgesetzt werden, zwei bis drei mal dessen, was eines der weltweit größten Industrieunternehmen, General Motors (1), erwirtschaften kann? Warum ist die Nachfrage nach Drogen nicht nur ungebrochen, sondern sogar im Steigen begriffen?

Um diese Phänomene zu verstehen, soll der Begriff Drogenbusiness erörtert werden. Er bezeichnet alle globalen AkteurInnen, die von der Produktion, dem Handel und dem Konsum von illegalen Drogen profitieren. Dazu zählen KonsumentInnen, Bauern und Bäuerinnen, Klein- und StraßenhändlerInnen, ProduzentInnen genauso wie WiederverkäuferInnen und GroßhändlerInnen. Die strukturelle Ebene beeinflusst das Handeln dieser Akteure, und die Struktur des illegalen Drogenmarktes wird von denselben Mechanismen geprägt, wie andere Märkte auch, nämlich Angebot und Nachfrage. Die AkteurInnen des Drogenhandels streben danach, durch ihre Preispolitik eine maximale Gewinnspanne zu erwirtschaften.

Das Drogenbusiness soll im Folgenden von der Nachfrage- und Angebotsseite beleuchtet werden, wobei der Fokus auf letzterer liegt. Auf der Nachfrageseite besteht ein gesellschaftliches Bedürfnis nach zeitweiliger Abkoppelung von der „Realität“, welches nach offiziellen Statistiken der UNO (2) tendenziell im Steigen ist. Die strukturelle Ebene der Angebotsseite lässt sich in zwei Bereiche eingliedern, in den „Wettbewerbssektor“ und in den „Sektor der Oligopole“. Der „Wettbewerbssektor“ umfasst den Bereich der Produktion von Drogen, z.B. ChemikerInnen, Bauern und Bäuerinnen, sowie den Bereich der KleinhändlerInnen und StraßendealerInnen, welche die Drogen direkt an die KonsumentInnen verkaufen. Der „Sektor der Oligopole“ erstreckt sich auf den Bereich der GroßhändlerInnen und WiederverkäuferInnen, welche die Weiterverarbeitung, den Transport und den Großhandelsverkauf der illegalen Drogen besorgen. Die Organisationseinheiten des Drogenhandels sind klein, dezentralisiert und netzwerkartig strukturiert. Diese Netzwerke funktionieren gut, da sie je nach ökonomischen, soziokulturellen und rechtlichen Gegebenheiten flexibel operieren.

Die Rahmenbedingungen für den Drogenmarkt werden von nationalstaatlicher Seite bestimmt und sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt illegal. Das bedeutet, dass in der Regel Nationalstaaten nicht regulativ eingreifen, sondern durch seine strafrechtliche Verbotspolitik versuchen, den Markt auf allen Bereichen zu unterbinden. Die dahinterstehende Logik zielt darauf ab, dass mittels Kostenbelastung infolge der Repression die Preise der Anbieter die Kaufkraft der Konsumenten übersteigen sollen und wegen der Strafen auch die sonstigen Transaktionskosten für KonsumentInnen hoch sind. Somit dürften keine Transaktionen zwischen Verkäufer und Käufer stattfinden. Alleine, an der praktischen Umsetzung dieser Logik mangelt es. Die Konsumenten zahlen, abhängig vom Suchtverhalten und dem Verlangen nach Drogen, einen maximal finanzierbaren Preis. Die Händler wissen dies und setzen den Preis dementsprechend hoch an. Bei der Preissetzung fügen sie auch einen Risikoaufschlag als Folge der Strafandrohung und -verfolgung hinzu, wodurch große Gewinne erzielt werden. Die Strafandrohung kriminalisiert zusätzlich alle Beteiligten und überlässt den Anbietern das Marktgeschehen. Insgesamt kommt es auf der strukturellen Ebene zu einer Marktkonzentration bei Großhändlern und Wiederverkäufern. Währenddessen herrscht bei Kleinhändler und Produzenten Konkurrenz. Die Konsequenz ist, dass sich wenige Anbieter im Bereich der Großhändler und Wiederverkäufer hohe Gewinnspannen teilen.

Die staatliche Drogenbekämpfung trifft zusätzlich zumeist die Bereiche des „Wettbewerbssektors“. Die Drogenproduzenten, Kleinhändler und Straßendealer sind z.B. leichter ausfindig zu machen als die Akteure der Bereiche des „Sektors der Oligopole“, wo Korruption, Geldwäsche oder Investitionen in legale Unternehmen eine zentrale Rolle spielen. Der mächtige „Sektor der Oligopole“ wird durch die repressiven staatlichen Maßnahmen nicht wesentlich am Handeln behindert, im Gegenteil profitiert er durch Risikoaufschläge von dieser Politik. Das wiederum bedeutet, dass die Illegalisierung den Drogenhandel besonders attraktiv, weil dereguliert – keine Qualitätskontrollen bei den Drogen und keine Handelsnormen – und lukrativ – da maximale Gewinnspannen erzielt werden können –,

macht. Auf diese Weise werden Millionen von Konsumenten, vor allem in den zahlungskräftigen Industrieländern von einem Herstellungs- und Vertriebsnetz versorgt, das sich quer über sämtliche Kontinente erstreckt.

Die repressiven Maßnahmen der staatlichen Exekutive sind auch auf einem anderen Bereich fragwürdig, nämlich bei den Beschlagnahmungen. Dadurch entstehende Verluste für die Drogenhändler werden auf etwa fünf bis zehn Prozent des Marktvolumens geschätzt (3). Diese haben jedoch keinerlei Auswirkungen auf eine Verknappung des Angebots an Drogen. Im Bedarfsfall werden Engpässe durch das Strecken mit anderen Substanzen ausgeglichen. Dabei besteht allerdings die Gefahr, dass auch gesundheitsgefährdende Stoffe zum Verschneiden der Drogen verwendet werden. Schließlich würden die Drogenhändler immer noch Gewinne einfahren, wenn 75 Prozent des Marktvolumens beschlagnahmt werden würden, was jedoch zur Zeit bei weitem nicht erreicht wird (4). Folglich hat der Staat mit der Repression ein eigentlich billiges Produkt Droge zu einem Millionengeschäft werden lassen und mittlerweile einen nicht kontrollierbaren Markt geschaffen.

### **Meropi Tzanetakis**

Dissertantin am ipw und Redaktionsmitglied

### **Buchveröffentlichung:**

Tzanetakis, Meropi: Der verlorene Krieg. Drogenbusiness und Staatlichkeit in Westeuropa, Marburg, 2006.

### **Fußnoten:**

(1) N.n.: Die größten Unternehmen nach Umsatz, In: [Url: http://portal.1und1.de/de/themen/finanzen/wirtschaft/hintergrund/206346.html](http://portal.1und1.de/de/themen/finanzen/wirtschaft/hintergrund/206346.html) (20.1.2006)

(2) United Nations – Office on Drugs and Crime (Hrg.): World Drug Report 2004, Volume 1: Analysis, Wien, 2004, In: [Url: http://www.unodc.org/pdf/WDR\\_2004/volume\\_1.pdf](http://www.unodc.org/pdf/WDR_2004/volume_1.pdf) (10.2.2006).

(3) Bautista, Myriam: Europas „weiße“ Weste, In: Krauthausen, Ciro (Hrg.): Koka - Kokain. Reportagen, Analysen und Dokumente aus den Andenländern, München, 1991, S.228.

(4) Wein, Joe/ Holzer, Tilmann: Drogenpolitik und Terrorismus, Pressemitteilung 4, Verein für Drogenpolitik, Mannheim, 16.10.2001, In: [Url: http://www.drogenpolitik.org/politik/pm/pm4.php](http://www.drogenpolitik.org/politik/pm/pm4.php) (21.1.2006).

# « À bas le CPE ! »

## Streiks, Protestaktionen und Großdemonstrationen in Frankreich gegen den Erstanstellungsvertrag „CPE“

- ein Überblick von Martin Mittersteiner



Seit über zwei Monaten ist Frankreich von Massendemos, Protestaktionen und Streiks gegen den CPE (contrat premier embauche), den so genannten Erstanstellungsvertrag, gezeichnet. Der CPE sieht eine zweijährige Frist vor, innerhalb der ArbeitnehmerInnen bis zum Alter von achtundzwanzig Jahren ohne Angabe von Gründen jederzeit mit 15-tägiger Frist entlassen werden können. Bereits im August 2005 wurde mit dem CNE (contrat nouvelles embauches) ein ähnlicher Vertrag für Kleinunternehmen bis 20 MitarbeiterInnen geschaffen. Mit dem CPE soll dieses Modell auf Mittel- und Großunternehmen ausgedehnt werden. Regierungschef De Villepin sieht darin eine effiziente Lösung für das Problem der Jugendarbeitslosigkeit und hat inzwischen seine politische Zukunft an die Verwirklichung des CPE geknüpft: Sollte das Gesetz nicht durchgehen, werde er als Premierminister zurücktreten.

Anfangs von der gesamten Regierung und Präsident Chirac unterstützt, sind mittlerweile nicht nur einige Parlamentsabgeordnete der Mehrheitspartei UMP (Union pour une majorité présidentielle) auf Grund der anhaltenden

Proteste für eine Überarbeitung des CPE. Auch innerhalb der Regierung gibt es erste Abtrünnige. Der prominenteste unter ihnen ist Innenminister und UMP-Chef Sarkozy – bekannt und umstritten wegen seiner unsensiblen Reaktionen auf die Unruhen in den französischen Vorstädten im vergangenen Winter. Er schlug vor kurzem die völlige Abkehr von den CPE-Plänen vor. Chirac hat das Gesetz zwar unterzeichnet, hat sich aber ebenfalls für eine Lockerung und Verhandlungen mit ArbeitnehmerInnenvertretungen ausgesprochen. Ursprünglich wurde das Gesetz im Eiltempo ohne Gespräche mit den SozialpartnerInnen und mit nur einer Lesung durchs Parlament gepeitscht.

Neben den heftigen Protesten der Bevölkerung gegen das Gesetz sitzen den politischen AkteurInnen auch die herannahenden Gemeinderats-, Senats-, und Präsidentschaftswahlen 2007 im Nacken. Sowohl De Villepin als auch Sarkozy gelten als mögliche Kandidaten. Besonders De Villepin, der sein politisches Schicksal an das Überleben des CPE geknüpft hat, befindet sich in der entscheidenden Phase seiner Karriere.

Die Proteste werden immer häufiger mit der Protestbewegung 1968 in Verbindung gebracht – tatsächlich sind die Aktionen von einer überwältigenden Intensität, wobei jene von '68 bei weitem nicht erreicht ist. Ein bis drei Millionen Menschen nahmen an den Demonstrationen vom 28. März teil, welche wegen der Ausschreitungen vor allem in Paris weltweit Aufsehen erregt haben. Bei mehreren Streikaktionen legten ArbeitnehmerInnen aller Berufe mehrheitlich die Arbeit nieder. Protestaktionen wie spontane Blockaden von wichtigen Straßen und Zuglinien häufen sich. Zahlreiche Universitäten und Fakultäten sind seit Wochen besetzt, einigen Uniblockaden wurde inzwischen von der Polizei mehr oder weniger gewalttätig ein Ende bereitet, manche verloren bei HörerInnenversammlungen die Mehrheit für eine Fortführung der totalen Lahmlegung des Lehrbetriebes. Die Kundgebungen der GegnerInnen der Blockaden vor den betroffenen Universitäten mehren sich. Einige Gymnasien und Collèges wurden von SchülerInnen besetzt. Vor kurzem wurde eine Besetzung von rabiaten Eltern beendet, was die zunehmende Polarisierung im Land verdeutlichte. Insgesamt sinkt in der Bevölkerung die Zustimmung zum CPE kontinuierlich, eine Abkehr von diesem prekären Arbeitsvertrag gilt als wahrscheinlich. Nichtsdestotrotz möchte DeVillepin seine Pläne weiterhin umsetzen und versucht Gewerkschaften und JugendvertreterInnen an den Verhandlungstisch zu locken – meist vergeblich, da diese eine

völlige Abkehr vom CPE fordern und nicht mit Kompromissen wie etwa der Kürzung der Frist auf ein Jahr einverstanden sind.

Der CPE ist im europäischen Kontext kein Ausnahmefall. In Spanien kämpfen junge ArbeitnehmerInnen seit geraumer Zeit mit unsicheren Verträgen, in Deutschland wird soeben der Kündigungsschutz gelockert und in Österreich sind immer mehr Menschen mit prekären Arbeitsverhältnissen und Scheinselbstständigkeit konfrontiert. Unbefristete Vollzeit-Verträge werden nicht nur in Frankreich immer seltener, wobei sich die Franzosen und Franzosinnen besonders heftig gegen eine zunehmende Beschneidung der ArbeitnehmerInnenrechte wehren.

Die anhaltenden Proteste und sinkende Umfragewerte machen eine Umsetzung des CPE in seiner jetzigen Form eher unwahrscheinlich. Da aber Chirac in seiner letzten TV-Rede die totale Abkehr vom CPE ausgeschlossen hat, ist ein Kompromiss zu erwarten. Die langfristige Entscheidung über die Zukunft des CPE wird wohl 2007 von den WählerInnen gefällt werden.

#### **Martin Mittersteiner**

Redaktionsmitglied und Student am ipw; verbringt derzeit ein Semester als Kulturassistent im westfranzösischen Departement Vendée



Fotos: Demonstration in Nantes am 28.3.2006; Martin Mittersteiner

# Der Mehrwert des „Geistes von Wien“

## Die Konferenz „Islam in a Pluralistic World“ in Wien

Von Thomas Schmidinger

Selbst in der internationalen Konferenztourismus gewohnten Stadt Wien herrschten vom 14. bis 16. November 2005 ungewohnt scharfe Sicherheitsvorkehrungen. Gleich zwei amtierende und ein ehemaliger Staatschef sowie eine Reihe prominenter Politiker, Wissenschaftler und Religionsgelehrter fanden sich zur Konferenz „Islam in a pluralistic world“ ein. Allein die Sicherheitsvorkehrungen um den irakischen Präsidenten Jalal Talabani und den Präsidenten der Islamischen Republik Afghanistan Hamid Karsai zeigten, dass die wiederholt vorgetragene Argumentation, dass der Islam eine friedliche und menschliche Religion sei, die nur von wenigen Terroristen missbraucht werde, eher einer Beschwörungsformel glich, als einer Analyse gegenwärtiger politischer und gesellschaftlicher Verhältnisse. Damit soll jedoch keineswegs das Gegenteil behauptet werden. Vielmehr gibt es „den Islam“ eben genauso wenig wie „das Christentum“ oder meinetwegen „den Buddhismus“. Die Debatte über den Charakter des Islam als Religion mag deshalb vielleicht von theologischem Interesse sein, die soziale Realität islamischer Gesellschaften ist hingegen aus politikwissenschaftlicher Sicht wesentlich komplexer.

So wichtig es natürlich ist, wenn die iranische Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi, der Generalsekretär der Organisation of the Islamic Conference Ekmeleddin Ihsanoglu oder der stellvertretende irakische Parlamentspräsident Hussain al-Shahristani auf den Missbrauch der Religion hinweisen und sich positiv auf Zeiten der Hochblüte der islamischen Zivilisation in Andalusien oder in Bagdad beziehen, um damit einen toleranten und weltoffenen Islam heraufzubeschwören, so sehr verfehlen diese Beschwörungsformeln den Sinn eines Dialogs, wenn wirklich strittige Punkte unter den diplomatischen Teppich gekehrt werden.

Es entspricht jedoch nicht dem Charakter medial gut eingeführter internationaler Großkonferenzen, wie jener, die vom 14. bis 16. November in Wien stattfand, dass auf ihnen

wirklicher Dialog oder gar Auseinandersetzung möglich wäre. Vielmehr ist allen Beteiligten, zuvorderst den Veranstaltern – in diesem Falle das österreichische Außenministerium und die Österreichische Orient-Gesellschaft Hammer-Purgstall – an einem reibungslosen und präsentablen Ablauf der Konferenz gelegen. Wer wirklich etwas erfahren will, muss deshalb sehr auf Feinheiten und Zwischentöne achten, etwa darauf, dass der ehemalige iranische Präsident Mohammad Khatami in seinem rhetorisch brillanten Vortrag, der sich viel mit philosophischen Fragen, jedoch wenig mit Politik beschäftigte, ausdrücklich nicht nur Moscheen, Klöster und Kirchen, sondern auch Synagogen als „Orte Gottes“ bezeichnete und damit vielleicht einen zaghaften Versuch unternahm, sich von den jüngsten antiisraelischen Vernichtungsdrohungen seines Nachfolgers abzusetzen. Derselbe Khatami setzte am folgenden Tag jedoch ein weiteres Zeichen, als er den Saal verließ, als Daniel Fried, der US-Secretary of State for European und Eurasian Affairs ans Rednerpult trat und mit seinem Vortrag begann. Zumindest hier fand also der von Khatami so oft gepriesene „Dialog der Kulturen“ nicht statt.

Die zentrale Frage in Bezug auf diesen nicht nur von Khatami beschworenen „Dialog der Kulturen“ ist jedoch die, wer denn nun für eine „Kultur“ sprechen könnte. Kulturen sind per se keine handelnden Subjekte, sondern – wie Nationen oder Völker – imaginierte Gemeinschaften, die in der politischen Realität keine Entsprechung finden. Khatami kann dabei ebenso wenig für „den Islam“ sprechen, wie Ursula Plassnik für das „Christentum“ oder „Europa“. Einen Dialog können Kulturen deshalb per se nicht führen, sondern nur einzelne Akteure, die den mehr oder meist weniger berechtigten Anspruch erheben, für „ihre Kultur“ zu sprechen. Der „Dialog der Kulturen“ ist damit genauso eine Chimäre wie der „Kampf der Kulturen“, auf den sich der „Dialog der Kulturen“ als Antwort versteht. Beide Konzepte gehen davon aus, dass Kulturen als

eigenständige Akteure miteinander in Interaktion treten könnten. Als solche vermitteln sie das Bild in sich geschlossener „Kulturen“ mit klaren Grenzen nach außen. „Kulturen“ werden damit als soziale Akteure, als Personen begriffen und nicht als komplexe offene Systeme, in denen sich einzelne Personen durchaus individuell – auch in mehreren „Kulturen“ – verorten können. Eine solche Begrifflichkeit von „Kultur“ definiert die Zugehörigkeit zu einer – nämlich einer einzigen – „Kultur“ qua Geburt, deren Zugehörigkeit wiederum klar definiert und festgeschrieben ist und die sich von anderen „Kulturen“ klar abgegrenzt unterscheidet, und wird deshalb letztlich sowohl als „Kampf“ als auch als „Dialog der Kulturen“ zum Kulturrelativismus.

Hier konnte man bei Daniel Fried andere Töne vernehmen. In einer bemerkenswert selbstkritischen Rede bezog er sich auf ein letztlich internationalistisches Konzept, wenn er darauf beharrte, dass eine Demokratisierung der islamischen Welt möglich und notwendig wäre. „Die Demokratie gehört allen!“ und breite sich – so seine (zweck-)optimistische Zukunftshoffnung nun in Afghanistan, im Irak und „eines Tages auch im Iran“ aus.

Die Stars der Konferenz bildeten jedoch eindeutig die Präsidenten Afghanistans und des Irak, die über die konkreten Demokratisierungserfahrungen in ihren Ländern berichteten. Der oft als US-Statthalter in Afghanistan belächelte Karzai kritisierte dabei in seinem historischen Rückblick jedoch nicht nur die sowjetische Afghanistaninvasion, sondern auch die Unterstützung islamistischer Gruppen durch „den Westen“ und zeichnete ein sehr optimistisches Bild über die derzeitige Entwicklung seines Landes. Karzai räumte zwar Schwierigkeiten im Bereich der Sicherheit und der ökonomischen Entwicklung des Landes ein, freute sich jedoch insbesondere über den hohen Frauenanteil im afghanischen Parlament und hofft, Afghanistan zu einer „islamischen Demokratie“ zu gestalten.

Auch der irakische Präsident Jalal Talabani verteidigte in seiner Rede grundsätzlich den Islam, fand jedoch angesichts des Terrors in seinem Land umso deutlichere Worte gegen jene, die im Namen des Islams die Bevölkerung terrorisieren würden, und forderte die „islamischen Führer“ dazu auf, den Muslimen die Wahrheit über diesen Terror zu sagen, der nichts mit dem eigentlichen Islam zu tun habe. Einem historischen Rückblick auf die Terrorherrschaft Saddam Husseins folgte ein erneutes Bekenntnis dazu, dass der Krieg der Koa-

litionstruppen der einzige Weg gewesen sei, die irakische Bevölkerung zu befreien. Sowohl der kurdische Präsident des Irak als auch der säkulare sunnitisch-arabische Politiker Adnan Pachachi sprachen sich schließlich entschieden gegen einen ethnischen oder religiösen Sektarismus und für einen gemeinsamen Irak aus. Während es sich bei diesen irakischen Politikern um dezidiert prowestliche muslimische Politiker handelt, argumentierte ein anderer Politiker eines an sich eng mit den USA verbundenen Regimes deutlich antiwestlicher.

Der ägyptische Religionsminister Mahmud Zakzouk beharrte darauf, dass Muslime am „Prinzip der kulturellen Identität“ festhalten würden, und sprach von einer systematischen Unterdrückung der Muslime und griff scharf eine im Westen existierende „Islamophobie“ an. Mit Blick auf den Terror erklärte er: „Als angebliche Opfer bemitleidet man die Aggressoren.“ Insgesamt vermittelte Zakzouk in einer stark wertkonservativen Rede ein Bild der islamischen Welt, die ihre eigenen Werte gegen den „Globalismus“ verteidigen wolle. Dies gelte „insbesondere für ihre Morallehren, welche in ihrer Religion verankert und daher“ – so der ägyptische Religionsminister – „nicht relativierbar sind“. Die Muslime würden sich in diesem Zusammenhang „vor allem für die Erhaltung der Institution der Familie“ einsetzen, „welche durch die derzeitige einseitige Globalisierung bedroht wird“.

Inhaltlich boten letztlich die Vorträge der WissenschaftlerInnen mehr Anknüpfungspunkte für folgende Diskussionen, als die Reden mancher Politiker. Insbesondere Gilles Kepel und die tunesische Sozialanthropologin Lilia Labidi hielten mehr als nur Sonntagsreden, die für eine Demokratisierung und Säkularisierung der islamischen Welt plädierten.

Der von vielen Konferenzteilnehmern propagierte Dialog kam angesichts der Monologe vieler TeilnehmerInnen nicht zustande und wurde in den meisten Reden nur als Dialog zwischen einem imaginierten „Europa“ und einer ebenso imaginierten „islamischen Welt“ propagiert. Das kleine Detail Israel kam dabei, wenn überhaupt, meist nur als Hindernis für diesen Dialog vor. Die Situation der verbliebenen jüdischen Gemeinden in der islamischen Welt kam ebenso wenig zur Sprache wie der Antisemitismus radikalislamistischer Terrorgruppen. Zwar nahm mit Arthur Schneier auch ein Rabbiner an der Schlussrunde der Theologen teil. Ein Dialog mit dem Judentum als Religion, gegenüber dem der Islam immer tolerant war, ist jedoch immer noch etwas an-

deres, als ein Dialog mit dem Staat Israel, der wohl bei manchen KonferenzteilnehmerInnen mehr Widerspruch ernten würde, als es in diplomatischen Konferenzen gewünscht ist.

Da solche Misstöne durch die sorgsame Auswahl der ReferentInnen und die Vermeidung einer Publikumsdiskussion – die aufgrund entsprechender Kritik dann am letzten Tag noch im Schnellgang angehängt wurde – jedoch ausblieben, waren wohl alle Beteiligten mit dem Verlauf der Konferenz zufrieden. Der Publizist, Furche-Herausgeber und Moderator Heinz Nussbaumer sah schließlich gar einen „Geist von Wien“, in welchem weitere Dialoge in Zukunft erfolgen sollten.

Überschwängliche Freude über die Konferenz kam schließlich bei der österreichischen Bundesregierung auf, deren Kanzler Wolfgang Schüssel sich öffentlich über den „Mehrwert“ freute, den die Konferenz Österreich im Vorfeld der EU-Präsidentschaft brächte.

### **Thomas Schmidinger**

Lehrbeauftragter und Dissertant am ipw, Redaktionsmitglied der Zeitschrift Context XXI und Mitarbeiter der im Irak tätigen NGO Wadi.

# „City-Hopping“ mit Professor Schütz-Müller

Von Eva Pilipp

Gestern Amsterdam, heute Brüssel, morgen Paris – und das kombiniert mit der internationalen Atmosphäre der in Europa ansässigen internationalen Institutionen. Internationale Politik aus erster Hand – ein Bericht über Studienpraxis im November 2005 fern von universitären Hörsälen.

„Huit, huit - Snel, snel (je nach Landessprache unterschiedlicher, alltäglicher Aufruf zur Eile von Professor Schütz-Müller), die U-Bahn fährt, der Botschafter wartet, wir müssen aus dem Hotel auschecken...!“ Die einwöchige Studienreise wurde in jeder Hinsicht ein intensives Erlebnis ohne Atempause, mit faszinierenden Momenten und Einblicken in die Entscheidungs- und Machtverhältnisse internationaler Institutionen.

Die vermutlich letzte Exkursion von Prof. Schütz-Müller nach Amsterdam, Den Haag, Brüssel und Paris letzten November war für viele der 35 Student/innen die erste Gelegenheit, Praxisluft zu schnuppern, einen Einblick in mögliche eigene Berufswege zu bekommen, die eigenen Interessen einzuordnen und sich über Praktikummöglichkeiten zu informieren.

„Bei aller Unvollkommenheit verkörpern die Vereinten Nationen doch die Hoffnung der Menschheit auf eine friedliche und gerechte Weltordnung“: Was UNO-Generalsekretär Kofi Annan in seinem letzten Bericht der Generalversammlung schreibt, wurde uns bei den Besuchen im ICTY (International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia), im ICC (International Criminal Court) und dem ICJ (International Court of Justice) – alle mit Sitz in Den Haag – vor Augen geführt. Internationale Gerechtigkeit und die präventive Wirkung von Anklagen und Verhandlungen in einer Welt mit globalen Problemen ist das Anliegen der verschiedenen Gerichtshöfe. Bevor er seine Pforten 2010 vermutlich endgültig schließt, versucht der ICTY noch die Kriegsverbrecher Mladić und Karadžić vor Gericht zu bekommen. Wie kontrovers der ICTY am Balkan wahrgenommen wird, zeigten die Proteste bei der Verhaftung und nach Den Haag überstellten kroatischen Generals Ante Gotovina im Dezember 2005. Trotz allem wurden vor dem ICTY 44 Angeklagte für schuldig befunden,

3500 Zeugen vorgeladen, psychologische Betreuung für Zeugen und Opfer angeboten und ein eigenes Zeugenschutzprogramm aufgezogen – also Aufgaben bewältigt, die ein nationales Gericht nicht übernehmen könnte. Der „International Criminal Court“ (nahm am 16.6.2003 offiziell seine Arbeit auf) ist kein UN-Organ, arbeitet aber eng mit den Vereinten Nationen zusammen und stellt einen bahnbrechenden Erfolg in der internationalen Strafgerichtsbarkeit dar: Erstmals können auch Individuen für Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen, Völkermord und das Verbrechen des Angriffskrieges zur Verantwortung gezogen werden. Zur Zeit untersucht der ICC die Situation in der sudanesischen Provinz Darfur.

Am Nachmittag besuchten wir den Friedenspalast in Den Haag, der – abgesehen von seinen innenarchitektonischen Schönheiten, auch Sitz des Internationalen Gerichtshofs ist – dem Hauptrechtsprechungsorgan der UNO: Der IGH vervollständigte unseren Diskurs und die Erfahrungen zur internationalen Gerechtigkeit. Obwohl kein rechtlich bindendes Instrument, bietet der IGH dennoch Anreize für Staaten, sich an ihn zu wenden: Gerade kleineren Staaten bringt er Beachtung in den Medien, außerdem kann er als kostenloses Forum und für Rechtsgutachten nützlich werden.

Den Haag und Amsterdam lockten nach diesem politisch-informativen Tag mit nächtlichen Versuchungen, wie einem Spaziergang durchs Rotlichtviertel (sic! die Redaktion) oder einem Lokalbesuch in der Den Haager Innenstadt.

Dass Koffer mit Rädern die Erfindung des Jahrtausends sind, zeigte sich am nächsten Tag: Strömender Regen, der Abschied vom faszinierenden Amsterdam und 35 unausgeschlafene Student/innen, die mit rollendem Gepäck zum Zug nach Brüssel eilten, in letzter Minute aber doch noch alle ihren Platz fanden. Zwei Stunden und eine kleine Schlafpause später offenbarte sich die Herzstück-Stadt der EU grau in grau, verregnet, mit dem verheißungsvollen Duft frischer Brüsseler Waffeln (mit Erdbeeren und Schokolade optional) bereits am Bahnhof. Eine Tatsache, die den einen oder anderen sogleich zum Kauf des besagten süßen Objekts schreiten ließ.

Für eine kurze Stadtbesichtigung – die auch

den berühmten Grand Place und sinnvolle Investitionen in diversen Comic- und Souvenirläden der Stadt nicht ausließ – war noch Zeit, bevor sich die Gruppe dem EU-Ruf ergab und (eilends versteht sich – „huit, huit“) zur Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU aufbrach. Ein Vortrag über die Arbeit der EU-Kommission diente als erste Einführung in die komplexe Materie der Brüsseler Politik. Dr. Moritz Röttinger klärte über die Tendenz der Österreicher auf, für alle Probleme „die in Brüssel“ verantwortlich zu machen und dass es „nicht Aufgabe der EU-Kommission ist, Wirtschaftspolitik zu betreiben. Für juristische Dinge ist die Kommission aber hervorragend geeignet“, so Röttinger, Principal Administrator der EU-Kommission.

Erster und gleichzeitig letzter Abend in Brüssel: Gestaltete sich feierlich bei einem Bier im berühmten „Mort Subite“, wo nicht nur Ereignisse des Tages ausführlich diskutiert wurden, sondern auch ehemalige Diplomanden/innen von Professor Schütz-Müller vorbeischaute und uns von ihren Jobs bei den Brüsseler Institutionen erzählten.

Der nächste Vormittag stand weiter im Zeichen der EU-Politik: „Die Entwicklung der GASP“, „Europa quo Vadis“ und „Aktuelle Entwicklungen in der Wirtschafts- und Währungsunion“ waren Vorträge, die einen abwechslungsreichen Einblick in europäische Entscheidungsprozesse gaben. Brisante interne Details über die Türkei-Frage hörten wir nebenbei auch, bevor es die meisten mit rauchenden Köpfen zum Buffet zog.

„Der Frauenanteil der Abgeordneten im Europäischen Parlament beträgt 30,3 Prozent, wovon Polen und Italien den geringsten Frauenanteil haben“, erfuhren wir bei der Führung durch das Europäische Parlament, das außer in Luxemburg und Straßburg auch in Brüssel seinen Sitz hat. Diese drei Arbeitsorte kommen auf Kosten von 180 - 200 Millionen Euro jährlich.

Bastion Tower, 15. Stock, großartige Aussicht auf Brüssel mit exklusivem Foto-Sonnenuntergang, Österreichische Botschaft: Botschafter Franz Cede stand unseren Fragen zur „NATO aus österreichischer Sicht“ Rede und Antwort. Die letzte Station des Tages hieß dann „Bruxelles-Midi nach Paris Nord“ und entpuppte sich als komfortabler französischer Expresszug, der uns zu nächtllicher Stunde, möglichst schnell in Frankreichs Stadt der Liebe und zu unserem Luxushotel Mercure schaukelte.

„Alte Hülle, interessanter Inhalt“, vermittelte am nächsten Tag das UNESCO „Headquarter“

in Paris. Botschafter Wiesner und Alexander Schischlik, UNESCO-Experte, führten durchs Haus und klärten über die neue „Konvention zur kulturellen Vielfalt“ auf. Eine Konvention, die sich gegen US-Kulturimperialismus aus Hollywood richtet und individuelle Kulturleistungen besonders aus Entwicklungsländern fördern und schützen soll. Versprechen nach einer besseren Welt, in der Toleranz und Vielfalt den Alltag bestimmen, scheinen bei der Spezialorganisation der Vereinten Nationen, der „United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation“ UNESCO, ein Stück weit Wirklichkeit zu werden. „Eine bessere Welt ist möglich, aber ohne die Mitarbeit der Staaten kann die beste Konvention oder Resolution nichts ausrichten.“

Nach einem Mittagessen in der Kantine (mit Blick auf den „Tour Eiffel“ versteht sich), wartete noch der österreichische Botschafter Prohaska in seiner Pariser Residenz. Seine Sicht über die Banlieue-Krawalle war überraschend und widersprach der medialen Berichterstattung.

Der letzte Tag der Studienreise ging im allgemeinen Sightseeing (von Montmartre bis zum klassisch-romantischen Seine-Spaziergang) und beim Besuch des französischen Parlaments, der L'Assemblée Nationale, viel zu schnell zu Ende. Trotz Kommunikationsschwierigkeiten mit dem Tour-Guide des Parlaments – er war ausschließlich der französischen Sprache mächtig – zeigte sich die Führung als erheiternder Abschluß unserer internationalen politischen Sightseeing Tour quer durch Europa. Trost vor der unweigerlich bevorstehenden Heimreise am nächsten Tag konnten die Student/innen (inklusive Herr Professor Schütz-Müller) noch bei Live-Musik und heißen Rhythmen in einem Pariser Lokal finden und dazu die Hüften schwingen. Paris, Musik, Wein, Tanz und das unbeschreibliche Gefühl an einem Ort weit weg vom Alltag zu sein, berauschte die meisten am letzten Abend und inspirierte zu gelöster Atmosphäre und spannenden Gesprächen bis in die Morgenstunden. Alles Schöne im Leben vergeht zwar leider zu schnell, aber die nächste Reise kommt bestimmt...

**Eva Pilipp**  
Studentin am ipw

# Vater Staat und das Liebesglück

**Streifzug einer wissensdurstigen Leserin durch  
„Das Hochzeitsbuch“, herausgegeben vom Bundesministerium  
für soziale Sicherheit und Generationen, 2005.**

**Von Karin Tertinegg**

Fragen zum Thema Erfüllung, Freude und Liebesglück? Seit Sommer 2005 haben alle heiratswilligen Paare Österreichs die Möglichkeit, in der am Standesamt aufliegenden Hochglanzbroschüre ‚Das Hochzeitsbuch‘ Informationen und Tipps zum Thema Ehe und Familie einzuholen oder schöne Erwartungen zu hegen – finanziert durch Mittel des Bundesministeriums für soziale Sicherheit und Generationen. Zahlreiche pittoreske Bilder von sonnendurchtränkten Schlossgärten, blondgelockten Kindern und strahlenden Brautpaaren machen der informationshungrigen Leserin und dem wissensdurstigen Leser bereits auf der nicht-textlichen Ebene klar, worum es Vater Staat geht: eine immerwährende eheliche Beziehung eingehen, Nachkommenschaft zeugen, eine Familie gründen. Für wissensdurstige, aber vorstellungsarme Leserschaft gibt es auch konkrete Hinweise, wie denn das mit den Kindern eventuell zu bewerkstelligen sei. Im Unterkapitel Prinzessin für einen Tag erteilt das Sozialministerium hilfreiche Ratschläge zur Auswahl von Brautdessous für den Tag der Tage. Wichtige Kriterien hierbei seien beispielsweise Raffinesse, Formvollendung und Bewegungsfreiheit. Neben den nicht näher explizierten Vorteilen dieser Attribute für unsere Prinzessin liegt der Vorteil für unseren Bräutigam klar auf der Hand - ‚Er‘ darf sich freuen! Worauf sich unsere Prinzessin, die als Braut durch ihre Ausstrahlung zum überirdischen Wesen mutiert, freuen darf, bleibt jedoch im Dunkeln. Dass die Braut am Tag der Eheschließung glänzt, versteht sich von selbst.

Nach geschlossener Ehe will der Zauber der Liebe erhalten werden: Vorschläge zur ehepartnerschaftlichen Kommunikation am Morgen im Unterkapitel Praktisch, Praktisch können insofern gar nicht praxisrelevant genug sein: ‚Schatz, willst du den Sportteil zum weichen Ei? Fein, die Weltnachrichten passen mir gerade mit dem Müsli.‘

Doch die Freude über die kommunikative ehepartnerschaftliche Harmonie währt nur kurz, das Hochzeitsbuch wappnet den wissensdurstigen Leser und die wissensdurstige Leserin für den Fall der Fälle: Meinungsverschiedenheiten. Vorsichtig, und über mehrere Kapitel verstreut, wird darauf hingewiesen, dass die Themen Zeugung von Nachkommenschaft und Kindererziehung potentiell zu ehepartnerschaftlichen Konflikten führen können. Wurde im Unterkapitel Sexualität – Nachkommenschaft noch knapp darüber belehrt, dass die Zeugung von Nachkommenschaft nun mal zu einem wesentlichen Inhalt der Ehe gehört und dass darüber hinaus nur ein triftiger Grund wie eine schwere Erbkrankheit oder soziale Notlage von der Pflicht zur Zeugung von Nachkommen entbinden kann, so wird im Kapitel Auffassungsunterschiede der Ehepartner – Wie damit umgehen konkretisiert: Können Ehepartner keine Einigung darüber erzielen, ob beispielsweise der Mann auch von der Möglichkeit des Karenzurlaubs Gebrauch machen will, ist es ihnen nicht möglich, zu Gericht zu gehen [...] Die Ehepartner müssen selbst eine Lösung dieses Konfliktes finden. Ausgenommen sind Fragen der Kindererziehung.

Neben dieser erhellenden bundesministeriellen Erkenntnis, dass die Ehepartner ihre Auffassungsunterschiede nur dadurch lösen können, indem sie eine Lösung für ihre Konflikte finden, und zwar selbst, gibt es ein paar Kapitel später unter der Überschrift Hilfe bei der Suche nach Kinderbetreuungseinrichtungen folgende Konkretisierung dieses Hilfsangebots: Wir empfehlen Ihnen, sich rechtzeitig nach dem für Ihre und die Bedürfnisse Ihres Kindes geeigneten Formen der Kinderbetreuung vor Ort zu erkundigen. Spätestens an dieser Stelle schwant der wissensdurstigen Leserin und dem informationshungrigen Leser, dass die eheliche Pflicht zur Zeugung von Nachkommen allerhand Schwierigkeiten nicht nur logisch-argumentativer Weise mit sich bringen

sollten die geschätzte Leserschaft nicht über eines hinwegtäuschen: Sich nicht verehelichen zu wollen könnte gar Schreckliches nach sich ziehen. Im Hinblick auf rechtliche Konsequenzen der Auflösung einer Verlobung wird kurz und bündig darauf hingewiesen, dass dadurch die möglicherweise erlittene Schande, nicht geheiratet worden zu sein im Raum stehen könnte. Und wer würde, angesichts dieser Aussichten, rationaler Weise nicht eheliche Erfüllung, Freude und Liebesglück wählen? Noch Fragen? Vater Staat ist die Familie etwas wert!

**Karin Tertinegg**  
promoviert am ipw

**Alfred Burian - Dominik Filipczak - Martin Mittersteiner**

# **>>SPECIAL SYMBIOSIS<<**

**...eine Verschmelzung von  
Prosa, Theater, digitaler Bildkunst, Sound und Musik...**

Programm:

## **„6 Momente“ Bilder einer Reise durch Villach**

Fotografien und Geräusche vermischt mit Martin Mittersteiners Kurzgeschichte über „6 Momente“ in Villach - ein literarischer Denkanstoß in Wort, Bild und Ton...

## **„&“**

Das Telefon klingelt laut und schrill. Schubert hebt nicht ab. Dennoch beginnt eine mysteriöse Stimme mit ihm zu sprechen, und sein Leben erfährt eine plötzliche Wendung...

Uraufführung des jüngsten Theaterstückes von Alfred Burian.

## **„architekTONbildLEBnis“**

Dominik Filipczaks multimediales Literaturereignis über Menschen und Architektur, über Alltägliches und Außergewöhnliches...

**So, 9.Juli2006  
Park Hotel Villach  
Eintritt frei!**

Nähere Informationen zur Veranstaltung und zur Beginnzeit werden rechtzeitig auf unserer Website veröffentlicht:

**[www.special-symbiosis.at.tt](http://www.special-symbiosis.at.tt)**

Nächster Auftritt in Wien im Herbst 2006...

